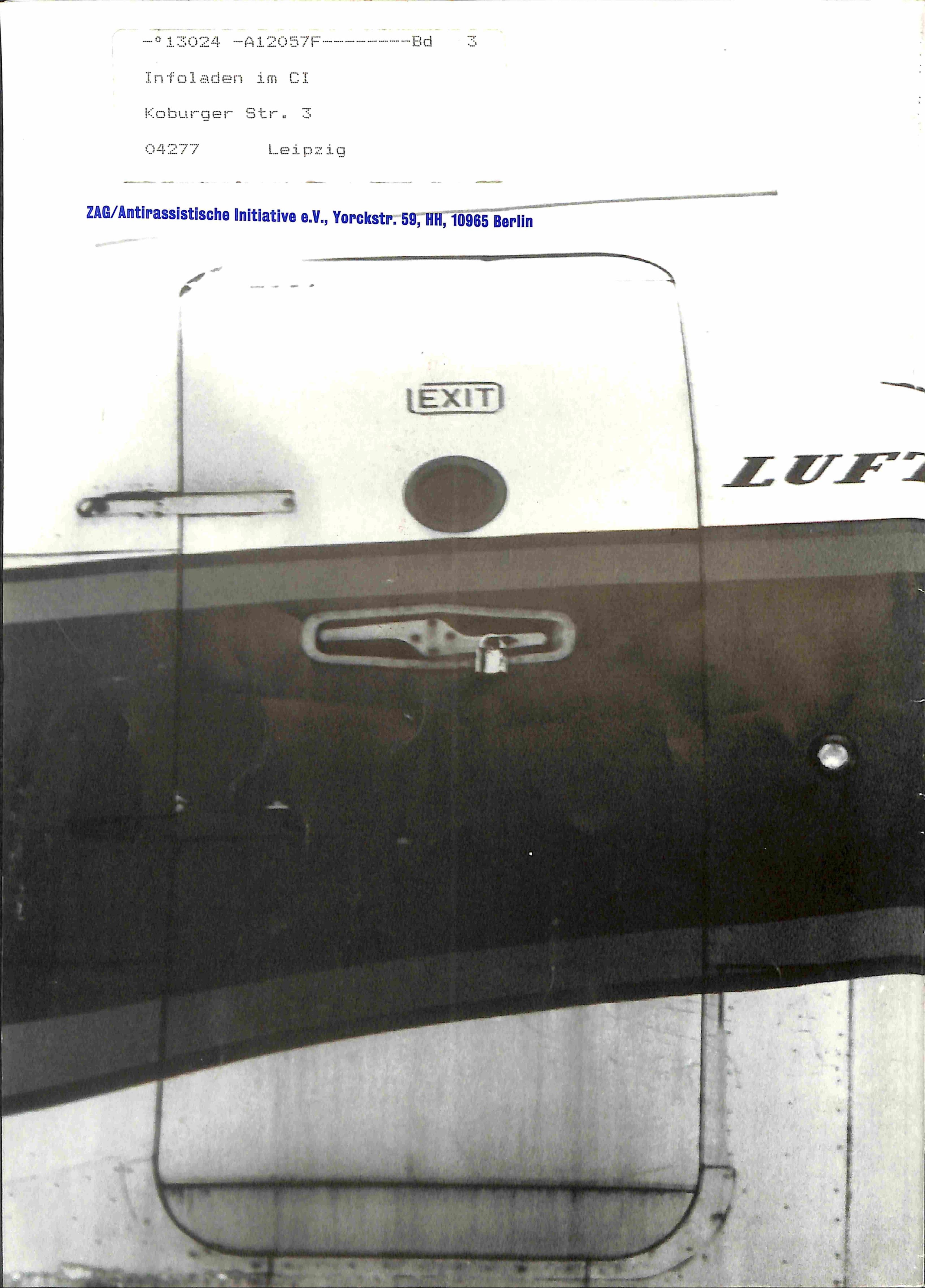


ZAG

antirassistische zeitschrift 5 DM

Nr. 24 3/97 7. Jahrgang erscheint vierteljährlich Postvertriebsstück A 12057 F

Schwerpunkt: Globale Migrationskontrolle


-°13024 -A12057F---------Bd 3
Infoladen im CI
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
EXIT
LUFT

ZAG – antirassistische Zeitschrift

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Irmgard, Jürgen, Michael,
Tobias, Albert

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto–Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich,
Torstr. 167, 10115 Berlin

Fotos:
Titel: © Martha Tabor/Working
Images Photographs
Rückseite: Albert Zecheru

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.10.97

Inhalt

Aktuell

Schwerpunkt: Globale Migrationskontrolle

Initiativen

Debatte

Rezensionen



Foto: albert zecheru

Die Sonne brennt auf den Kopf, in dem sich spätestens ab der Mittagszeit nur noch heiße Luft ansammelt, und während alle anderen am Strand liegen oder sich in Straßencafes herumlümmeln, müssen wir eine Zeitschrift zusammenkleistern und werden höchstens von der Bildschirmstrahlung braun.

Heiß und braun wie die markigen Sprüche des kühl kalkulierenden Herrn Schröder, der nach der Abkühlung durch die Oderflut für einen erheblichen Temperaturanstieg im Sommerloch sorgte. Vermutlich sehr zur Freude der olivgrünen sandsackgesichtigen Sympathieträger. Denn wer Freude am Flußeindämmen findet, der möchte selbiges wahrscheinlich auch gerne mit »Flüchtlingsfluten« tun. Dann allerdings mit anderem Werkzeug. Weiteres zur sozialdemokratischen Volksgemeinschaftsnähe des ewigen Möchtegern-Kanzlers auf der Seite 12.

Nicht gerade warm ums Herz wird einem dagegen, wenn man sich die Globalisierung des westlich-restriktiven Migrationsmodells anschaut. Abschottung wird mehr und mehr zu einer Grundvoraussetzung für die Partizipation an der heilsversprechenden neuen Weltordnung. Aufzuzeigen, daß dies nicht nur im vielgescholtenen Schengenland und dessem näherem Umfeld geschieht, ist ein Anliegen unseres Schwerpunktes ab der Seite 15.

Viel Reibungswärme entsteht beim »clash of civilizations« und da konnten wir es uns natürlich nicht verkneifen, im Debattenteil mal kräftig in die Späne der Diskussion zu pusten. Und Pusten tut man mit dem Mund, der bekanntlich im Kopf angesiedelt ist. Letzteren halten wir bei Rassismus-Analysen nach wie vor für geeigneter als den Bauch, sei er nun hohl oder voll. Eine Feststellung, die eigentlich überflüssig erscheint, aber angesichts einer sich anbahnenden Diskursverschiebung im Zuge der Postkolonialismus-Debatte sahen wir uns zum eigenen Bedauern gezwungen, dies ab Seite 33 mit heißer Nadel niederzuschreiben.

Heiß her ging es dann auch im Brandenburger Umland, wo etliche LKW's der Einzelhandelskette SPAR des Nachts von einem vermutlich bösen Nachbarn in Brand gesteckt wurden. Was sicherlich zu einem Imageverlust des Konzerns führt, wo doch die Hitze auf dem Parkplatz höchstwahrscheinlich damit zusammenhängt, daß der angeblich gute Nachbar SPAR Flüchtlingen ganz und gar nicht beim SPARen hilft. Denn SPAR beliefert die von SORAT betriebenen zwei Läden, in denen jetzt alle Berliner Flüchtlinge zu überteuerten Preisen einkaufen müssen. Ist denn das mit der corporate identity in Einklang zu bringen?

Eine Frage, die uns vermutlich auch unsere Freunde vom Verfassungsschutz nicht beantworten können. Denn diese sind angesichts von 4,5 Millionen Arbeitslosen bei der verzweifelten Suche nach neuen Betätigungsfeldern jetzt bei der ZAG fündig geworden, so daß wir im 96er Bericht erstmalig Erwähnung fanden. Leider haben wir selbiges erst jetzt in Erfahrung bringen können, da uns die Schlapphüte entgegen allen Regeln leider kein Belegexemplar zugeschickt haben. Aber immerhin kann der Verfassungsschutz im Gegensatz zum BGS seine ZAG-Hefte wenigstens selbst bezahlen. Und sich darüber freuen, daß es uns erst einmal auch weiter geben wird.

Was nach den hitzigen Debatten und ernüchternden Erkenntnissen der letzten Wochen innerhalb der Redaktion wahrlich nicht gerade sicher schien. Ob wir in Zukunft über das Schlingensiefsche Motto »Wir sind zwar nicht gut, aber wir sind da« hinauskommen werden, liegt nicht zuletzt am Zulauf neuer MitarbeiterInnen, die wir hiermit händeringend suchen. KandidatInnen mit konkreten antirassistischen Praxis- und Theorieerfahrungen und/oder Erfahrung im Zeitschriftenmachen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt.

Weiterhin heißes Interesse haben wir auch an Artikeln, die halbwegs strukturiert und aussagekräftig sind, nicht unbedingt 20.000 Zeichen haben, keine Makroviren enthalten, aber dafür vielleicht eine Spur Humor. Weiterhin chancenlos dagegen bleiben Elaborate, die mit »Wir sind eine Gruppe von...« oder »Seit der Abschaffung des Asylrechtes...« anfangen und mit mindestens fünf höchst orginellen Parolen und drolligen Pseudonymen wie »die sieben Zwerge« enden.

Besonders willkommen sind in nächster Zeit übrigens Artikel und Anregungen zur Arbeit mit Illegalisierten, gerade auch außerhalb dieser schönen unsrigen Republik, denn dieses Thema wird der Schwerpunkt der Nummer 25 sein.

...c'mon, c'mon, let's dance all night.
und einen weiterhin vergnügten Sommer wünscht

die verschwitzte ZAG-Redaktion

Am 10 Juni 1997 wurde Geronimo ji Jaga nach 27 Jahren Knast freigelassen. 10 Tage vorher hatte ein Richter eingesehen, daß der Prozeß gegen Geronimo 1972 nicht gerecht war.

■ **Kommentar von Mumia Abu-Jamal**

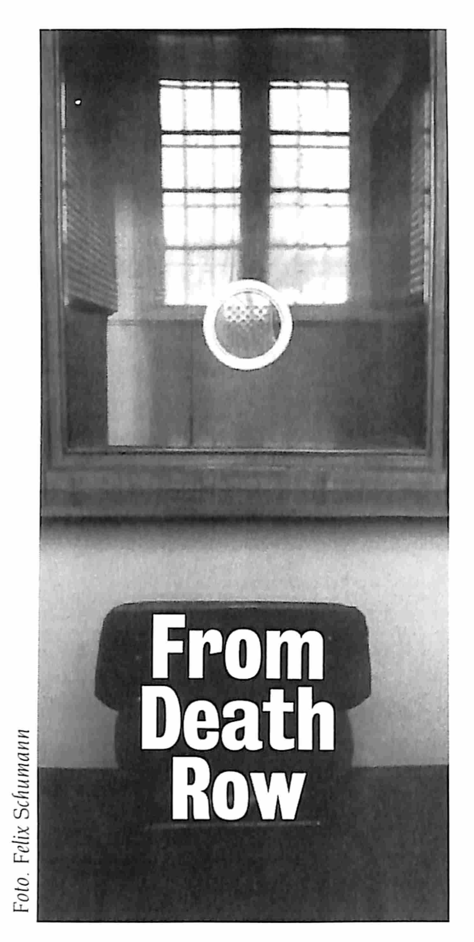


Foto. Felix Schumann

Das System vs. Geronimo: Warum?

In den hiesigen Medien verursachte die kürzliche Freilassung des wegen Mordes verurteilten ehemaligen Black Panthers Geronimo ji Jaga (E.G. Pratt), der fast drei Jahrzehnte in kalifornischen Knästen verbracht hat, viel Wirbel. Aber nur wenige berichteten über die Hintergründe der Anklage, aufgrund derer Geronimo eingeknastet wurde und weshalb der Staat so lange und hart kämpfte, ihn dort zu lassen, und deshalb Lügen und Betrug gegen ihn benutzte.

Dieser Schreiber, der Geronimo in seiner Jugend kannte, will nun diesen Hintergrund darstellen.

Weshalb hat der Bundesstaat Kalifornien und das FBI wissentlich einen Mann wegen eines Mordes verurteilt, von dem sie wußten, daß er ihn nicht begangen hat?

Die Lösung dieses Rätsels liegt in der Politik und nicht in der Justiz.

Geronimos »Vergehen« war nicht der Mord, dessen er angeklagt war, sondern seine politischen Überzeugungen und Handlungen. Er war ein Black Panther und ein Revolutionär, deshalb wollte das FBI ihn »neutralisieren«.

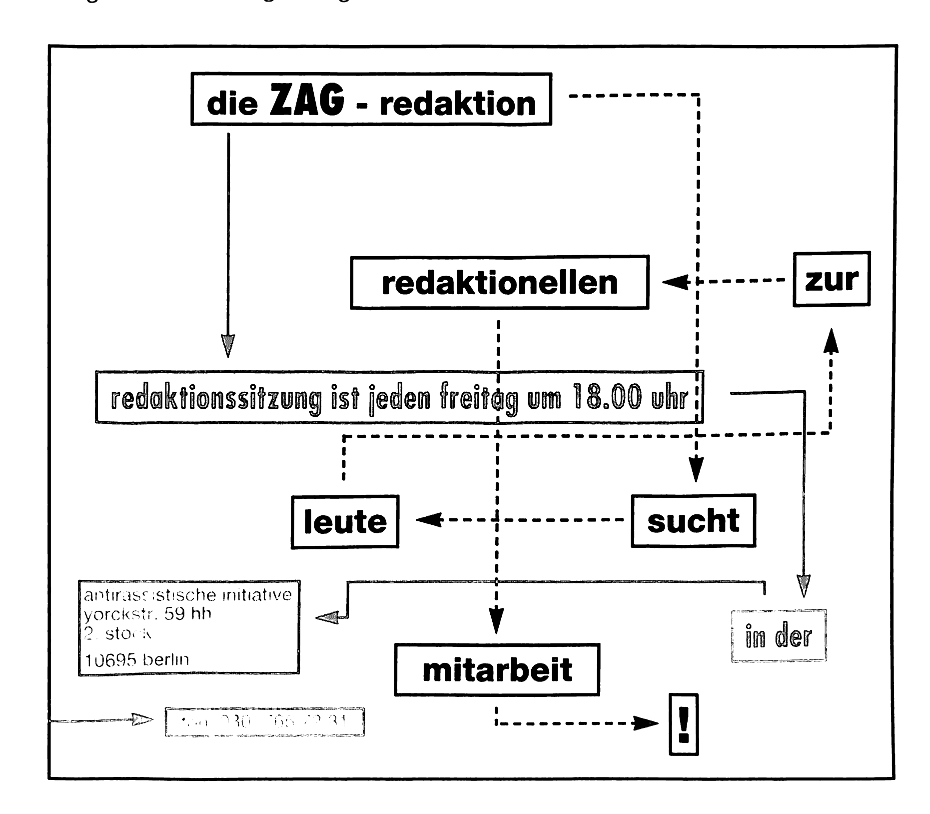
Im Dezember 1969 wurde der Southern California Chapter der Black Panther Party von einer schwer bewaffneten Einheit der Polizei von Los Angeles angegriffen. Geronimo, als ›Defense Minister‹ des Büros war für die Befestigung des Gebäudes gegen solche Angriffe verantwortlich. Es folgte ein Schußwechsel, der 10 Stunden anhielt. Dank Geronimos guter Verteidigungsarbeit und Vorbereitung überlebten alle Panther den Angriff. Obwohl einige Panther später von den Bullen zusammengeschlagen wurden (dabei wurde z.B. dem »Kulturminister« die rechte Hand – seine Zeichenhand – gebrochen), wurde niemand lebensgefährlich verletzt – trotz des stundenlangen Angriffs mit Maschinengewehren und Handgranaten. Geronimo, der die Kriegskunst in den Reisfeldern Vietnams gelernt hatte, brachte den Krieg nach Hause – diesmal für Black Liberation. Das machte ihn zum Ziel des Staates. Weil er die Black Nation, hier in Form der Black Panther Party, verteidigte, wurde Geronimo fast dreißig Jahre lang zu Unrecht verurteilt und in kalifornischen Gulags eingeknastet.

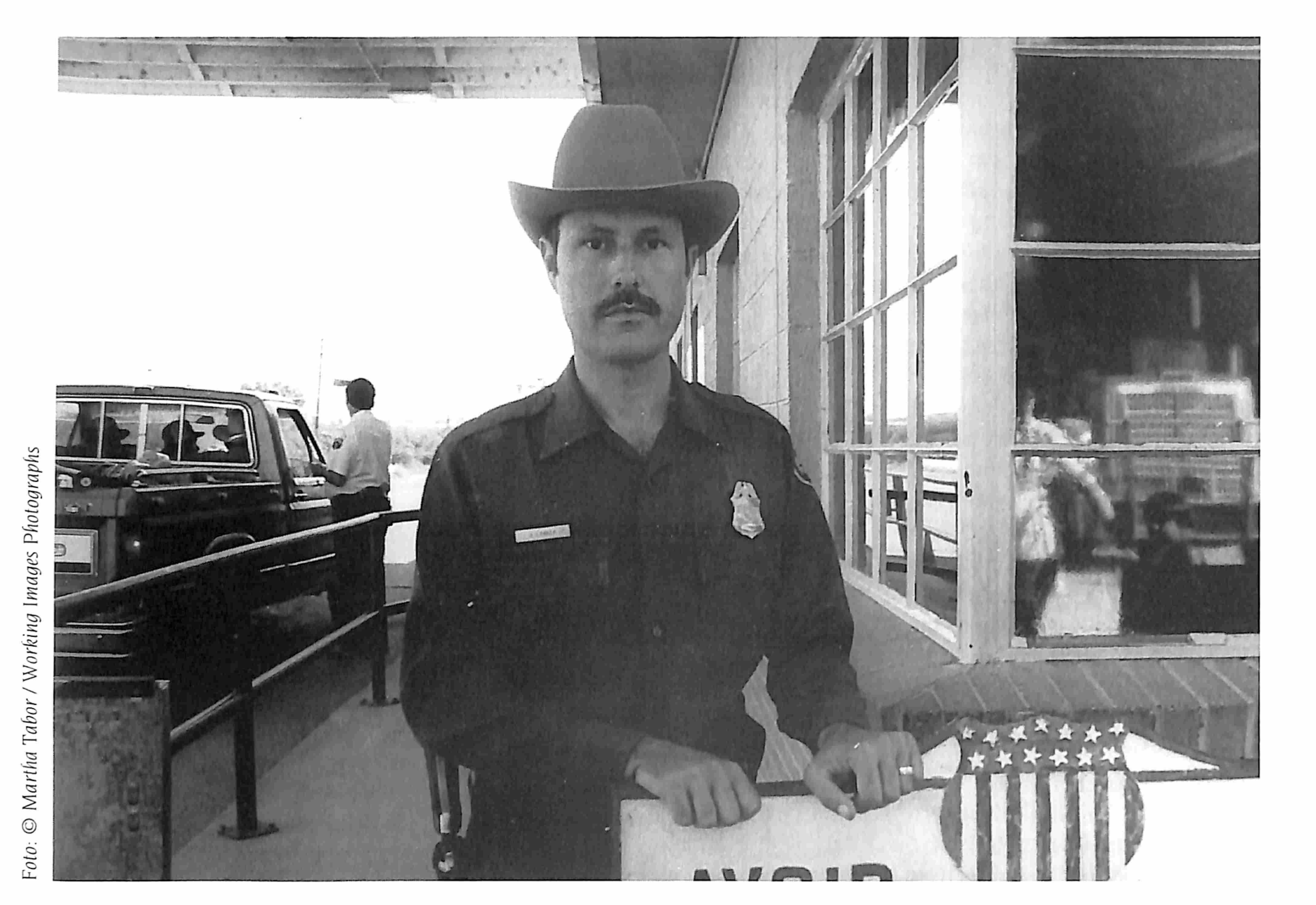
Gleichzeitig wurde ein Informant der Bullen, des FBI und der Staatsanwaltschaft in eine Position der Macht, Prominenz und Einfluß über die Black Community von Los Angeles protegiert. Als Schwarzer Ex-Sheriff hatte Julius ›Julio‹ Butler Kontakte bei den Bullen und nutzte diese, um Informant zu werden. Gegen ihn laufende Strafverfahren wurden in Ordnungswidrigkeiten umgewandelt, die Staatsanwaltschaft bewaffnete ihn und öffnete ihm die Türen der Universität, wo er Rechtsanwalt wurde. So gerüstet, wurde dieser bezahlte Informant als Dekan einer der angesehensten Schwarzen Kirchen der Stadt Teil der Führung der Black Community von Los Angeles.

Während er unaufhaltsam aufstieg, bekämpfte das politische und gerichtliche Establishment Geronimo: Bewährung, ein neues Verfahren und Revisionsmöglichkeiten wurden ihm verwehrt, falsche Anklagen gegen ihn erhoben. Durch die Einknastung dieses Revolutionärs erreichte der Staat drei Ziele gleichzeitig: 1) Die Regierung entzog der Black Community einen ihrer militantesten Führer, 2) stattdessen wurde ein bezahlter Informant in diese Position gehoben, 3) beginnendem Protest in weißen, progressiven Kreisen wurde durch die Beschuldigung eines bekannten Black

Panther wie Geronimo am Mord einer Lehrerin in Santa Monica der Wind aus den Segeln genommen.
Sie benutzten auch die wachsende Paranoia eines Huey P. Newton, um wichtige Unterstützung für Geronimo zu verhindern. In einer Demonstration von bewundernswerter, aber leider irregeführter, Disziplin sahen fast ein Dutzend Panther schweigend zu, als Geronimo abserviert wurde. Ein Schweigen, das von Huey angeordnet war, der befürchtete, daß Geronimo sich der militanteren Gruppe der Black Panther an der Ostküste angeschlossen hatte. Es dauerte Jahrzehnte, bis klar wurde, daß diese Spaltung zwischen Ost- und Westküste vom FBI angefacht worden war. Und erst Jahrzehnte später machten sie ihre Aussagen, daß Geronimo den Mord in Santa Monica nicht begangen haben konnte, weil er zu der Zeit in Oakland war – 400 Meilen vom Tatort entfernt.
Es ist heute einfach für uns, Geronimos Rückkehr als einen symbolhaften Sieg zu feiern, aber damit ist es nicht getan. Wir müssen es auch als einen Sieg des Staates sehen, der 27 Jahre – ein halbes Leben – eines Mannes gestohlen hat, der seine Leute gegen ungerechtfertigte Angriffe verteidigte. Die Regierung hat dreißig Jahre lang mit einem von ihr protegierten Schwarzen ›Führer‹ gearbeitet (ein Informant und Rechtsanwalt!). Beinahe drei Jahrzehnte lang hat die Regierung Revolutionäre verfolgt und gleichzeitig Kriminelle wie z.B. Freeway Ricky Ross (*Ein Drogendealer in Los Angeles, der beschuldigt wird, mit seinen Drogengeschäften die Contra in Nicaragua finanziert zu haben, vermutlich mit Wissen des CIA. Anm. d. Übersetzerin*) gewähren lassen. Wegen dieser Regierung gibt es die Black Panther Party nicht mehr. Wer hat gewonnen und wer hat verloren? Wegen ihrer stinkigen Methoden denken die meisten Schwarzen heute zuerst an Weichspüler, wenn sie das Wort ›revolutionär‹ hören. Weil sie das Gesetz zur Durchsetzung ihrer weißen Vorherrschaft und für Verbrechen benutzen, sitzen unzählige Revolutionäre in amerikanischen Gulags, so wie Ruchell Magee (»Cinque«), Hugo »Yogi« Pinell, E. Mongo Langa, Delbert, Merle, Phil, Janine, Ed, Janet, Mike, Deb und Chuck Africa, Russell »Maroon« Shoats, Leonard Peltier, Dr Mutulu Shakur ... usw, usf. Bei vielen von ihnen waren die Gerichtsverfahren genauso ›fair‹ wie das von Geronimo, mit gefälschten Zeugenaussagen und falschen Beweisen. Es ist wahr. Geronimo hat einen mächtigen Sieg errungen. Aber es ist auch wahr, daß das Schwarze Amerika (und in Peltiers Fall auch Native America) weiter unter schlimmen Verlusten leidet. Solange, bis alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen frei sind.

Mumia Abu-Jamal, 28.6.97




Foto: © Martha Tabor / Working Images Photographs

Todesstrafe und Rassismus in den USA

»Er ist der Nigger, er war's«...

... sagte der Texas Ranger und verhaftete Clarence Brandley. Brandley arbeitete als Aufseher über drei weiße Pförtner an der Conroe High School. Wenige Tage vor seiner Verhaftung hatte man auf dem Dachboden der Schule eine weiße Studentin gefunden, die vergewaltigt und ermordet worden war. Dem Druck der Eltern nachgebend, die sich weigerten, ihre Kinder zur Schule zu schicken, solange nicht der Mörder gefunden wäre, verhaftete die Polizei einen Mann, ohne auch nur den geringsten Beweis für seine Schuld zu haben. Clarence Brandley war eben der »Nigger«.
Nach seiner Verhaftung ging das Schulleben seinen gewohnten Gang und der Texas Ranger arbeitete in fünfhundert Stunden fleißig daran, den Fall gegen Brandley zu konstruieren.
Clarence Brandley verbrachte zehn Jahre im Todestrakt Ellis I Unit von Huntsville, Texas, bis er mit Hilfe einer Organisation, die sich für Fälle wie seinen interessiert, neue Beweise seiner Unschuld erbringen konnte. Zwei der weißen Pförtner, die im ersten Prozeß gegen ihn ausgesagt hatten, gaben nun zu, daß ihre damaligen Aussagen falsch gewesen waren. Auf Anweisung des Texas Rangers hatten sie mit ihren Lügen Brandley belastet. Der zweite dieser Zeugen kam erst mit seiner Entlastungs-Aussage heraus, als Brandley nur noch acht Tage bis zu seinem Hinrichtungsdatum hatte. 1990 ist Clarence Brandley entlassen worden und ist nun Pfarrer in Houston.

Völkermord, Lynchjustiz, Todesstrafe: Mittel zur Aufrechterhaltung der weißen Vorherrschaft in AmeriKKKa

1972 hatte der oberste Gerichtshof der USA die Todesstrafe als nicht zulässig erklärt, da es sich um eine ungewöhnliche und grausame Bestrafung handle, die zudem von den einzelnen Staaten in ungerechter, oft vorurteilsbeladener Weise eingesetzt werde. Die Pause in der staatlichen Mordfabrik konnte nicht lange währen, denn Bürger und Politiker wollten nicht auf dieses beliebte Mittel verzichten, das die Ängste und Unsicherheiten der einen anfachen, und die Karrieren der anderen vorantreiben sollte. Besonders die Südstaaten engagierten sich vehement dafür, daß die Todesstrafe wieder aufgenommen werden konnte. Sie bastelten so lange an ihren Gesetzen herum, bis sie 1976 vor der obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten bestätigt bekamen, daß sie nun die Todesstrafe wieder in ihre Gesetze einbeziehen durften. Die ersten, die daraufhin ihre Todeszellen mir Verurteilten füllten, waren Texas, Georgia und Florida. Die anderen Staaten folgten mit Enthusiasmus ihrem Beispiel.

»Todesgürtel« ...

... ist der Name, den sich die Südstaaten der USA für ihre eifrige Anwendung der Todesstrafe verdient haben. Zwei Drittel der Todesstrafen, die zur Hinrichtung führten, wurden in nur vier Staaten exekutiert: Louisiana, Georgia, Texas, Florida. Zwischen 1880 und 1930 wurden in den Südstaaten 3220 Schwarze gelyncht. Nachdem die vormals so beliebte Lynchjustiz mit der voranschreitenden Zivilisation nicht mehr salonfähig war, bekamen die weißen Rassisten mit der vom Gesetz abgesegneten Todesstrafe ein Mittel in die Hand, weiterhin die schwarze Bevölkerung zu unterdrücken und zu terrorisieren.

Mehr als 40% der zum Tode Verurteilten in den USA sind Schwarze, obwohl der Anteil der African Americans an der Bevölkerung nur 12% beträgt. In den Südstaaten liegt der Prozentsatz der Schwarzen im Todestrakt bei fast 50%. Aufschlußreich für die rassistische Handhabung der Todesstrafe ist die »Rasse« der Opfer: 84% der Hingerichteten von 1977 bis 1993 waren wegen Mordes an Weißen verurteilt worden. Und das, obwohl in derselben Zeit ebenso viele Schwarze wie Weiße ermordet worden sind. Die Chance, daß ein Weißer für einen Mord an einem Schwarzen zum Tode verurteilt wird, ist 1:100. Tatsächlich sind seit 1977 erst fünf Weiße wegen eines Mordes an einem Schwarzen hingerichtet worden.
Immer wieder wird die Praxis der Todesstrafe in den USA von Menschenrechtsorganisationen und Kommissionen als rassistisch und menschenunwürdig verurteilt. Im Sommer 1996 legten Rechtswissenschaftler der Internationalen Juristenkommission in Genf einen 265-seitigen Bericht vor, in dem die Todesurteile in den USA als ungerecht und diskriminierend bezeichnet werden: »Die überwältigende Zahl der zum Tode Verurteilten ist arm und fast immer wegen Mordes an Weißen bestraft worden.« Damit verstießen die USA gegen internationale Verträge zum Kampf gegen Rassismus und für die Achtung der Bürgerrechte.

»Um einen Weißen in Texas umzubringen, mußt du ein Verrückter sein... Um einen Schwarzen umzubringen genügt es, ein Richter zu sein.«
Curtis Paul Harris war mit siebzehn der Jüngste, als er 1979 in den Todestrakt von Huntsville, Texas, eingeliefert wurde. Seine Geschichte steht für viele, denn so grausam und empörend sie auch ist, ist sie die Norm für jene Männer und Frauen, die im Todestrakt aufgestapelt sind wie Fleischkonserven mit einem Verfallsdatum. Curtis und sein achtzehnjähriger Bruder Danny wurden wegen des Mordes an einem Taxifahrer zum Tode verurteilt. Die beiden Brüder waren Schwarze, ihr Opfer ein Weißer. Ausschließlich aus Weißen bestand die Jury, die Curtis zum Tode verurteilte. Obwohl nach dem Gesetz der Vereinigten Staaten Angeklagte das Recht haben, von einer Jury aus Ihresgleichen[1] beurteilt zu werden, werden Schwarze in acht von zehn Fällen vor eine Jury aus ausschließlich Weißen gestellt oder im besten Fall nur mit einem schwarzen Mitglied. Schwarze Jury-Mitglieder sind bei den Staatsanwälten unbeliebt, da sie sich meistens gegen die Todesstrafe aussprechen und die Tendenz zur Milde zeigen. So finden die Staatsanwälte immer wieder Möglichkeiten, schwarze Jury-Mitglieder auszuschließen. Im Fall von Curtis Harris verschob der Staatsanwalt den Prozeß gegen den jungen Mann ganz einfach in einen Distrikt, wo nur 6% der Bevölkerung aus African Americans bestand. Es war ihm daraufhin ein Leichtes, die wenigen in Frage kommenden schwarzen Mitglieder abzulehnen.
Der Anwalt von Curtis war, wie fast immer in diesen Fällen, vom Gericht zugeteilt. Diese Anwälte haben selten Erfahrung in Prozessen, bei denen es um Kapitalverbrechen geht. Die Budgets, mit denen sie ihre Nachforschungen anstellen und Gutachter bezahlen sollen, sind völlig unzureichend, und oft ist das Interesse dieser Pflicht-Anwälte an ihren Klienten so gering, daß sie diese weder vor dem Prozeß zu Unterredungen aufsuchen, noch sich in irgendeiner Weise um eine angemessene Verteidigung kümmern. So informierte auch der Anwalt von Curtis Harris die Jury weder über den geistigen Gesundheitszustand seines Klienten, noch über dessen sozialen Hintergrund.
Erst im Todestrakt wurde Curtis von einem Neuropsychiater untersucht, der den IQ des jungen Mannes auf 77 schätzte und schwere Hirnschäden feststellte, die Curtis durch Mißhandlungen, die er von seinem Vater erfahren hatte, zugefügt worden waren. Curtis, einer von acht Brüdern, war in bitterarmen, degradierten Verhältnissen aufgewachsen. Der Vater, ein Alkoholiker prügelte ihn immer wieder, mit Fäusten, Gürtel und Peitsche. Einmal schlug er ihn so stark mit einem Holzbrett vor den Kopf, daß Curtis Narben davon zurückbehielt.
Curtis wurde am 1.7.1993 in Texas zu Tode gespritzt. Sein Bruder Danny kam einen Monat später dran.

Sondergesetze für Native Americans

Native Americans werden in den USA für die gleiche Tat mit anderen Maßstäben gerichtet als Weiße, da die Bundesgesetzgebung ein spezielles Gesetz nur für Indianer geschaffen hat. Begeht z.B. ein(e) Native American einen Mord in einem Reservat, das in einem Staat liegt, der die Todesstrafe nicht vorsieht, kann er oder sie trotzdem zum Tode verurteilt werden, da er oder sie dem Major Crime Act von 1885 untersteht. Dieses Gesetz bestimmt, daß für zwölf verschiedene kriminelle Handlungen, durch Indianer begangen, automatisch das Bundesgesetz in Kraft tritt, während Weiße nach dem Gesetz des jeweiligen Staates verurteilt werden
Emmet Nave, ein Native American im Staat Missouri, wurde zum Tode verurteilt, nachdem er in einem Streit unter Alkohol-Einfluß seinen Hausherrn getötet hatte. Seine Verteidigung wurde in weiten Kreisen als völlig unzureichend bezeichnet. 1990 hob ein Richter des Bundesgerichtshofes das Urteil gegen Emmett auf. Das Berufungsgericht erkannte jedoch dieses neue Urteil nicht an, indem es u.a. genau die Mängel in der Verteidigung, die zu Naves Todesurteil geführt hatten, diesem wieder zur Last legte. Am 31. Juli 1996 wurde Emmett Nave in Missouri per Giftinjektion hingerichtet.

»Täglich werden im Todestrakt Gewaltverbrechen begangen, deren Grausamkeit und Brutalität nur den direkt Betroffenen bekannt ist. Niemand wird sich darüber wundern, daß im Todestrakt Gewalt herrscht, aber was Euch verwundern wird, ist, daß es die Schließer sind, die hinter diesen Mauern aus Stahl und Zement Gewalttaten begehen. Sie suchen Befriedigung und Ruhm darin, und möglicherweise glauben sie, es sei ihre patriotische Pflicht, gegen die Gefangenen mit vulgären und vorsätzlichen Einschüchterungen vorzugehen und sie rachsüchtig und voller teuflischer Grausamkeit zu foltern.«

Michael Sharp

Mexikaner vor amerikanischen Gerichten ....

... haben es besonders schwer. Oft sind sie illegal eingewandert und damit völlig wehrlos der Willkür der Justiz ausgeliefert. Aber auch legal eingewanderte Mexikaner werden vom System diskriminiert. Oft nicht einmal der englischen Sprache mächtig, zwingt man sie nach ihrer Verhaftung, Dokumente zu unterschreiben, deren Sinn sie nicht verstehen. Da sie ihre Rechte nicht kennen, lassen sie sich zudem auf Aussagen ein, ohne zuvor auf der Anwesenheit eines Anwaltes zu bestehen.

»Ich bin mexikanischer Staatsbürger«, erzählt Irineo Montoya. »Mit 15 verließ ich mein Zuhause, um, wie viele andere Landsleute, in den Vereinigten Staaten Arbeit und ein besseres Leben zu suchen. Ich wollte arbeiten und meinen Eltern Geld schicken. Ich bin einer von sieben Geschwistern und meine Familie ist sehr arm. Das gab mir den Mut, auszuwandern, um ihnen zu helfen. Aber ich hatte keine Ahnung, was mir bevorstand. Anstelle des »American Dream« fand ich einen Alptraum vor, aus dem ich bis heute nicht aufgewacht bin.

Ich war gerade 18, als ich des Mordes an einem Amerikaner angeklagt wurde, obwohl die Autoritäten schon den wirklich Schuldigen in ihrer Hand hatten. Aber dieser kannte sowohl die amerikanische Sprache als auch seine Rechte und konnte sich retten. Er ist nun frei, und ich zahle für seine Tat, indem ich mich hier im Todestrakt wiederfinde. Bei meiner Verhaftung sagte mir keiner, daß ich das Recht auf einen Anwalt hatte, bevor ich die Dokumente unterschrieb. Ein Anwalt hätte mich nie diese Dokumente unterschreiben lassen. Ich habe ein Geständnis unterschrieben, das ich gar nicht abgelegt hatte!« Auch im Prozeß gegen Irineo Montoya wurden Verstöße der Staatsanwaltschaft hingenommen (z.B. die Verwandtschaft eines Jury-Mitglieds mit dem Opfer), die ein guter Anwalt auf der Stelle entlarvt hätte.

Rassismus im Todestrakt

Andrea Jackson ist eine der sechs Frauen im Todestrakt von Pembroke Pines in Florida. Als sie 1984 dort eingeliefert wurde, begrüßte die Schließerin sie mit folgenden Worten: »Du bist jetzt im Todestrakt, Nigger, und du wirst tun, was ich will. Du gehörst jetzt mir und ich kontrolliere dich.« Beim Duschen in Pembroke Pines gibt es Unterschiede, je nachdem, welcher »Rasse« die Frauen zugehören: die Weißen können jeden Tag duschen, die Schwarzen und Farbigen nur dreimal die Woche. Ihnen wird gesagt: »Auf deiner dunklen Haut sieht man den Dreck doch nicht.«

In California wurden vor einigen Monaten fünf Gefängniswärter dabei erwischt, wie sie sehr spezielle Wetten abschlossen: Sie nutzten die Rivalität zwischen schwarzen und mexikanischen Gangmitgliedern aus, indem sie Mitglieder der beiden Gruppen im Hof zusammensteckten und dann über den Ausgang der unvermeidlichen Kämpfe Wetten abschlossen.

Um sich gegen die Willkür und den Rassismus der Verwaltung und einzelner Wärter zu schützen, sollte man denken, daß die Angehörigen der verschiedenen Ethnien sich solidarisch zusammenschließen. Aber in der von Gewalt und psychischer wie auch physischer Folter bestimmten Atmosphäre des Todestraktes ist Solidarität eine exotische Pflanze, ein Luxus. Jeder kämpft gegen jeden. Einige wenige haben erkannt, wie wichtig eine gemeinsame Front gegen die rassistische Willkür und Folter ist, der sie ausgesetzt sind. Sie verfassen eine gemeinsame Knastzeitung und versuchen, die Öffentlichkeit auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Ohne Hilfe und Solidarität von außen können sie jedoch nichts erreichen. Und in den USA die Bürger zur Solidarität mit den Gefangenen im Todestrakt zu bewegen, ist etwa so, als wollte man die Metzgergilde dazu bringen, für die vegetarische Küche zu werben. Aktionen wie die öffentliche Anklage, die einige der Todestrakt-Insassen in Texas gegen die Gewalttätigkeit, die Brutalität und den Rassismus der Wärter eingereicht haben, sind selten, denn es gehört von Seiten der Gefangenen eine große Portion Mut dazu, ihre Peiniger öffentlich anzuprangern. So hat die Texas Coalition to Abolish the Death Penalty (TCADP) vor einigen Monaten einen formalen Antrag an die Beamten des Texas Departement of Criminal Justice (TDCJ) gestellt, in dem sie darauf drangen, daß jegliche Vergeltungsmaßnahme gegen den Insassen Michael Sharp (Nr. 740) einzustellen sei. Michael und die anderen Gefangenen im Todestrakt hätten das Recht und die Pflicht, die Wärter anzuzeigen, die sie quälten. Die TCADP unterstützt Michael sowie die Prisoners United for Revolutionary Education (PURE), das The Lamp of Hope Project, das Endeavor Project und alle anderen Organisationen und Individuen im Todestrakt, die eine mutige Postition gegen die Gewalttätigkeiten des TDCJ bezogen haben. Das TCDAP unterstützt den Kampf der Gefangenen im Todestrakt um ihr Recht auf eine menschenwürdige Behandlung, frei von Rassismus und Anti-Gay-Bigotterie der Wärter und Beamten.

Helma Felzer

[1] *Jury of Peers*

Gefangene Raben
Eingesperrt
Gefüttert
Gewässert ...
Auf den Tag des Abschlachtens
wartend.
Schwarze Vögel
Mit gestutzten Flügeln.
Weiße Käfige.
Weiße Wächter.
Weiße Schlüssel.
Eine Nation aus weißen Käfigen,
gefüllt mit schwarzen Vögeln,
eine amerikanische Delikatesse.

Mumia Abu-Jamal, 1993

Dayton und das Ende des Krieges?

Die Rückkehr und Wiederansiedlung der bosnischen Flüchtlinge ist ein sehr beliebtes Thema in der Bundesrepublik, und nur in der Bundesrepublik, denn andere Staaten scheinen diesem Thema einen völlig anderen Stellenwert zuzumessen und die politische Situation ganz anders zu bewerten, wie auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg vom 5.–8. Juni in Berlin sehr deutlich wurde. Außer verschiedenen Politikern der Bundesrepublik, vorneweg natürlich der Innenminister, ist offensichtlich niemand der Meinung, daß eine Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge erwägenswert, vertretbar oder vielleicht sogar sinnvoll wäre, ganz im Gegenteil. Die Vorsicht der politischen Repräsentanten anderer Länder gegenüber »Rückführungen« nach Bosnien und Herzegowina (BuH) liegt aber nicht etwa an einer plötzlichen politischen Abkehr von nationalistischen oder nationalen Dogmen – die Revolution von oben ist keineswegs erfolgt – sondern an der im Vergleich zu bundesdeutschen Politikern etwas geringeren humanitären Ignoranz und der höheren Hemmschwelle, das nächste große Morden, wenn nicht in die Wege geleitet, so doch billigend in Kauf genommen zu haben.

Wer sich von Fakten und Realitäten ohnehin nie hat beirren lassen, hat auch wenig Schwierigkeiten, zu begründen, warum eine Rückkehr der Flüchtlinge zu diesem Zeitpunkt sinnvoll sei. Alle anderen sehen das vollkommen anders, besonders diejenigen, die direkt mit der Realität konfrontiert wurden und diese nicht ignorieren können. Wie etwa die NATO, die zur Zeit scheinbar kein Interesse hat, die Spannungen in BuH steigen zu lassen. Oder die anderen Länder, denen eine Stabilisierung des Landes wichtiger ist als der schnellstmögliche Rausschmiß der Flüchtlinge, weil ihnen die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung von BuH, die RückkehrerInnen zu integrieren, durchaus bekannt ist. Die Weigerung, Flüchtlinge zu reintegrieren, findet sich übrigens in allen bosnischen Bevölkerungsgruppen, wie kürzlich auch Josef Vosen (SPD-MdB/Bürgermeister Düren) bei einem Besuch feststellen mußte.

Die Situation ist also alles andere als entspannt. So schätzt der Botschafter des Sonderstabes des Auswärtigen Amtes, Christian Pauls, die Wahrscheinlichkeit einer neuen bewaffneten Auseinandersetzung mit 90% ein, und Generalmajor Schuwirth vom Verteidigungsministerium teilt höchstens diese Prozentzahl nicht ganz, die Einschätzung jedoch vollkommen. Als einzige erfolgreiche Seite des Daytonabkommens wird die militärische betrachtet und das, obwohl nach Schuwirth alle Seiten, die serbische ebenso wie die bosniakische und kroatische, hinter dem Rüstungskontrollabkommen herhinken. Das Scheitern des Daytonabkommens zeigt sich auch bei den militärischen Trainingsprogrammen, die von den US-Truppen durchgeführt werden. Diese »train and equip«-Programme werden dazu benutzt, starken Druck auf die bosniakischen und kroatischen Teile auszuüben. Den Haß zwischen diesen beiden Gruppen schätzt Josef Vosen als wesentlich größer ein, als den zwischen den anderen Bevölkerungsteilen.

Einigkeit herrscht über die Einschätzung Carl Bildts, daß die Verhaftung von 250–500 Personen das Problem lösen würde. Hier besteht lediglich das gleiche Problem wie bei einem Versuch, die Kriegsverbrecher festzunehmen: Ein Blutbad wäre garantiert.

Alles in allem ist festzustellen, daß die Politik der Nationalstaatlichkeit die Erkenntnis feiert, daß es ein paar »kleine Schwierigkeiten« gibt, den für die Zerlegung Jugoslawiens gerufenen nationalistischen Besen so einfach wieder in die Ecke zu schicken.[1] Jetzt wird, nach Aussage Christian Pauls, sogar mit dem Gedanken gespielt, gegen die nationalistische Propaganda vorzugehen und alle Sender stillzulegen oder zu stören, da im Äther nur übelste Propaganda zu finden sei.

Insgesamt ist die Bilanz zu ziehen, daß von keiner Seite in BuH eine wirkliche Bereitschaft zur Überwindung der Konflikte erkennbar ist, ganz im Gegenteil: Der Haß zwischen den Bevölkerungsgruppen wird systematisch weiter geschürt. Das geschieht in gleicher Weise von Seiten der kroatischen, serbischen und bosniakischen Nationalisten; jede Seite in dem Bewußtsein, den Krieg nicht verloren zu haben, sondern eigentlich auf der Siegerstraße gewesen zu sein. Die Flüchtlinge sind dabei als politisches Druckmittel interessant. Die bosnische Regierung setzt damit die serbischen und kroatischen Gebiete unter Druck, stellt sich selbst als Dayton-Musterschüler dar und schlachtet die Ablehnung der Rückkehrer in den serbischen und kroatischen Gebieten politisch aus (was in der Öffentlichkeit meistens untergeht ist, daß in den bosniakischen Gebieten die Ablehnung der Rückkehrer auch enorm ist). Die Bundesregierung hingegen dient sich dem fremdenfeindlichen Mob der Bundesrepublik an, um ihr politisches Profil am rechten Rand zu stärken. Durch ihr Agieren bedient sie auch die rechte und chauvinistische Erklärung für die Wirtschaftskrise: »Die Ausländer sind an allem schuld«. Nichtsdestotrotz wird bei uns unverdrossen an Rückkehrprogrammen gebastelt, deren einziges garantiertes Ergebnis die Verschärfung der politischen Lage in Bosnien und Herzegowina sein wird.

Tobias Faßmeyer, ZAG-Redaktion

[1] s.a.: *Die Demontage Jugoslawiens und die Kolonisierung Bosniens*, von Michel Chossudovsky, in: ZAG 21, S. 27ff.

Sie sagen eine Menge, aber sie tun nichts

Interview mit einem kurdischen Flüchtling aus dem Nordirak

Lange ist er her, der Wüstensturm gegen das Reich des Bösen. Mußten damals die irakischen Kurden noch als Legitimationsgrund für die militärische Durchsetzung US-amerikanischer Interessen herhalten, so ist ihr Schicksal mittlerweile in Vergessenheit geraten. Das UNO-Engagement in dieser Region weicht auf, und viele Indizien deuten auf den allmählichen Rückzug der Weltpolizisten und die Wiederkehr der irakischen Truppen in die Region. Vielen bleibt nur noch die Flucht.
Mit einem der wenigen, der es bis Deutschland schaffte, sprach die ZAG über die aktuelle Entwicklung im Nordirak.

ZAG: Wie lange sind Sie schon in Deutschland?

M.: Ungefähr fünf Monate.

Wie lange haben Sie benötigt, um von Kurdistan im Nordirak nach Deutschland zu gelangen?

Ich war drei Monate unterwegs.

Warum sind Sie aus Kurdistan nach Deutschland geflohen?

Der wichtigste Grund war, daß die NGO, für die ich gearbeitet habe, von der irakischen Regierung massiv bedroht wurde. Nachdem die Truppen Saddam Hussain Arbils die Hauptstadt Kurdistans erobert hatten, begannen sie, alle Mitarbeiter zu verfolgen. Saddam Hussain ließ sich in der Zeitung zitieren, er persönlich werde sie hinausjagen. Es gab also für mich als Mitarbeiter keine Möglichkeit, dort zu bleiben. Ich mußte irgendwohin, weil ich mich in Lebensgefahr befand.

Gibt es viele deutsche oder internationale Organisationen in Kurdistan? Erging es deren Mitarbeitern ebenso?

Drei oder vier. Es gab zwei NGO's, die mit den Amerikanern arbeiteten. Aber direkt nachdem sie die Gefahr bemerkten, die durch Saddam Hussain drohte, haben sie alle Mitarbeiter in die USA in Sicherheit gebracht. Jetzt gibt es nur noch ein oder zwei NGO's im kurdischen Teil des Nordirak, jedenfalls war dies so bis zu dem Tag, an dem ich geflohen bin.

Welche Art Hilfestellung leisten diese NGO's im Nordirak?

Das hängt davon ab, welche Spezialisierung die jeweilige NGO hat. Wir haben medizinische Hilfe geleistet. Es gibt aber auch Bauhilfe, Unterricht oder ganz einfach Versorgungshilfe mit Lebensmitteln. Durch das Embargo der UNO ist das notwendig. Sie unterstützen auch die Benzinverteilung. Es gibt NGO's, die früher mit der UNO zusammengearbeitet haben und die legal in den Nordirak kamen, sie sind nicht in Gefahr. Die ganzen lokalen und internationalen Mitarbeiter arbeiten immer noch.

Was machen die UN-Truppen?

Sie sind nicht zu sehen. Sicher, sie sind dort, aber was sie arbeiten, ist nur formal. Die UN hat einen großen Namen und sie haben eine große Menge Geld zur Verfügung. Ich selbst weiß jedoch nicht, was sie eigentlich dort machen. Man bekommt sie selten zu Gesicht. Sie sagen eine Menge, aber sie tun nichts.

Wie ist die wirtschaftliche Situation in Kurdistan?

Wegen des Embargos gegen den Irak ist die wirtschaftliche Situation sehr schlecht. Es gibt überhaupt keine Möglichkeit, Nahrungsmittel zu importieren. Nur über die UN und die von ihr geleiteten Nahrungsmittelprogramme. Die UN überläßt die Verteilung der Nahrungsmittel dann den NGO's, die einen Vertrag mit der UN haben.

Schützen die UN-Truppen die Bevölkerung bei einer militärischen Agression durch Saddam Hussein oder bei den Kriegen zwischen den verfeindeten kurdischen Parteien?

Niemals. Sie tun überhaupt nichts. Als der Krieg zwischen den verfeindeten kurdischen Parteien ausbrach, flohen die UN-Truppen irgendwohin. Sie verbreiteten aus der Ferne, weit weg vom Geschehen, Berichte über die Situation, die sie selbst wiederum von den Parteien erhalten hatten. Sie greifen selbst nicht ein, sie stehen dabei. Letztes Mal, als Saddam Hussains Armee die kurdische Hauptstadt eroberte, flohen die meisten von ihnen. Nachher gab das UN-Hauptquartier Berichte heraus, die besagten, daß Arbil weder von den Truppen Saddam Hussains erobert worden war, noch daß es Panzer in der Stadt geben würde. Wir selbst haben die Truppen und die Panzer gesehen, während die UN im Ausland verbreiten ließ, daß es keinerlei gefährliche Situation in Kurdistan geben würde und daß sie nicht verstehen könnten, warum die NGO's Kurdistan verlassen würden. Aber es war eine lebensgefährliche Situation.

Wie hat sich das Verhältnis der kurdischen Bevölkerung zu den UN-Truppen verändert?

Am Anfang erwarteten die Menschen sehr viel von der UN, sie waren viel optimistischer, als sie es jetzt sind. Viele kamen, nachdem sie in den Iran oder in die Türkei geflohen waren und sich jahrelang dort versteckt gehalten hatten, wieder zurück, weil sie gehört hatten, daß die UN den Schutz Kurdistans übernommen hatte. Sie fühlten sich sicher und hofften, ein neues Leben beginnen zu können. Aber nach drei, vier Jahren wurde ihnen klar, daß es diese Protektion in Wirklichkeit nicht gab. Für sie ist die UN inzwischen zu einer Karikatur geworden. Denn sie haben am eigenen Leib erfahren, daß sie trotz UN permanent in Lebensgefahr schweben. Das ist der Hauptgrund, warum viele Menschen versuchen, aus Kurdistan zu fliehen.

Was sollte die UN machen?

Sie könnten, sie sollten den Menschen helfen. Ich behaupte nicht, daß sie überhaupt nicht helfen, aber sie tun nicht das, was sie tun sollten. Und sie erfüllen ihre Aufgabe nicht in der Art und Weise, wie sie es zu Beginn als ihre Aufgabe angesehen haben und was sie den Menschen versprochen haben. Da ist das Embargo, das bewirkt, daß es keine Arbeit und damit keinen Verdienst gibt. Dies

treibt die Menschen in die Hand der Parteien und sie beginnen sich untereinander mit Waffengewalt zu bekämpfen. Die Situation zwingt sie dazu, weil es keine Lebensperspektive gibt. Ohne Arbeit und damit Geld gibt es nichts zu essen.

Warum hält sich die UN nicht an ihre eigenen Direktiven?
Ich weiß es nicht. Aber Gerüchte werden verbreitet, daß es eine stillschweigende Übereinkunft zwischen Saddam Hussain und der UNO in bezug auf Kurdistan gibt.

Wie sollte diese Übereinkunft aussehen?
Saddam Hussain wird wieder zurückkehren. Nicht als Eroberer, sondern die von ihm gelenkte Partei wird ihn darum bitten, den Kurden zu helfen. Und die UN wird nichts dagegen unternehmen wollen. So soll, auf Kosten der Kurden, eine regionale politische Lösung herbeigeführt werden. Niemand würde sein Gesicht verlieren, weder der Iran, noch die Türkei oder Saddam Hussain; und die UN könnte sich leise aus der Region verabschieden.

Denken Sie, daß die Situation in Kurdistan hier in Deutschland nicht ausreichend wahrgenommen wird?
Alle, die sich von offizieller Seite mit der Situation in Kurdistan beschäftigen, kennen die Situation. In Deutschland wissen die Behörden beinahe alles über die konkrete Situation in Kurdistan.

Das Juhnke-Syndrom

Rassisten kennen keine Klassenschranken

Abb.: Eigenkauf

Vor dem Amtsgericht in Moabit wurde am 13. August dieses Jahres ein Fall von Körperverletzung und Volksverhetzung verhandelt, der in vieler Hinsicht so exemplarisch für den rassistischen Dauerzustand in Deutschland ist, daß es sich lohnt, kurz darüber zu berichten,

Der Vorfall: An einem Abend im Februar arbeitet der Barkeeper Raschid M. (Name geändert) wie gewohnt in einer Gaststätte im Wedding. Gegen 22 Uhr betritt Karl Steiner (Name nicht geändert) das Lokal und verlangt Champagner. Raschid erklärt ihm, es gebe keinen Champagner, er könne allenfalls mit dem Taxi einen holen fahren; das koste aber 120,–DM. Steiner lehnt ab. Kurz darauf verlangt er von Raschid fünf Mark für Zigaretten. Der Barmann verweist auf die Bedienung, die ihm die fünf Mark auslegen und auf die Rechnung setzen könne. »Arschloch«, tönt der Deutsche, der Raschid in Statur und Körperfang deutlich überlegen ist. Die Gaststätte ist voll, doch keiner reagiert. Da Raschid sich nicht provozieren läßt, sprudelt es nun aus dem Deutschen heraus:«Scheißkanake, Mißgeburt, du kannst froh sein, daß du hier leben darfst, weil bei dir zuhause die Leute verhungern.« Und: »Leute wie dich hätte Hitler vergast...« – Immer noch greift niemand ein. Raschid geht zum Telefon, um seinen Chef anzurufen. Noch während des Gesprächs packt Steiner ihn von hinten am Hals, würgt ihn, drückt ihn zu Boden und schlägt ihn weiter. Das Telefon bricht aus der Wand, Aschenbecher zersplittern. Endlich greifen vier Gäste ein und ziehen den weiter prügelnden Steiner mit Mühe von seinem Opfer weg. Raschid ist am ganzen Körper verletzt und muß für zwei Wochen krankgeschrieben werden.

Sechs Monate später erläutert der Angeklagte vor Gericht, er sei kein Ausländerhasser. Nicht nur das, er komme bei Schering[1], wo er als Maschinenschlosser tätig ist, bestens mit den Ausländern aus und war vor 10, 15 Jahren auch schon in der Türkei, in Israel und in Ägypten. Kann so einer etwas gegen Ausländer haben? Harald Juhnke, der kürzlich in den USA einem Schwarzen mit Vergasung drohte, ist doch bekanntlich auch kein Rassist. Der war doch nur betrunken. Der Berliner Kontrabassist, der in Israel mit »Adolf Hiltler« unterschrieb, auch. Und Steiner? Sechs bis sieben Bier will er gesoffen haben, fünf Fudschis[2]; später erhöht eine Entlastungszeugin noch um eine Flasche Wein. Der Richter erklärt schon während der Ausführungen der Beklagten, daß man in diesem Fall ja auf verminderte Schuldfähigkeit wegen Trunkenheit erkennen könne (noch bevor der Geschädigte und ein weiterer Zeuge versichern, Steiner habe während seiner Tat einen sehr nüchternen Eindruck gemacht und habe im Lokal auch keine Fudschis getrunken). Auch seien ja die Verletzungen des Angegriffenen nicht so schlimm gewesen, befindet der Richter. Nanu? Ist der Herr Richter der Anwalt des Gewalttäters?

Doch zurück zum Alkohol. Ohne ihn, so scheint es, gäbe es gar keinen Rassismus – und ohne die Arbeitgeber vielleicht auch nicht. Denn Steiner hatte just an jenem Freitag bei seinem Chef um eine Gehaltserhöhung nachgefragt, bekam aber eine Abfuhr. »Die Arbeitgeber sitzen ja heute am längeren Hebel«, erläutert Steiner. Auch auf einer Gewerkschaftsversammlung nach Arbeitsschluß habe er mit Kollegen das Thema Lohn erbittert diskutiert. Warum er dann später auf den Barkeeper losgegangen ist, kann er sich nur

dadurch erklären, daß dieser die zweite Person an jenem Tag gewesen sei, die ihm etwas abgeschlagen habe. Es tue ihm ja leid: »Fehlreaktion« – Etwas in meinem Gehirn ausgeschaltet« – »Sicherung durchgebrannt« – »Pferde durchgegangen«. niemand fragt Steiner, warum er nicht seinen Chef verprügelt hat. Dazu hätte er ja wenigstens ein Motiv gehabt.

Raschid darf in dem Prozeß nur als Zeuge aussagen. Er kann den Anblick seines Angreifers, neben den er sich setzen muß, nur mühsam ertragen. Er hatte in den Jahren seines Aufenthalts in Berlin nie einen rassistischen Angriff erlebt und ist seit der Tat tief in seinem Selbstvertrauen erschüttert. Er weist die Entschuldigung des Aggressors (die dieser erst am Tag der Gerichtsverhandlung ausspricht) zurück. Schließlich muß er jederzeit damit rechnen, wieder einem ganz normalen Deutschen zu begegnen, der ein bißchen über die Stränge schlägt. Der Zeuge ist nach wenigen Ausführungen entlassen. »Wir brauchen Sie jetzt nicht mehr.«

Karl Steiner ist 38 Jahre alt. Er ist nicht vorbestraft und noch nie einschlägig aufgefallen. Anders als Harald Juhnke und anders als ein verbeamteter Kontrabassist, verdient er im Monat 2500 DM und zahlt 1000 DM Miete. Wie aber kommen, klassenunabhängig, so viele ganz normale Deutsche, die es sich selbst nie hätten träumen lassen, dazu, nach ein paar Bieren »Hitler hätte dich vergast« zu lallen? Hinter der Schindlers-Liste-Betroffenheitsfassade müssen Abgründe einer schier unverwüstlichen Sympathie für die massenhafte Menschenvernichtung der Nazis existieren. Das deutsche Unbewußte scheint dem Holocaust nicht verabscheuend, sondern voller Bewunderung gegenüberzustehen; der millionenfache Mord der Nazis stellt also eine verschüttete Quelle von Macht und Kraft dar, die sich in nervösen Momenten einen Durchbruch zur Oberfläche verschafft. Der ewige Deutsche manifestiert sich hier, ohne selbst am Nationalsozialismus beteiligt gewesen zu sein, ja ohne daß er »rechts« ist. Ein normaler Deutscher zu sein reicht aus. Rassismus gibt es weltweit, aber mit Gaskammern können Deutsche nun einmal am glaubwürdigsten drohen. Klassenunabhängig. Der Unterschied zwischen dem Populismus eines Gerhard Schröder und den Exzessen eines Karl Steiner beträgt nur wenige Promille. Und die anderen spielen weiter Karten, solange nichts kaputtgeht.

Das Urteil: Steiner verdient nicht viel. Und da einem Deutschen nicht abverlangt werden kann, sich von seinem Auto zu trennen, wird der Tagessatz im Urteil noch etwas niedriger angesetzt: Denn der Staatsanwalt stellt ihm bei der Strafbemessung – neben dem Alkohol-Bonus, obschon ein Beweis für Trunkenheit nicht erbracht wurde – in Rechnung, daß er Tilgungsraten für einen Mittelklassewagen abzustottern hat, den zu kaufen er vor einem Jahr nicht hatte widerstehen können. So werden dem Volksverhetzer, der nie einer sein wollte, 80 Tagessätze á 60 DM berechnet. Der verständnisvolle Richter schließt sich dem an. Im Namen des Volkes. Raschid geht leer aus. Er hatte nicht einmal seine Verletzungen bis zum Ende vortragen können.

G. Orth

[1] *Berliner Pharmakonzern*

[2] *Cola-Weinbrand*

Rechtsüberholen leicht gemacht

Die vermeintliche Änderung der politischen Straßenverkehrsordnung durch Herrn Schröder

»Law and order is a labour issue«. Leuchtet das Tony Blair Zitat auf – natürlich roten – sozialdemokratischen Wahlkampfplakaten in Hamburg, kann auch der Fürst des Nachbarlandes nicht nachstehen. Schließlich hat schon 1994 ein Sondereinsatzkommando seiner Landeshauptstadt unter Beweis stellen können, daß sie mit entschiedener Härte aus Versehen 17jährige Plakatekleber in den Rücken erschiessen können. Und damit das auch so bleibt und bald überall funktioniert, hat sich Schröder jetzt ausländerpolitisch auf unteres Löwenbräu-Keller-Stammtisch-Niveau eingependelt. Und dabei bekommt dann selbst Kanther kalte Schweissperlen auf der Stirn, wenn er das Durchladen der Schröderschen Pumpgun hört. Rechts überholen, Schiebedach auf und dann ein paarmal abgedrückt. Die amerikanische Modesportart »Drive by Shooting« tritt ihren Siegeszug jetzt also auch in der deutschen Sozialdemokratie an. Und das Dank des Mannes, der sich, neben der biologischen, für die einzige Lösung zur Absetzung des großen Vorsitzenden Kohls hält. Brüder, zur Ordnung, zum Mob.

»Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell«.

Besser und kürzer kann man sozialdemokratische Ausländerpolitik eigentlich nicht auf den Punkt bringen, und die, die sich jetzt erschüttert zeigen, sind mit einer gehörigen Portion Realitätsfremdheit ausgestattet. Wer hat denn bei der Abschaffung des Asylrechts die Hand gehoben, wo steht der größte Abschiebeknast, welche Bundesländer glänzen mit hohen Abschiebequoten und in welchen gibt es die meisten rassistischen Polizei-Übergriffe? Die Antwort auf all diese Fragen hat drei Buchstaben, und der erste ist nicht das C. Neu am Schröderschen Duktus ist lediglich, daß er diese Politik stolz und breit in einer Sprache verkündet, die auch beim allerletzten analphabetischen Blockwart zu befriedigtem Kopfnicken führt. Und Ehrlichkeit und Offenheit in der Politik, das wünschen sich doch alle, die an einer standhaften Demokratie interessiert sind. »Niemand soll später sagen können, es sei nicht alles besprochen worden«. Und den Worten folgen gewöhnlich auch Taten. Freuen wir uns also gemeinsam auf neue Brandanschläge.

Jürgen Temming, ZAG-Redaktion



Foto: Mathis Beutel

Europa – der »Lohn« des Rassismus

Zur neuesten Ausgabe von RACE & CLASS

Europa auf dem Weg zur Währungsunion

Die Hauptsorge der europäischen Regierungen sind zur Zeit die Kosten der europäischen Integration. Überall werden Kürzungen der Sozialausgaben damit begründet, daß diese nötig seien, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen, die die Voraussetzung zum Beitritt in die Europäische Währungsunion sind. Dabei verändert sich das Konzept der Wohlfahrt generell: »The very concept of welfare has shifted, from concern to coercion, from rights to duties, requiring greater and greater government interference into civil society, thereby corrupting government itself.«[1] (A. Sivanandan, Leiter des Londoner Institute of Race Relations) Was aber sind die Folgen dieses Prozesses für Schwarze und ImmigrantInnen in der EU? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Juliausgabe der Zeitschrift RACE & CLASS, die in London vom Institute of Race Relations herausgegeben wird – eine klare und radikale Stellungnahme im sog. »Europäischen Jahr gegen Rassismus«.

Europa braucht hochflexible Arbeitskräfte – nicht aber ImmigrantInnen

Liz Fekete beschreibt, wie sich die Formen der Migration und der Status von ImmigrantInnen infolge des Globalisierungsprozesses verändert haben. Aufgrund der wirtschaftlichen Veränderungen versuchen europäische Regierungen heute, die von vielen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg ins Land geholten ImmigrantInnen und ihre Nachkommen los zu werden – nicht, weil man ihre Arbeit nicht mehr bräuchte. Sie sollen vielmehr durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden, die in prekären und zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnissen stehen, wie sie in der postindustriellen Wirtschaft gebraucht werden. Zwei Schritte sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.
Einerseits werden die Rechte der bereits im Land lebenden ImmigrantInnen beschnitten. Als Beispiel werden hier die Pasqua-Gesetze[2] in Frankreich genannt oder der Umgang Deutschlands mit den VertragsarbeiterInnen aus der ehemaligen DDR.
Andererseits werden neue Möglichkeiten des Zugangs zum Arbeitsmarkt geschaffen, die charakteristischerweise eine zeitliche Begrenzung beinhalten. In Deutschland existieren so z.B. vier unterschiedliche Typen von Arbeitsverhältnissen, deren Dauer fein abgestuft ist: Das reicht von projektbezogener Einstellung (bis zu drei Jahre) über Vertragsarbeit (maximal achtzehn Monate) und Saisonarbeit (jeweils drei Monate) bis zum über die Grenze pendelnden Arbeiter, der nicht weiter als 50 km von der Grenze leben darf und jede Nacht nach Hause zurückkehren muß (bis zu drei Monate).
Ziel ist es, hochflexible Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben und die Lohn- und sozialen Kosten möglichst gering zu halten. Ganz am Ende dieser Hierarchie stehen die »Illegalen«, die gar keine Rechte haben und für minimale Löhne zu arbeiten gezwungen sind. Frauen, die als Hausangestellte bei Angehörigen der Mittelklasse arbeiten und oft auch im Haus der Arbeitgeber leben, bilden einen großen und oft vernachlässigten Teil dieser Gruppe. Auf sie geht Bridget Anderson in ihrem Beitrag »Servants and Slaves: Europe's domestic workers«[2a] besonders ein.

Flucht – ein Geschäft

Die Abschottung von Westeuropa und Nordamerika läßt aber auch ganz neue Verdienstmöglichkeiten entstehen. Für viele besteht die einzige Möglichkeit darin, ihr Leben skrupellosen Schleppern anzuvertrauen, um dennoch in die hochindustrialisierten Länder gelangen zu können. Schätzungen zufolge wurden 1993 mit dieser Form des Menschenhandels allein an der Immigration nach Europa zwischen 100 Millionen und 1 Milliarde Dollar verdient, wie Liz Fekete und Frances Webber in ihrem Artikel »The human trade«[2b] schildern. Dabei scheinen die gleichen Strukturen für das Schieben von Waffen, Drogen oder eben Menschen eine Rolle zu spielen.

Abbau von Sozialleistungen

Hinzu kommt, daß in allen Ländern der EU der Zugang von ImmigrantInnen zu Wohnungen, Bildung, Sozialhilfe und Gesundheitssystem, der auch in der Vergangenheit erschwert war, durch neue Gesetze weiterhin beschnitten wird. Menschen ohne Papiere haben darauf ohnehin kein Anrecht. Das ist das neue Konzept der »Wohlfahrt«, wie es auch schon in dem einleitenden Zitat von Sivanandan beschrieben wurde. Liz Fekete schlußfolgert: »Hence, what is emerging in Europe is increasingly an authoritarian state and not a welfare state – justified in the terms of the ideas of social Darwinism (survival of the fittest), of the New Right (cultures of dependence) and of protectionism (national preference):«[3] Aus diesen drei Tendenzen geht ein neuer Rassismus hervor, der auf Ausschluß und ökonomischem Kalkül basiert.
Parallel zur Aushöhlung des Sozialstaates und zur Abschottung der wohlhabenden Industrienationen läßt sich ein weiteres Phänomen beobachten: die Idee der Entwicklung des Südens verliert an Bedeutung. Jeremy Seabrook (»Convergence, welfare and development«[4]) ist der Meinung, daß die genannten Phänomene eine gemeinsame Wurzel haben, nämlich das Ende des kalten Krieges und damit der Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus. Sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch die Entwicklungspolitik

waren seiner Interpretation nach strategische Mittel zur Verteidigung des kapitalistischen Modells, wozu auch Elemente der gegnerischen Politik herangezogen wurden. Diese Mittel haben mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ihren Zweck erfüllt. Die Globalisierung läßt sich als ungebremste Durchsetzung des kapitalistischen Systems infolge der geschilderten Entwicklung verstehen.[5]

Infragestellung der Gewaltenteilung

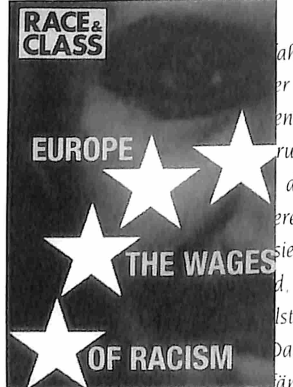
Die Geschichte des Kampfes von BürgerInnen um eine Verfassung hatte zum Ziel, die Exekutive, also Monarchen bzw. später gewählte Volksvertreter, politisch und mithilfe von Gesetzen zu kontrollieren und die Rechte des Bürgers bzw. der Bürgerin gegenüber dem Staat zu verteidigen. Mit dieser grundsätzlichen Überlegung leitet Frances Webber ihren Artikel »Governing racism: the corruption of the executive«[5a] ein.

Um die oben beschriebenen, grundlegende Menschenrechte verletzenden, neuen Formen des Rassismus zu installieren, wird von den europäischen Regierungen zunehmend Politik unter Umgehung der Legislative, also der gesetzgebenden Parlamente, gemacht. Die Verletzung bestehender Gesetze wird willentlich in Kauf genommen, Einwände von Gerichten werden ignoriert oder durch entsprechende öffentliche Kritik im Keim erstickt. Dies zeigt sich in der wachsenden Zahl von Rechtsverletzungen durch Regierungen, so zum Beispiel in der unrechtmäßigen Abschiebung von 103 ZentralafrikanerInnen aus Spanien im Juni 1996. Aber auch die Drittstaatenregelung, aus der häufig Kettenabschiebungen resultieren, das lange Festhalten von abgelehnten AsylbewerberInnen in der Abschiebehaft unter menschenunwürdigen Bedingungen, der Gebrauch von Handschellen, Klebeband oder Drogen zur Durchsetzung erzwungener Abschiebungen und die Durchführung kollektiver Abschiebungen von Menschen in den Kontinent ihrer Herkunft sprechen eine deutliche Sprache. Politik wird zunehmend über Dekrete, Zirkulare und Regelungen und damit an den Parlamenten vorbei gemacht. Diese Instrumente waren ursprünglich dazu geschaffen worden, Gesetze näher auszuführen oder Gesetzeslücken zu füllen, sollten aber nicht an die Stelle von Gesetzen treten. Es werden aber auch grundlegende Rechtsprinzipien gebrochen, wie etwa das Verbot der rückwirkenden Anwendung von Gesetzen – auch dafür ist die Umsetzung der Pasqua-Gesetze in Frankreich ein Beispiel. Als Grund für den Bruch von Gesetzen nennt Webber besonders die Tatsache, daß die Einwanderungs- und Asylpolitik zur dritten Säule des Maastrichter Vertrags neben den Bereichen Wirtschafts- bzw. Außen- und Sicherheitspolitik avanciert ist. Viele Beschlüsse werden nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern von den Einwanderungs- und Innenministern der EU-Staaten hinter verschlossenen Türen gefaßt.

Auch wenn viele der in der neuesten Ausgabe von RACE&CLASS zusammengetragenen Ideen und Fakten nicht neu sind, ist die Lektüre auf jeden Fall lohnend. Selten findet man so klar strukturierte, informative und gut recherchierte Artikel wie hier. Die Arbeit der AutorInnen reduziert sich nie auf das pure Sammeln von Fakten, sondern alle Artikel enthalten auch eine Einordnung in den politischen und historischen Kontext, genaue Analysen und klare politische Positionen. Was das Heft besonders interessant macht, ist, daß die AutorInnen vieler Artikel vergleichend vorgehen und zahlreiche Einzelfälle bzw. gesetzliche Maßnahmen in unterschiedlichen europäischen Ländern anführen, um so Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

Irmgard Geyer (ZAG)

RACE&CLASS, *Europe – the wages of racism.* (Hg. Liz Fekete), Heft 39, *Juli-September* 1997.
Bestelladresse: Institute of Race Relations, 2-6 *Leeke Street, London* WC1X 9 HS, UK., *Tel.:* 01442-879 097.



...ahrt an und für ...r Fürsorge zum ...n, wodurch im...rung in die zivile ... die letztlich die ...eren.« Gemeint ...ie z.B. auch in ...l, wo die Forde...lstaats zu unter... Damit geht eine ...ängerInnen von *Sozialhilfe einher. Diese Tendenzen stehen im Widerspruch zu einem sich als demokratisch verstehenden Staat. Der Staat wird »korrupt«.*

2 Die Pasqua-Gesetze von 1993 »irregularisierten« unter anderem viele ImmigrantInnen, die seit vielen Jahren mit legalem Status in Frankreich lebten. Es hob das jus soli auf, wonach in Frankreich Geborene automatisch das Recht auf eine französiche Staatsbürgerschaft erhielten. Auch das Recht, durch Heirat die französische Staatsbürgerschaft zu erhalten, wurde entzogen, ausländische EhepartnerInnen von Franzosen erhalten nun nicht einmal mehr automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Familienzusammenführung wurde erschwert – um nur einige Punkte zu nennen.

2a »Bedienstete und Sklaven: europas Hausangestellte«

2b »Der Menschenhandel«

3 »Was in Europa entsteht ist demnach ein zunehmend autoritärer Staat und nicht etwa ein Wohlfahrtsstaat. Er wird gerechtfertigt mit den Ideen des Sozialdarwinismus (Überleben der Stärksten), der Ideologie der Neuen Rechten (Kultur der abhängigen Gesellschaften) [gemeint ist hier wohl die Vorstellung, von Gesellschaften, die zum Führen da sind, anderen die der Führung bedürfen,IG], und des Protektionismus (nationale Bevorzugung).«

4 »Konvergenz, Wohlfahrt und Entwicklung«

5 Gegen diese Interpretation läßt sich einwenden, daß der Autor hier die Widersprüche und Erfordernisse des kapitalistischen Systems außer acht läßt, die einen wesentlichen Anteil an der Herausbildung des Sozialstaats und auch an der Idee der Entwicklung des Südens haben. Der Sozialstaat ist einerseits die Summe der sozialen Absicherungen, die die Arbeiterbewegung seit der Mitte des letzten Jahrhunderts erkämpft hat. Andererseits ist der Sozialstaat eine selbstgewählte Absicherung und ein Legitimierungsversuch des Kapitalismus – jenseits der Systemkonkurrenz. Auch die Idee der Entwicklung des Südens läßt sich nicht hinreichend allein aus der Systemkonkurrenz erklären, sondern hängt auch mit ideologischen Dogmen und universellen Versprechungen des Wirtschaftsliberalismus zusammen. (Soweit die kritischen Anmerkungen unseres USA-Korrespondenten, die hier leider nur in gekürzter Form wiedergegeben werden konnten).

5a »Herrschender Rassismus: Die Korruption der Exekutive«

6 Zum Grenzpolitik der spanischen Regierung enthält das Heft auch einen eigenen Beitrag von Matthew Carr: Policing the frontier: Ceuta and Melilla.



Foto albert zecheru

Der Schlagbaum in den Zeiten der Globalisierung

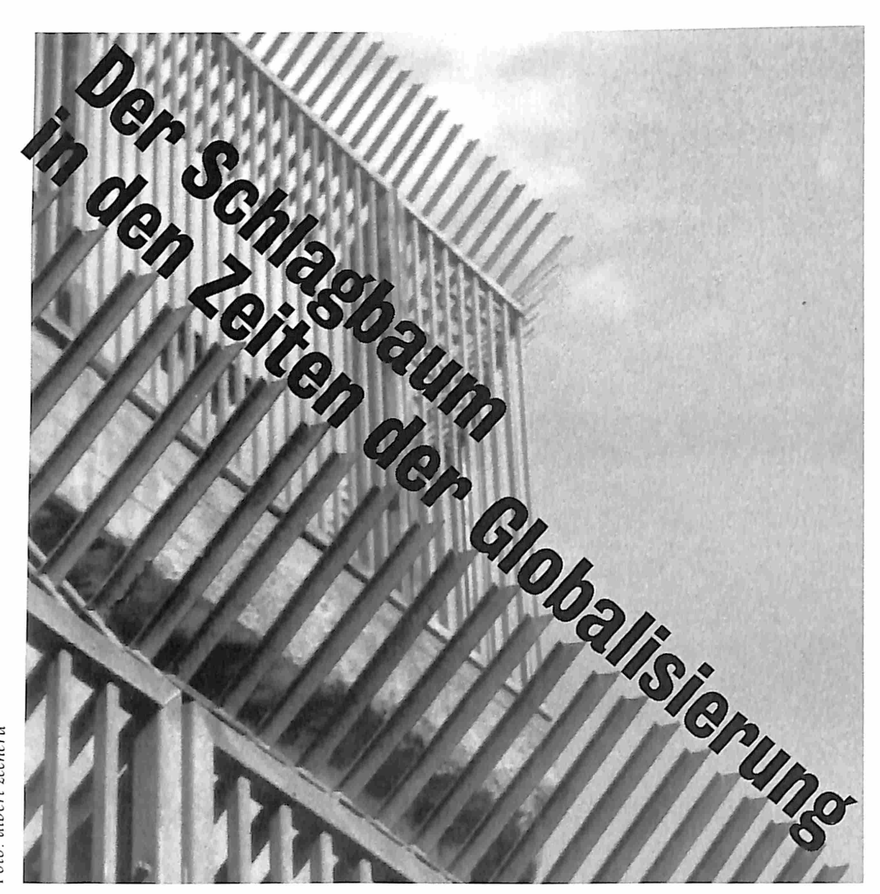


Foto: albert zecheru

Berlinern und Berlinreisenden, die schon länger ein enges Verhältnis zu dieser Stadt pflegen, ist das Phänomen Grenze ziemlich vertraut. Daß der antifaschistische Schutzwall seinerzeit mit den heutigen Grenzen der hochindustrialisierten, kapitalistischen Staaten keine Parallelen hätte, ist wahrscheinlich für einen großen Teil der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Das stimmt aber lediglich für die Richtung, in die die entsprechenden Grenzanlagen wirken sollen, die Grundfunktion bleibt jedoch eine ökonomische. Dabei ist die Kontrolle der Warenströme die eine, die Kontrolle der Migration die andere. Die DDR schützte sich vor der Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte, die hochindustrialisierten westlichen Staaten schützen sich vor unkontrollierter Einwanderung. In beiden Fällen wurde bzw. wird versucht, einen Wirtschaftsraum zu kontrollieren und abzuschirmen. In beiden Fällen sterben Menschen. – Nur: an den Grenzen der Industriestaaten ist das unspektakulärer Alltag, an der Grenze zur ›Zone‹ waren es spektakuläre Zwischenfälle mit Seltenheitscharakter. Während die DDR-Grenze für die alte BRD eine ›Schandgrenze‹ und als solche gesellschaftlich geächtet war, sind ›unsere‹ derzeitigen Grenzen eine gesellschaftlich akzeptierte Notwendigkeit. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Wertung von Fluchthelfern: die einen werden zu Helden hochstilisiert, die anderen kriminalisiert – im Falle kommerzialisierter Fluchtorganisationen ja auch durchaus zu Recht. Diese unterschiedliche Betrachtungsweise funktioniert sogar dann, wenn sich an der Grenzanlage selbst gar nichts geändert hat, wie man an dem Grenzzaun Südafrikas sehen kann. Früher als Apartheidsgrenze gegen die Immigration politischer Gegner errichtet – 1989 starben an ihr 94 Menschen – dient sie heute dem Schutz vor ImmigrantInnen aus den afrikanischen Nachbarländern – pikanterweise genau den Ländern, in die unter der Apartheid viele SüdafrikanerInnen geflohen waren. Christian Goebels Artikel beschäftigt sich mit Migration und ›Fremdenfeindlichkeit‹ in Südafrika.

Um die Abschottung möglichst effizient zu gestalten, arbeiten die hochindustrialisierten Staaten auf diesem Bereich eng zusammen. So sind die Immigrations- und Asylpolitik zur dritten Säule von Maastricht avanciert, und BRD und USA kooperieren in dieser Frage ebenfalls eng.[1] Das westliche Grenzsicherungsmodell wird gleichzeitig in die Peripheriestaaten ›exportiert‹. Die Übernahme des westlichen Migrationsmodells dient gewissermaßen als Eintrittskarte für den Anschluß an das ökonomische System und für die Aufnahme in Strukturen wie EU, NATO und NAFTA. Dabei gibt es eine eindeutige Rollenverteilung: Die Peripheriestaaten übernehmen als Dienstleister Aufgaben der Grenzsicherung für die hochindustrialisierten Staaten und erhalten im Gegenzug finanzielle Zuwendungen und Know-How. Auf diesen Aspekt – unter anderem – geht Dariusz Stola in »Trends in der europäischen Migration: Beispiel Polen« ein.

Daß man tatsächlich von einem Modell der Grenzsicherung der westlichen bzw. hochindustrialisierten Staaten sprechen kann, zeigt sich, wenn man das Grenzsystem der einzelnen Staaten miteinander vergleicht. Das wird sowohl an dem bereits erwähnten Artikel über Südafrika, als auch an Georg Rohdes Beitrag zur US-amerikanischen Grenze zu Mexiko »Tod an der Grenze« deutlich.

Militärische Grenzsicherung und hochmoderne Überwachungstechniken, rassistische Grenzkontrollen, rigide Handelszollgrenzen für den Import und Export, sind der Kern des westlichen Grenzsicherungsmodells. Selbst für sog. politische Flüchtlinge ist kein Durchkommen mehr, während zur Zeit des kalten Krieges zumindest die Regimegegner des realexistierenden Sozialismus hochwillkommen waren. Zugleich wird in der Öf-

fentlichkeit das Bild eines Europas der offenen Grenzen gezeichnet, während tatsächlich die aufgehobenen Kontrollen durch einen auf 50 km ausgedehnten Kontrollraum kompensiert werden. Die verbreitete Vorstellung, daß hier eine Verbesserung eingetreten sei, spiegelt eine eurozentristische Sichtweise wider. Mit der Öffnung nach innen geht eine rigide Abschottung nach außen einher. Die restriktive Grenzsicherung ist Ausdruck einer inhumanen und rassistischen Gesellschaft.

Die Flucht und die legale Einwanderung in die Staaten der EU ist aufgrund der aktuellen Gesetzeslage im Prinzip unmöglich geworden. Da eine Flucht in die hochindustrialisierten Staaten zunehmend nur noch über sog. Schlepper, also kommerzielle Fluchthilfeorganisationen, die über die entsprechenden Strukturen bzw. das notwendige Wissen verfügen, möglich ist, erfolgt eine Kriminalisierung von Flucht, Flüchtenden und allen in der Flüchtlingsarbeit Tätigen – gleich, ob sie einen humanitären oder politischen Anspruch haben. Dies schlägt sich auf die Wahrnehmung der Bevölkerung nieder, wobei die individuelle Not in wachsendem Maße in den Hintergrund tritt.

Die illegalisierten Flüchtlinge sind gezwungen, unter prekären Lebensbedingungen zu existieren. Im schlimmsten Falle müssen sie für die Schlepper arbeiten, um ihre ›Schulden‹ abzutragen. Aber auch der ›normale‹ Alltag Illegalisierter ist völlig rechtlos. Gleichzeitig sind ganze Wirtschaftsbereiche der Industriestaaten auf die billige Arbeitskraft dieser Menschen angewiesen, so z.B. die Bauindustrie, Agrarwirtschaft, der Dienstleistungssektor.

Illegalisierte werden zukünftig einen Großteil der Flüchtlings- bzw. antirassistischen Arbeit bestimmen. Zwar sind Bemühungen, diesen Menschen einen legalen Aufenthalt zu verschaffen, nach wie vor sinnvoll, die Chancen dafür werden aber immer geringer. Die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« geht daher in die richtige Richtung, bedarf aber einer Konkretisierung, um nicht im Sande zu verlaufen. (Diese Kampagne wird in der Rubrik »Initiativen« dieses Heftes vorgestellt.)

Häufig wird gegen die Arbeit mit Illegalisierten eingewandt, daß sie die Übernahme staatlicher Aufgaben beinhalte und daher politisch nicht sinnvoll oder gar kontraproduktiv sei und außerdem die Illegalisierten gefährden könne. Bei der Diskussion dieser Einwände ist zu berücksichtigen, daß die Illegalisierten auf die Unterstützung angewiesen sind. Ein fundiertes Wissen über deren Lebensbedingungen, das sich nur aus der konkreten Arbeit ergeben kann, ist die Voraussetzung für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, das Formulieren gesellschaftlicher Kritik und sinnvoller Forderungen.

Die Arbeit mit Illegalisierten steckt hierzulande noch in den Anfängen. Ein Blick in andere europäische Staaten kann Anregungen zur Weiterentwicklung geben. So existieren in GB beispielsweise Projekte, die aus untragbaren Arbeitsverhältnissen geflohenen Hausangestellten Zuflucht bieten. Projekte des spanischen DRK veranstalten Sprachkurse, geben Informationen über mögliche Anlaufstellen ohne staatliche Überwachung. Am weitesten ist die Diskussion wohl in Frankreich im Zusammenhang mit den ›Sans Papiers‹ gediehen. Ein Artikel zum Stand der Dinge am Jahrestag der Besetzung von St. Bernard steht daher am Ende dieses Schwerpunkts.

ZAG-Redaktion

1 *Ein dazu angeforderter Artikel liegt uns bisher leider noch nicht vor.*

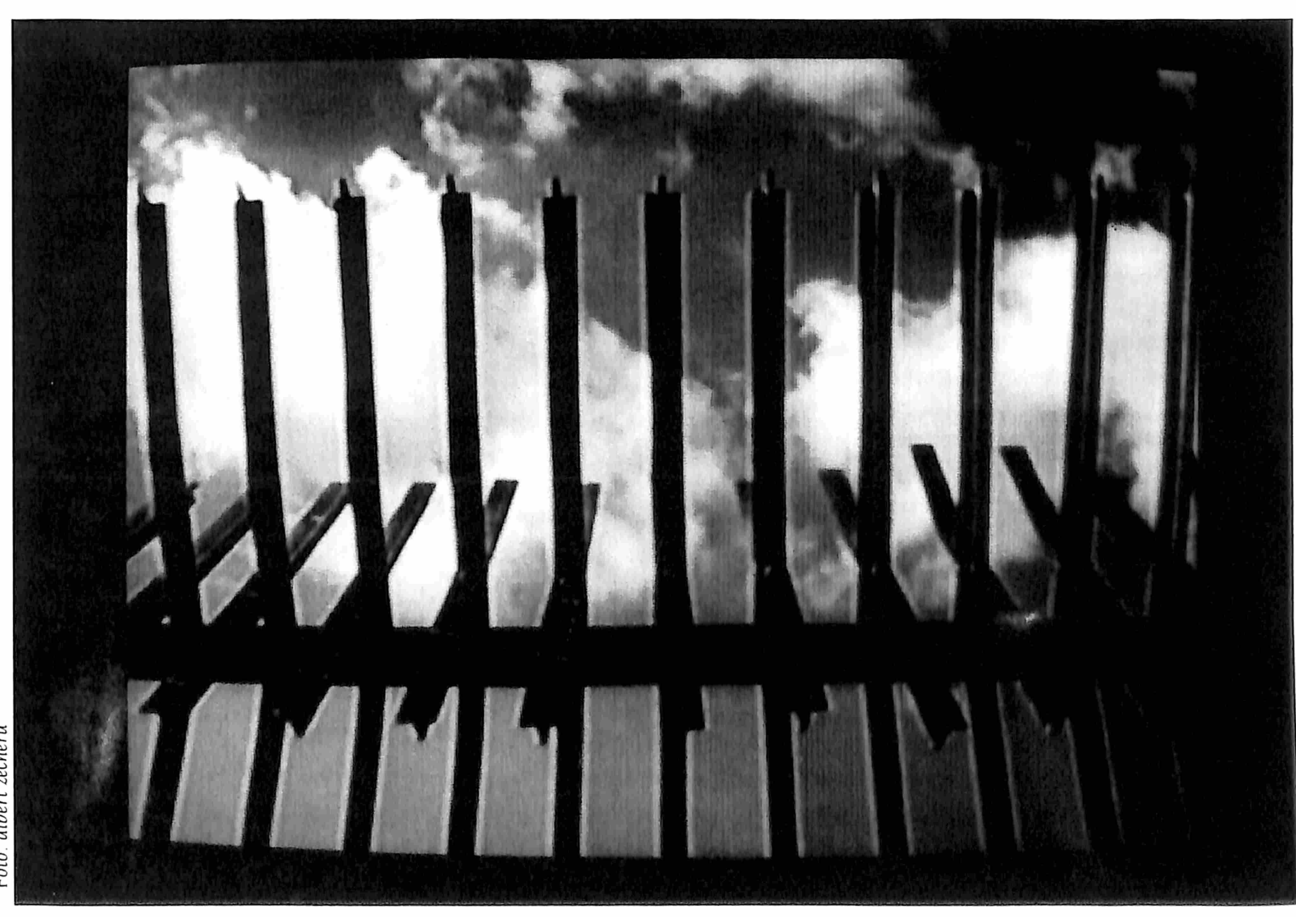


Foto: albert zecheru

Tod an der Grenze



1 Im Schlamm vergraben fand ein US-Grenzer am 6.August sechs namenlose Leichen, fünf Männer und eine Frau. Durch heftige Regenfälle war ein Abwassergraben an der Grenze zwischen Mexiko und dem US-Bundesstaat Arizona zum reißenden Fluß geworden. Die sechs waren wahrscheinlich MexikanerInnen, die vorhatten, die US-Grenze illegal zu überqueren. Sie hatten wohl versucht, den Graben trotz der reißenden Strömung zu überschwimmen, und waren dabei ertrunken. Die Washington Post wußte in ihrer Ausgabe vom 7. August auf der letzten Seite des Inlandteils in einem emotionslosen Dreispalter zu berichten, daß sich am Abend zuvor zwölf Menschen in einem Lokal der nahegelegenen mexikanischen Stadt Agua Prieta versammelt hätten, um den Grenzübertritt zu planen. Die Hälfte der Gruppe sei jedoch auf dem Weg umgekehrt.

Der Tod an der Grenze ist Alltag: 1185 Tote zwischen 1993 und 1996 an der Grenze zwischen den USA und Mexiko zählt eine Anfang August vorgelegte Studie, die sich auf Befragungen von lokalen Beamten stützt.[1] Die tatsächliche Zahl ist höher, da viele Tote nicht offiziell registriert werden oder Todesursachen nicht in Zusammenhang mit Migration gebracht werden. MigrantInnen sterben zudem auf ihrem Weg in Gegenden, die von der Grenze weit entfernt sein können. Es gibt keine zentrale, staatliche Statistik über die Tode an der Grenze, insgesamt werden jedoch im Jahr an der mexikanischen Grenze mehr als 1,5 Millionen MigrantInnen von US-Behörden aufgegriffen.[2]

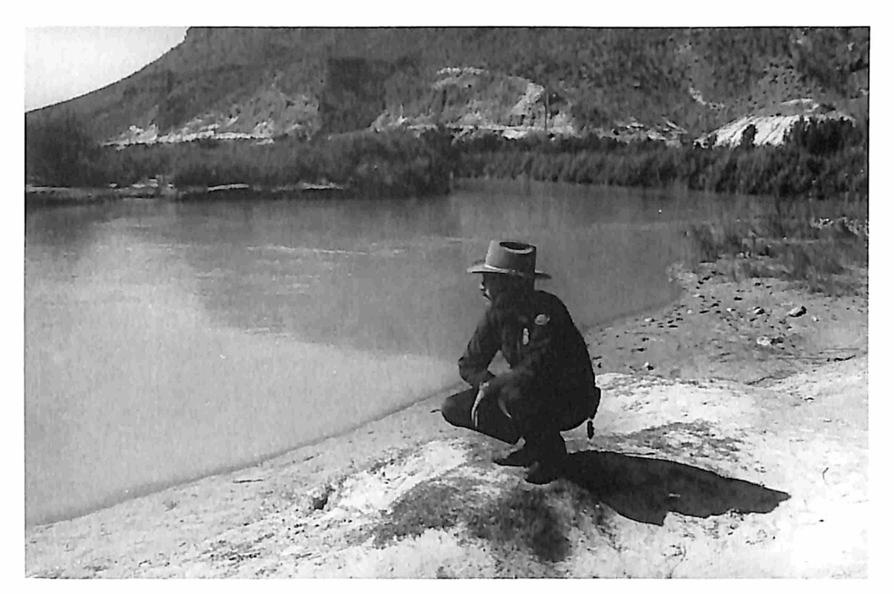
Die häufigste Todesursache war Ertrinken (851 Tote oder 72%), gefolgt von Überfahrenwerden von einem Auto[3] (90 Tote oder 8%) und »Umwelteinflüssen« wie Hitzeschlag und Verdursten/Flüssigkeitsverlust (58 Tote oder 5%). Neben anderen Ursachen werden MigrantInnen auf ihrem Weg bei Raubüberfällen ermordet.
Allein im San Diego County im südlichen Kalifornien zählten die WissenschaftlerInnen 193 Tote in der Untersuchungsperiode. Die meisten Toten, nämlich 844, gab es allerdings an der texanischen Grenze: Im Rio Grande oder nahegelegenen Kanälen ertranken allein fast 800 Menschen zwischen 1993 und 1996. Für die Grenze zwischen Mexiko und dem Bundesstaat Texas hatte das Center for Immigration Research im letzten Jahr in einer anderen Untersuchung für den Zeitraum 1985–1994 ca. 3200 tote MigrantInnen gezählt, die meisten starben durch Ertrinken.[4]

Die wichtigste Folgerung der Studie ist aber, daß die Grenzüberquerungen gefährlicher und tödlicher geworden sind, weil die US-Behörden verstärkt versuchen, sie zu verhindern. In einer Strategie der »Verhinderung durch Abschreckung«[5] werden MigrantInnen von früher häufig benutzten und relativ risikolosen Wegen nahe US-Ballungsgebieten abgelenkt in abgelegene, unwegsame und gefährliche Gebiete wie Wüsten und Gebirge. Hier verfügen die Grenzpatrouillen über große strategische Vorteile gegenüber den MigrantInnen, die für ihren Weg zusätzliche Zeit, Energie und Geld aufbringen müssen. Die Studie zeigt, daß die Abschreckungspolitik der US-Behörden insbesondere dazu führt, daß die Tode durch Erschöpfung, Hitzeschlag und Verdursten/Flüssigkeitsverlust ansteigen.

In ihren Empfehlungen an die staatliche Politik gehen die AutorInnen der Studie teilweise der staatlichen Logik der »Verhinderung« von Migration und Flucht auf den Leim: Das Grenzregime solle das Risiko für die MigrantInnen vermindern, anstatt es zu erhöhen. In der Praxis ist das nur durch eine Verminderung der Kontrollen oder eine Öffnung der Grenzen erreichbar. MigrantInnen werden die Grenze nicht an Orten überqueren, an denen sie relativ sicher sein können, geschnappt zu werden.
Dagegen fordert die Studie, daß gefährliche Gebiete besser überwacht werden sollen, dort sollten von den Behörden Ressourcen zur Rettung und medizinischen Versorgung von MigrantInnen bereitgestellt werden. Nur daß MigrantInnen mit Sicherheit versuchen werden, solche Hilfsangebote, die im Effekt zur Registrierung und Deportation führen, zu meiden.

Wenn man also ernsthaft will, daß weniger oder gar keine Menschen an der Grenze sterben, dann muß man einen Rückzug des Staates aus diesen Gebieten fordern. Das gilt sowohl für die USA als auch für Deutschland, denn auch in der Bundesrepublik sterben Jahr für Jahr Menschen bei dem Versuch, unentdeckt die Grenze zu überqueren, insbesondere beim Überschwimmen der Oder.[6] Diese Forderung ist jedoch angesichts der innenpolitischen Situation sowohl in den USA als auch in Deutschland in einem Maße unpopulär, daß sie öffentlich kaum ernsthaft vorgebracht wird.

2 Weit größeres Interesse als die Tode an der Grenze ruft in den USA die Verhaftung der beiden Palästinenser Ghazi Ibrahim Abu Maizar und Lafi Khalil am 31. Juli in New York hervor. Bei der Erstürmung ihrer Wohnung in Brooklyn fand die Polizei Bombenmaterial, mit dem, so die erste offizielle Vermutung, nach Hamas-Muster ein Selbstmordanschlag auf die New Yorker U-Bahn geplant gewesen sei, als Vergeltung für das US-Engagement im Nahen Osten. Die beiden mutmaßlichen Attentäter wurden bei der Aktion durch Schüsse der Polizei verletzt. Inzwischen, zwei Wochen später, mehren sich jedoch die Hinweise darauf, daß es sich stattdessen wahrscheinlich um den Versuch eines vorgetäuschten Bombenanschlags handelt. Die Vermutung ist, daß die beiden Verhafteten in Wirklichkeit auf eine Belohnung in Höhe von bis zu 2 Millionen Dollar aus waren, die das Außenministerium für Hinweise auf ter-



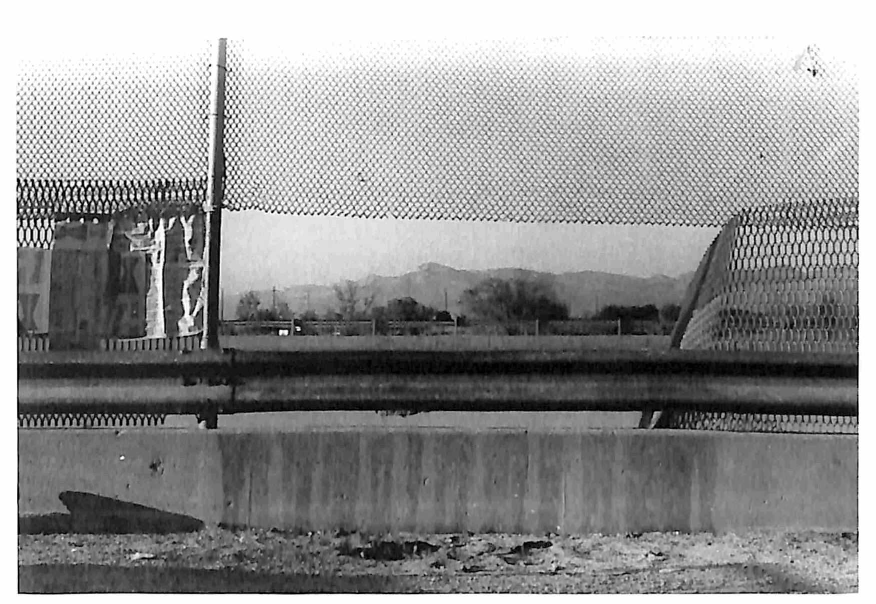




Foto: © Martha Tabor / Working Images Photographs. Die Fotos entstanden in den 80er Jahren an der Grenze zwischen den USA und Mexiko.

roristische Anschläge ausgesetzt hatte (»Heroes Program«).[7] Mit dem Geld wird es nun wohl nichts werden. Doch sollte die Vermutung stimmen, dann wären die Ereignisse ein schönes Beispiel dafür, wie der vielbeschworene »Terrorismus« durch Maßnahmen zu seiner Verhinderung hervorgerufen werden kann.

Was haben Abu Maizar und Lafi Khalil mit den Toten an der Grenze zu tun? Unmittelbar nach der Verhaftung der beiden geriet die ohnehin umstrittene Einwanderungsbehörde INS[8] in die Schußlinie heftiger Kritik, nur leider von der »falschen« Seite. Wie konnte es sein, fragte der republikanische Bürgermeister New Yorks, Rudolph W. Giuliani, daß Abu Maizar unbehelligt in den USA lebte, nachdem er dreimal von US-Grenzern beim Grenzübertrittsversuch im Nordwesten des Landes, von Kanada aus kommend, gefaßt worden war? Nachdem Abu Maizar die beiden ersten Male einfach nach Kanada zurückgeschickt worden war, beantragte er nach seiner dritten Ergreifung – Kanada weigerte sich, ihn zurückzunehmen – im April politisches Asyl in den USA. Als Begründung führte er an, daß er in Israel von politischer Verfolgung bedroht sei. Dort sei er bereits einmal fälschlicherweise als Hamas-Mitglied verhaftet worden.[9] Diese angebliche Hamas-Verbindung war dann auch Grundlage für Giulianis Angriff auf die Einwanderungsbehörde. Das Justizministerium hat inzwischen eine Untersuchung über die Verfahrensweise des INS in diesem Fall eingeleitet. Außerdem hat die Affäre zu der Forderung geführt, die Patrouillen an der Grenze zu Kanada zu verstärken, anstatt fast alle Ressourcen an die mexikanische Grenze zu lenken.

Bei der in den letzten Jahren ansteigenden Anti-ImmigrantInnen Stimmung in den USA[10] spielt die Angst vor einem »Import« von »Terroristen« eine nicht zu unterschätzende Rolle, vergleichbar vielleicht mit dem Ressentiment, das viele BRD-BürgerInnen gegen KurdInnen haben. Diese Angst entwickelt sich vor dem Hintergrund einer Regierung, die die Bekämpfung des »internationalen

Terrorismus« propagandistisch zu einem der Hauptanliegen ihrer Außenpolitik gemacht hat. »Fanatische arabische Terroristen« passen nur zu gut in die vorherrschende Gefühlslage in diesem Land. Nachdem der Erzfeind Sowjetunion und mit ihm die ganze »kommunistische Bedrohung« weggebröselt ist, hat sich die Angst vor Angriffen auf terroristische Anschläge innerhalb des eigenen, in dieser Frage traditionell als sehr sicher wahrgenommenen Landes verlagert. Wenn der äußere Feind wegfällt, gerät das innere Gleichgewicht außer Balance. Es soll hier aber nicht unerwähnt bleiben, daß es tatsächlich einige Angriffe von Muslimen[11] auf US-BürgerInnen und US-Einrichtungen gegeben hat, wie beispielsweise den Bombenanschlag auf die Wohngebäude einer US-Militärbasis (»Khobar-Towers«) in Saudi-Arabien im Juni 1996, die tödlichen Schüsse auf CIA-Angestellte nahe Washingtons 1993, für die zur Zeit der Pakistani Mir Aimal Kansi in den USA vor Gericht steht und natürlich den Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York im Februar 1993.

Aber mehr als all diese Ereignisse trug zum Erstarken der Angst vor Terrorismus der Bombenanschlag in Oklahoma City bei, bei dem im April 1995 168 Menschen starben. Nur daß hier der Täter kein »sinistrer Araber« war, wie zuerst vielfach spekuliert wurde, sondern Timothy McVeigh, ein junger Mann aus »Middle America«, der sprichwörtlichen Mitte der US-amerikanischen Gesellschaft, ein Golfkriegsveteran mit besten Verbindungen zur rechtsradikalen »Militia«-Bewegung.

3 Neben dem »Import von Terrorismus« ist eine weitere Quelle der Bedrohung, gegen die jährlich Milliarden von Dollar lockergemacht werden, der Drogenschmuggel, dessen Hauptstrom mittlerweile von Mexiko in die USA zu kommen scheint. Während in den Herkunftsländern wie Mexiko und Kolumbien Agenten der US-Drogenbehörde DEA[12] eng mit lokalen Behörden zusammenarbeiten, erschossen im Mai vier Elitesoldaten der »US-Marines« auf Drogenpatrouille den 18jährigen Ziegenhirten Ezequiel Hernandez Jr. bei der Ausübung seines Berufes unweit der mexikanischen Grenze. Hernandez hätte angeblich mit seiner alten Flinte, die er zum Verscheuchen von Koyoten bei sich trug, auf sie geschossen, so die Soldaten. Freunde von Hernandez halten es hingegen für ausgeschlossen, daß dieser jemals auf Marines geschossen hätte, zumal der junge Mann ein ausgesprochener Fan des US-Militärs gewesen zu sein scheint. Was ebenfalls gegen die Version der Marines spricht, ist, daß Hernandez ca. 200 Meter entfernt war und ihnen den Rücken zuwandte, als er ohne Vorwarnung erschossen wurde.[13] Das Pentagon hat mittlerweile eine Untersuchung eingeleitet. Die Drogenpatrouillen des Militärs wurden vorläufig eingestellt.

4 A propos Einwanderungsbehörde: Eine Regierungskommission hat kürzlich vorgeschlagen, den INS, der dieses Jahr mit einem Budget von 3,1 Milliarden Dollar ausgestattet ist, insgesamt aufzulösen. Da die Behörde gleichzeitig so unterschiedliche Ziele verfolge wie Einbürgerung der »legalen« ImmigrantInnen, Verfolgung, Verhaftung und Deportation der »Illegalen«, Überwachung der Grenzen, Bekämpfung von Schleppern sowie die Verfolgung von Arbeitgebern, die MigrantInnen ohne Arbeitserlaubnis beschäftigen, könne sie all diesen Zielen in Zeiten hoher Einwanderung nicht gerecht werden. Statt dessen sollten die Funktionen der dem Justizministerium unterstellten Behörde größtenteils auf verschiedene andere Ministerien aufgeteilt werden. Ob mit dieser Umstrukturierung für EinwanderInnen wesentliche Verbesserungen erreicht würden, abgesehen vielleicht von schnelleren Bearbeitungszeiten ihrer Anträge, darf bezweifelt werden, solange sich nicht die generelle Einwanderungspolitik verändert.

5 Zurück zu den sechs namenlosen Leichen, die an der Grenze gefunden wurden: Zwei Stimmen werden von der »Washington Post« in ihrem Bericht zitiert. Die erste stammt von einer Anwohnerin, Maria Cazares: »Sie respektieren weder Grenzzaun noch Gesetz. Ich glaube, es gibt dort drüben in Mexiko mehr Arbeit als hier, aber sie glauben immer, daß hier das Leben besser ist.« Das zweite Zitat kommt vom Bürgermeister der nächstgelegenen US-Stadt, Douglas, Ray Borane: Wenn es sich um »illegale« ImmigrantInnen handelt, dann haben »diese Leute den ultimativen Preis für ihre Suche nach untergeordneten, schlecht bezahlten US-Jobs bezahlt.« Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Georg Rohde

1) *Eschbach, Karl et. al.: Death at the Border. The Center for Immigration Research an der University of Houston. http://firenza.uh.edu/Centers.htmld/CIR.htmld/ Die Studie kann beim Institut bestellt werden: Telefon:* 001-713-743-3964 *oder Fax:* 001-713-743-3943. E-mail: *CIR@bayou.uh.edu*

2) *New York Times*, 7. August 1997

3) *Manche Wege erfordern das Überqueren von Autobahnen oder Schnellstraßen.*

4) *Bailey, Stanley et. al.: Migrant Death at the Texas-Mexico Border. April, 1996. The Center for Immigration Research an der University of Houston. Unter http://firenza.uh.edu/Centers.htmld/CIR.htmld/ liegt eine Kurzfassung der Studie vor, diese kann aber auch beim Institut bestellt werden.*

5) *prevention through deterrence*

6) *Die ZAG berichtete in der Ausgabe* 13 1994, S.4

7) *The Washington Times*, 13. August 97

8) *Immigration and Naturalization Service*

9) *The Washington Post*, 8. August 1997

10) *Vgl.* ZAG 23, S.26–27

11) *Hier sollen keineswegs AraberInnen und Muslime gleichgesetzt werden. Ich will auch nicht Samuel Huntingtons unsäglicher These vom »clash of civilizations«, dem »Kampf der Kulturen«, das Wort reden*

12) *Drug Enforcement Agency*

13) *Jim Hightower: Wrong Man, Wrong War. Kolumne für* NewsBite, *http://www.waonline.com/news/hightower 080897.html*



Den Zaun unter Hochspannung setzen

Migration und Fremdenfeindlichkeit in Südafrika

Foto: albert zecheru

Nach dem Ende der Apartheid strömen mehr und mehr Menschen aus den Nachbarstaaten auf Arbeitssuche nach Südafrika. Basierend auf überzogenen und ungenauen Schätzungen und instrumentalisiert von Politikern hat sich in den letzten Jahren in Südafrikas Öffentlichkeit eine gefährliche Ausländerfeindlichkeit gegenüber »illegalen Fremden« ausgebreitet, die vergessen macht, daß Wanderbewegungen in der Region eine lange Tradition haben.

Während der immer noch obligatorisch mehr der weniger langen Zeit, die man braucht, um aus Südafrika nach Mosambik einzureisen, fällt der Blick unweigerlich auf ein uns Deutschen recht bekanntes Bauwerk: Ein zweieinhalb Meter hoher elektrischer Stacheldrahtzaun, von Einheimischen auch »umcingo womlilo«, Feuerzaun, oder einfach »the snake«, die Schlange, genannt. Er ist an der Grenze zu Mosambik 62,4 km lang, noch länger ist das Pendant an der Grenze zu Simbabwe, das 137 km mißt. Errichtet wurde er 1986 mit dem Ziel, Untergrundinfiltration aus den Nachbarländern zu unterbinden.

»Electrocution«

Bis 1989 starben am auf Hochspannung gesetzten Zaun 94 Menschen. Dafür wurde ein makaberes Wort geprägt: »elctrocution«, abgeleitet aus dem Wort »execution«. Zwar wurde die Spannung 1990 auf eine abschreckende Wirkung, den sogenannten »detection mode« reduziert, mit dem Ziel, Grenzübertritte mittels eines Sensorsystems zu orten, doch trotz der politischen Zeitenwende im südlichen Afrika spricht heute niemand davon, dieses Symbol der Apartheid abzubauen. Im Gegenteil: Trotz monatlicher Betriebskosten von 300.000 Rand und Baukosten von 450.000 Rand pro Kilometer werden die Stimmen immer lauter, die zum Zustand der 80er Jahre zurück möchten oder sogar den Ausbau der Grenzsicherungsanlagen verlangen. Die Gründe hierfür sind heute allerdings andere.

Auf diese kommt man relativ schnell, wenn man die öffentliche Diskussion in der Kaprepublik verfolgt. Kaum ein politisches Thema von nationaler Bedeutung hat einen dermaßen polarisierenden Charakter wie die Zuwanderung von Millionen illegaler Migranten in den letzten Jahren und vor allem deren wachsende Präsenz im öffentlichen Leben. Dabei ist gleichzeitig eine deutliche Verschärfung im Tenor der Presseberichterstattung, aber auch in Äußerungen namhafter Politiker zu beobachten. Das mag verwundern, bedenkt man, daß zu Zeiten der Apartheid Tausende von politischen Exilanten in eben den Ländern Zuflucht fanden, die heute die Herkunftsländer der Zuwanderer sind.

Bei der Präsenz von Ausländern in Südafrika handelt es sich trotz der vormaligen sanktionsbedingten Abschottung des Landes auch keinesfalls um ein neues Phänomen. Seit über hundert Jahren beschäftigen die südafrikanische Industrie (vor allem der Bergbau) und die Landwirtschaft eine große Anzahl von Kontraktarbeitern, die meist aus der engeren Peripherie um Südafrika stammen. Zu Spitzenzeiten Mitte der 70er Jahre waren dies über 500.000 allein in der Minenindustrie. Noch heute arbeiten rund 170.000 offiziell rekrutierte Minenarbeiter – überwiegend aus Lesotho, Mosambik, und Swasiland – im Land und stellen damit die Mehrzahl der Beschäftigten in dem für Südafrika immer noch bedeutenden Wirtschaftszweig.

Dem – in den letzten Jahren sich abschwächenden – Rückgang der Wanderarbeit, der sich vor dem Hintergrund einer Profitabilitätskrise vor allem im Goldbergbau abspielte, steht allerdings ein relativ neues Phänomen gegenüber: Die massive Zuwanderung illegaler bzw. undokumentierter Migranten. Zwei Fragen sind zu klären, bevor man einen näheren Blick auf dieses Thema wirft. Zum einen, ob es sich hierbei um ein

wirklich neues Phänomen handelt, und zweitens, ob es überhaupt möglich ist, daß Ausmaß illegaler Zuwanderung zu quantifizieren.

»Illegale Migration«

Migration hat eine jahrhundertealte Tradition in der Region. Vor der kolonialen Grenzziehung wanderten die Menschen beispielsweise aus Mosambik über die heutige Grenze auf der Suche nach Arbeit. Die zum Teil als illegitim und künstlich empfundenen Grenzen sind im Bewußtsein vieler Menschen in der Region heute immer noch weit weniger tief verankert als die Tradition des Wanderns. Nicht belegbare Schätzungen sprechen so auch von bis zu einer Million illegaler Migranten zu Zeiten von »Influx Control« und Apartheid.

Allerdings liegt es in der Natur illegaler Migration (der englische Terminus »clandestine« macht dies noch deutlicher), daß diese nicht dokumentiert, daher nicht exakt zu quantifizieren ist. Dieses Unterfangen, falls es unternommen wird, ist heute nicht leichter, sondern eher schwieriger geworden. Daß trotzdem immer wieder Versuche unternommen werden, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen steht dahinter die politische Notwendigkeit einer Quantifizierung, da eine möglichst genaue Schätzung der auf dem Territorium eines Staates lebenden Bevölkerung für eine effektive administrative Planung unerläßlich ist. Zum anderen ist hinter vielen derartigen Versuchen das Ziel politischer Instrumentalisierung zu sehen – der hier interessantere Aspekt.

Mehr noch als in der deutschen Asyldebatte spielt in Südafrika die Frage nach der Dimension des Wanderungsphänomens eine zentrale Rolle. Dies verwundert auch nicht, setzt man die ökonomischen Daten des Landes in Beziehung mit den bisher unternommenen Quantifizierungsversuchen.

Nach neuesten Angaben beträgt der Prozentsatz der Arbeitslosen rund 40%. Im afrikanischen Bevölkerungsteil und auf dem Land liegt die Quote bei bis zu 60%.

Demgegenüber stehen Schätzungen von derzeit 1,5 bis 12 Millionen illegalen Migranten. Das ist zugegebenermaßen eine sehr ungenaue Einschätzung, die allerdings klarer wird, betrachtet man sich die Urheberschaft einiger Zahlenangaben und den Kontext und Zeitpunkt ihrer Entstehung. Lange Zeit sprach die Regierung offiziell von zwei Millionen illegaler Migranten (fünf Prozent der Gesamtbevölkerung). Inkatha-Chef Buthelezi, seit 1994 Innenminister, vertrat jahrelang diese Größenordnung, und auch in der Presse tauchten ähnliche Zahlen auf.

Kollektive Hysterie

Diese lange als Faktum genommene und mehr oder weniger akzeptierte Zahl begann Mitte 1994 allerdings obsolet zu werden. Binnen weniger Wochen herrschte in der Presse auf einmal große Verwirrung über Ausmaß und Umfang des Phänomens; eine Inflation verschiedener Zahlen war die Folge.

Rückblickend läßt sich eine entscheidende Zäsur Ende August 1994 setzen: Senator Carl Werth von der Nationalen Partei (NP) nannte damals während einer innenpolitischen Debatte eine angeblich auf polizeilichen Schätzungen beruhende Zahl von 8 Millionen »illegal aliens« (20% der Gesamtbevölkerung) und verlangte einen einschneidenden Kurswechsel in der Immigrationspolitik. Die Presse überschlug sich förmlich und die öffentliche Reaktion zeigte zeitweise Anzeichen von kollektiver Hysterie: So begann der Sunday Tribune seinen Bericht »War on Aliens« (11.09. 1994) pathetisch: »Polizei- und Einwanderungsbehörden haben sich zu einem allumfassenden Krieg gegen die Welle illegaler Einwanderer, die nach Südafrika strömen, zusammengefunden. Der Angriff kam in der Folge von Anzeichen, daß sich gegenwärtig bis zu 8 Mio. Fremde im Land aufhalten.«

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die von Werth genannte Zahl meist völlig unüberprüft übernommen wurde und auf welche Weise sie sich in der Folge verselbständigte. Hilton Toolo und Lael Bethlehem ist in einer 1994 für den Gewerkschaftsbund Cosatu angefertigten Studie völlig zuzustimmen, daß diese Größenordnung als nicht sehr glaubhaft betrachtet werden kann, denn sie stammt genau aus der Quelle, die lange Zeit und nur wenige Monate zuvor die Zahl von zwei Millionen vertrat. Zudem konnte keine überzeugende methodologische Grundlage für deren Erhebung präsentiert werden, wie die Verfasser der Studie nachweisen. Ross Thomas, politischer Experte der Development Bank of Southern Africa, erhebt gegenüber solchen Zahlen oder auch in der Folge publizierten Angaben, z.B. über ökonomische Kosten von jährlich nahezu 1,2 Milliarden Rand (Star, 12.12.1994), sogar den Vorwurf der gezielten Manipulation der öffentlichen Meinung.

Der öffentliche Diskurs erhielt eine neue Dimension, als im Herbst desselben Jahres eine Partei das Thema zum Politikum machte. Basierend auf der 8-Millionen-Zahl, die von dem für Polizeidienste zuständigen Ministerium bereitwillig aufgegriffen wurde, begann die Inkatha Freedom Party (IFP) eine Kampagne gegen illegale Migranten. Als erste Untergliederung der Partei verlangte die IFP in der PWV-Provinz (heute Gauteng) drastische Schritte in dieser Angelegenheit. Sei die Regierung der nationalen Einheit dazu nicht in der Lage, werde Gewalt (»physical action«) gegen Ausländer eingeleitet. Südafrikanische Städte müßten sauber bleiben, Arbeit sollte nur an Südafrikaner vergeben werden. Zur Durchstzung dieser Ziele drohte die Partei einen Marsch gegen illegale Migranten an und sprach damit eine indirekte Aufforderung zu gewaltsamen Übergriffen aus.

Zeitungsüberschriften wie »IFP declares war against illegals« (Sowetan, 22.09.1994) beherrschten tagelang die Medien. Die zeitlich versetzten Äußerungen von Vertretern der IFP und anderer rechtsorientierter Parteien lassen zumindest die Vermutung zu, daß es sich hier möglicherweise um eine politische Strategie handelte.

Das Thema entwickelte in den folgenden Wochen eine regelrechte Eigendynamik. Verschiedene Parteien und Institutionen meldeten sich zu Wort, wobei sich die gegenposition (zumeist vertreten von Cosatu, ANC und den Kirchen) zunächst nur sehr schwach und unkoordiniert zu Wort meldete. Diese Positionen wurden auch nur von Teilen der Presse aufgegriffen.

Die unkontrollierte Dynamik hatte eine weitere Folge: Verschiedenste Zahlen wurden der 8-Millionen-Größe entgegengesetzt, ein Trend, der bis heute anhält und zu einer recht großen Verwirrung in der öffentlichen Wahrnehmung führt.

Als etwa Senator Werth noch von 8 Millionen Migranten sprach, nannte kurz darauf der Fraktionsgeschäftsführer der NP (also Werths Partei) die Zahl von drei Millionen.

Auch aus Reihen der Polizei wurden unterschiedliche Zahlen genannt. Der Kommandeur der Durbaner Illegal Tracing Unit nannte eine Zahl von 4 Millionen (Daily News, 07.04.1994), andere Kollegen sprachen von 3,5 bis 4,5 Millionen. Der »Star« schließlich fand Anfang 1995 die ultimative Lösung des Quantifizierungsproblems: »Schätzungen über die Anzahl illegaler Fremder bewegen sich zwischen 3 und 12 Millionen, wobei die meisten aus Mosambik, Simbabwe und anderen Statten des südlichen Afrika kommen« (26.01.1995).

Politisierung des Themas

Die ganze hektische Dimension um die Zahl der undokumentierten Migranten belegt aber immerhin zweierlei: Zum einen ist es in der Tat unmöglich, eine genaue Schätzung zu unternehmen, nicht zuletzt in einem infrastukturell so unterentwickelten Land wie Südafrika. Zum anderen liegt gerade deshalb in diesen Zahlen ein so großer Reiz, und eine geschickte Lancierung einer als glaubwürdig vertretenen Zahl ist ein hervorragendes Mittel, um das Thema Einwanderung zu thematisieren, wenn nicht zu instrumentalisieren. Und daß dies geschehen ist, daran besteht heute kein Zweifel mehr. Selbst renommierte Forschungsinstitute wie das Human Scienes Research Council (HSRC) trugen durch unkorrekt veröffentlichte Zahlen (5-8 Millionen, sogar 9,5 Mio. im Juni 1995!) nicht zur Versachlichung der Diskussion bei. »Leben irgendwelche Personen, die keine Bürger Südafrikas sind, in Häusern um dieses Eigentum herum?« und »Wenn ja, wie viele?«. Daß auf Grundlage einer solchen Fragestellung keine verläßlichen Schätzungen über die Zahl illegaler Migranten unternommen werden kann, ist offensichtlich. Dies bestätigte auch der Leiter des Forschungsprogrammes Anthony Minnaar gegenüber dem Autor. Spätere Richtigstellungen nahm dann keiner mehr wahr.

Aber nicht nur die Diskussion um den Umfang des Phänomens belegt dies. Auch die öffentliche Wahrnehmung des Themas hat sich eindeutig verändert. 1990 war noch überwiegend von einem Flüchtlingsproblem die Rede, es wurde auf den humanitäen Aspekt von Migrationsbewegungen verwiesen, ja sogar von verabscheuungswürdigem Sklavenhandel wurde gesprochen. So etwa im Bericht »Exposed: South Africa's secret slave trade: This man is a slave. We bought him for R 200« der Weekly Mail vom 16.-22.11.1990.

Mit dem Beginn der Politisierung des Themas wurde der Terminus zunächst nahezu vollständig vom Begriff »illegal migrant« (später oft verkürzt zu »illegal) ersetzt. Dieser Trend kennzeichnet eindeutig eine Bewertungsverschie-

Einwanderungsdebatte im Parlament

Anfang Juni hat das Parlament in Kapstadt die Frage der illegalen Einwanderung debattiert. Politiker aller Parteien haben dabei mit harschen Worten gegen die Einwanderer Stellung bezogen. Sie sehen sie als eine Bedrohung des Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramms und bezeichneten sie als potentielle Kriminelle, Drogenschmuggler und Mörder.

Vor allem Innenminister Mangosuthu Buthelezi dämonisierte die Immigranten. Er forderte strikte »Kontrollmaßnahmen und verstärkte Anwendung der Gesetze«. Er bestätigte jedoch, daß die Regierung jetzt illegalen Einwanderern aus den Staaten der Entwicklungsgemeinschaften im Südlichen Afrika SADC unter bestimmten Bedingungen die Einbürgerung anbieten würde. Sie müssen länger als fünf Jahre in Südafrika leben, eine Arbeit nachweisen oder mit einem Bürger oder einer Bürgerin Südafrikas verheiratet sein, und sie dürfen strafrechtlich nicht belangt worden sein. Diese Regelung wurde seit Januar vom Innenministerium immer wieder verschleppt.

Die Expertin für Migrationsfragen beim Centre for Policy Studies, Maxine Reitzes, hat die Haltung der Regierung zur illegalen Einwanderung kritisiert: »Im Augenblick sieht die Regierung die illegale Einwanderung nur als Sicherheitsproblem. Sie ist aber mehr als das. Sie ist eine Menschenrechtsfrage und eine entwicklungspolitische Frage.«

Weiter weist sie darauf hin, daß es überhaupt keine Untersuchungen gebe, die negative Auswirkungen auf das Aufbauprogramm oder die südafrikanische Wirtschaft belegten. Reitzes kritisiert auch die Gesetzgebung der Regierung zur illegalen Einwanderung vom vergangenen Jahr, den Alien control Act und seine Ergänzungen: »Das Gesetz ist voll von der rassistischen Logik der Apartheid. Die Regierung ist unfähig, zwischen Illegalität und Kriminalität zu unterscheiden. Drogen- und Waffenschmuggel werden in einen Topf mit illegalen Einwanderern geworfen. Das Innenministerium berücksichtigt nicht, daß mit dieser Politik die Kriminalität unter den Illegalen gefördert wird.«

Der Vorsitzende des Innenausschusses, der ANC-Parlamentarier Desmond Lockey, verteidigte die Gesetzgebung der Regierung mit dem Hinweis, daß überall auf der Welt die Einwanderungsgesetze schärfer würden und der Rechtsextremismus Zulauf bekäme, wenn ein Staat hier nicht restriktiv vorgehe. Er sieht nur langfristig eine Lösung, wenn das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Südafrika und seinen Nachbarn abgebaut werde.

Reitzes bezweifelt, daß regionale Entwicklung die Wanderungen in der Region reduzieren werde, eher erwarte sie eine Zunahme. Und damit bleibe das Problem der Fremdenfeindlichkeit. »Südafrika kann keine Insel bleiben. Wenn das Land isoliert bleibt, werden die endlosen Vertreibungen der Leute von einer Seite der Grenze auf die andere nicht aufhören. Das unterminiert die Sicherheit der Region und kostet eine Menge Geld.« HMö

bung. Ein regional zu betrachtendes, von Südafrika mitverursachtes Flüchtlingsproblem wurde immer mehr zu einem Innenpolitikum mit der Betonung auf dem Verstoß gegen südafrikanische Einwanderungsbestimmungen.

Heute liest sich die Presse zu diesem Thema teilweise wie eine beschreibung einer außerirdischen Invasion von fernen Planeten: »Aliens must go – IFP (Sowetan, 27.01. 1995), Too many aliens« oder »Hippo kills illegal alien« (Pretoria News 18.05. bzw. 25.08.1995).

Der aus den USA entlehnte Begriff »illegal alien«, zunächst vom Ministerium Buthelezis verwendet, gehört heute zur lingua franca des südafrikanischen Diskurses. Die bedeutende Macht des Wortes, insbesondere von politischen Schlüsselbegriffen, wird hier wieder einmal per excellence demonstriert.

Heute, auch aufgrund einer fehlenden Konzeption für eine Immigrationspolitik durch die Regierung, dominiert auf Seiten der Gewerkschaften und des ANC das Ziel der Schadensbegrenzung. Denn analog zur politischen Debatte vollzog sich in den letzten Monaten ein gesellschaftlicher Prozeß, wie wir ihn auch aus unserem Land kennen: Das Hochschaukeln eines xenophoben Trends.

Einer der bekanntesten Vorfälle ereignete sich im Februar 1995, als Jugendliche im Township Alexandra eine eigenmächtige »Rückführungsaktion« gegen »kwerkwere« (ein abfälliger Begriff für illegale Migranten) starteten. Die Frustration über soziale Mißstände verschiedenster Art entlud sich in gewalttätigen Übergriffen und Anschlägen auf Ausländer unter der Billigung lokaler politischer Führer.

Xenophobie und Re-Ethnisierung

Vorfälle wie dieser kennzeichnen deutlich einen gefährlichen Trend, den wir ebenfalls aus Deutschland kennen: Die Verallgemeinerung von spezifischen Problemen und die Vermengung von verschiedenen Phänomenen, d.h. insbesondere die Gleichsetzung verschiedener Kategorien von Ausländern, auch von bereits lange und legal im Lande arbeitenden Kontraktarbeitern mit illegalen Migranten. Opfer in Alexandra waren in der Tat nicht nur illegal im Land lebende Ausländer, sondern auch Menschen mit lediglich einer anderen Pigmentierung als lokal üblich.

Diese Entwicklung kennzeichnet einen Prozeß, der eine Ethnisierung sozialer Konflikte darstellt, »Re-Ethnisierung« müßte man im südafrikanischen Fall sagen. Vor dieser Gefahr mahnen mittlerweile zunehmend auch kritische Politiker, Gewerkschaften und Kirchen. So spricht Peter Ndlovu, Generalsekretär der South African Foreign Residents Association (Afrisa) in einem Arbeitspapier zu einem Workshop über Wanderarbeit von Vorfällen, bei denen legal im Land lebenden Migranten einfach die Identitätsdokumente zerrissen wurden.

Die katholische Bischöfe Südafrikas schrieben in einem Memorandum für die katholische Bischofskonferenz des südlichen Afrika 1995: »Ein Erziehungsprozeß für Südafrikaner ist notwendig. Dieser neue Rassismus und der konservative Nationalismus entsprechen nicht dem Geist des Kampfes, der das Land befreit hat. Ein Gefühl der Identifizierung mit Afrika muß ermutigt werden, das die Südafrikaner in die Lage versetzt, Angehörige anderer Nationalitäten in ihren Häusern und Gemeinden willkommen zu heißen.«

Die Betrachtung zahlreicher Belege aus den letzten Jahren läßt in der Tat sehr stark den Eindruck aufkommen, daß der sich im Land verstärkende Trend der Fremdenfeindlichkeit Produkt gezielter politischer Instrumentalisierung ist. Mehr noch als bei uns wurde dabei mit Bedrohungsszenarien gearbeitet, die völlig überzogen waren. Ein Grund dafür, daß dies relativ schnell und zunächst fast unwidersprochen geschehen konnte, ist die Wortführerschaft des Innenministeriums seines Chefs, Minister Buthelezis, seiner Partei, der IFP, und von Führungsstellen der Polizei und der Grenzsicherung in dieser Sache.

Erst spät und unkoordiniert meldeten sich andere Stimmen zu Wort. Rob Davies, Kapstädter ANC-Abgeordneter und Mitglied der parlamentarischen Unterausschüsse für innere und äußere Angelegenheiten, meint hierzu in einem Interview mit dem Autor, daß sich in der Diskussion um eine zukünftige Immigrationspolitik stärker das vom Volk legitimierte Parlament zu Wort melden müßte. Er zeigte sich überzeugt davon, daß es trotz der Probleme, die auch Cosatu in dieser Frage mit der eigenen Basis habe, zu keiner Allianz mit dem ANC in dieser Frage kommen werde.

Vermutlich bedarf es allerdings zunächst grundlegender Reformen der administrativen Strukturen, wie dem Sicherheitsapparat, der noch immer mit den alten Kadern besetzt ist. Presseverlautbarungen der SANDF wie die folgende sprechen da Bände:

»Die Südafrikanische Armee forderte gestern einen elektrischen Zaun mit 3.000 Volt Spannung entlang der Ostgrenze des Landes zu Mosambik, der auf Hochspannung geschaltet werden soll, um Tausende von illegalen Einwanderern abzuschrecken... Col Scoeman: ›Wir wollen ihn nicht auf Hochspannung setzen, um Leute zu töten. Wir wollen die Leute nur abschrecken‹.« (Pretoria News, 29. 06.1995).

Christian Goebel

(*Nachdruck aus »afrika süd«*, Nr. 4/96)



Foto: albert zecheru

Polnische Grenze, Foto: Ffm.

Im folgenden Artikel beschäftigt sich Dariusz Stola mit der Entwicklung Polens vom Emigrations- zum Immigrationsland. Der Autor arbeitet am Institut für politische Studien der polnischen Wissenschaftsakademie. Er hat sich in seinen Arbeiten unter anderem mit der polnischen Emigration im 19. und 20. Jh. und mit erzwungener Migration in Zentraleuropa beschäftigt. Die englische Originalversion ist zu finden unter: http://www.newschool.edu.

Trends in der europäischen Migration: Beispiel Polen

von Dariusz Stola

Immigration: Herausforderung für Zentraleuropa?

In seinen »Hopes and Shadows«[1] nennt James Brown, ein respektierter Zentraleuropaforscher, Brain Drain, also das Abwandern von Akademikern, und den unkontrollierten Zustrom von ImmigrantInnen die größten Herausforderungen, denen sich die neuen Demokratien Zentraleuropas stellen müssen. Er hat sicher recht. Was jedoch Polen angeht, so sind die legalen ImmigrantInnen gebildeter als die EmigrantInnen. Wenn der gegenwärtige Trend anhält, wird das Land in bezug auf die Migration von Akademikern bald eine positive Bilanz aufweisen. Zwar sind tatsächlich einige Flüchtlinge ins Land gekommen. Aber Polen ist ein Land der Wunder: 50% verschwinden wieder, bevor ihnen ein offizieller Flüchtlingsstatus zuerkannt wird.

Emigrationsland Polen

Zwischen 1880 und 1950 war Polen eines der wichtigsten Auswanderungsländer, obwohl es in dieser Periode eigentlich die meiste Zeit gar nicht existiert hat (ein weiteres Wunder). Dann kam eine Pause, die die Folge der Isolierungsstrategie der Kommunisten und ihres beeindruckenden Modernisierungsprojekts war. Ab den späten 70ern kehrte Polen schrittweise wieder zum westlichen Migrationssystem zurück. Dieser Prozeß vollzog sich wiederum auf wundersame Art und Weise: Es entwickelte sich eine substantielle polnische Immigration in verschiedene Länder ohne eine entsprechend starke Emigration. So immigrierten beispielsweise von 36.000 1987 in Polen offiziell registrierten Emigranten allein 160.000 oder 400% nach Deutschland. Früher als andere zentraleuropäische Nationen schlitterte Polen wieder an seine traditionelle Position in der europäischen Halbperipherie. Diesen Platz haben wir nun wieder eingenommen und halten ihn seit 1989 stolz.

Die beschriebene Entwicklung kann zum Teil mit der weitgehenden Liberalisierung der Paßpolitik in den 70ern erklärt werden, einem Phänomen, das dem Genossen Gierek, dem damaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei zugeschrieben werden kann, der in seiner Jugend als Bergmann in Frankreich gearbeitet hatte. Eindrucksvolles ökonomisches Wachstum, steigender Konsum und eine Öffnung zum Westen kennzeichneten die Anfangszeit seiner Herrschaft. Deutschstämmigen wurde erlaubt, mithilfe von Programmen zur Familienzusammenführung das Land zu verlassen. Schließlich half die Helsinki-Konferenz, Hindernisse bei Auslandsreisen aus dem Weg zu räumen. Gleichzeitig setzte der Beginn einer ökonomischen Krise ein, die bis zum Ende der Volksrepublik Polen dauern sollte. Ökonomisches Wachstum, das durch ausländische Kredite angeregt wurde, die durch steigende Exporte zurückgezahlt werden sollten, war nicht mehr länger möglich... Mit der Ökonomie ging es abwärts, die Lebensbedingungen wurden immer härter und eine Wohnungskrise traf unzählige Familien. Zur gleichen Zeit begannen das Wissen über den westlichen Lebensstil und die Konsumerwartungen zu steigen. Unzufriedenheit und der Eindruck des Mangels waren die Folge. Mit den Streiks von 1980 und dem Aufkommen von »Solidarität« wurde Protest laut. Aber es gab auch eine zunehmende Tendenz, eine andere Reaktionsmöglichkeit zu wählen: Exit.

Informelle Migration

Da die legale Emigration nach wie vor schwierig war, dehnten mehr und mehr Menschen Kurzzeitbesuche in den Westen in langfristige Aufenthalte aus. Die ersten zur Verfügung stehenden Statistiken über diese »informelle« Emigration enthüllen, daß diese doppelt so groß war wie die legale Emigration. Das bekannteste Beispiel für diese, in den späten 70ern einsetzende, Massenemigration war Karl Wojtyla aus Krakau, der 1978 – nicht mit einem Emigrantenpaß, sondern mit einem regulären Paß – nach Italien ging, einen außergewöhnlich attraktiven Job im Vatikan bekam und keinerlei Anzeichen dafür zeigt, auch nur im Geringsten daran zu denken, zurückzukehren. Darüberhinaus hat er die weitere Emigration unterstützt, speziell die seiner Kollegen aus der polnischen Industrie für religiöse Dienstleistungen. So funktioniert die Migrationskette.

Die Durchsetzung rigider Gesetze konnte den Trend zu steigender

Emigration nur zeitweise aufhalten. Sie trug zu einem explosionsartigen Anwachsen der informellen Emigration zu einem späteren Zeitpunkt bei, auf die wiederum die Rückkehr zu einer zunehmend liberalen Paßpolitik folgte. Dank der frühen Computerisierung von Polizeidokumenten, haben wir relativ genaue Statistiken über die Emigration in den 80ern, in denen ungefähr 1 bis 1,3 Millionen Menschen Polen verließen. Es gab außerdem ungefähr 150.000 MigrantInnen, die vermittelt durch staatlich organisierte Programme vorübergehend im Ausland arbeiteten.

Zusammensetzung und Zielländer der EmigrantInnen

Ungefähr 50% der MigrantInnen kamen aus vier Distrikten, die von nur 24% der Bevölkerung des Landes bewohnt wurden. Der Bezirk Opole[2], der die Statistiken anführte, verlor nahezu 1/5 seiner Bevölkerung. Das Bildungsniveau der Emigranten war weit überdurchschnittlich. 45% der über 18jährigen EmigrantInnen hatten zumindest eine höhere Schule abgeschlossen, dies trifft jedoch nur auf 33% der Gesamtbevölkerung zu. In den Jahren 1981–88 verlor Polen mehr als 90.000 Akademiker, das entspricht ungefähr den Universitätsabgängern aller polnischen Universitäten von zwei Jahren. Die Zahl der auswandernden Ingenieure und Doktoren übertraf die der Hochschulabsolventen im jeweiligen Fach.

Verständlicherweise war das Hauptziel Westdeutschland (50-65%), die USA folgten mit einigem Abstand (10-15%). Andere Ziele waren entweder Länder mit einer liberalen Flüchtlingspolitik (Österreich, Italien), die zumeist als Transitländer dienten, oder Länder mit einer etablierten polnischen Diaspora (Frankreich, Kanada). Die EmigrantInnen nutzten geschickt die vorhandenen Möglichkeiten zur Emigration in den Western aus. Die Tore blieben für drei Gruppen offen: für »Volkszugehörige« – also diejenigen, die in Deutschland den Aussiedlerstatus einfordern konnten; für Flüchtlinge – besonders solche, die unter dem Kommunismus gelitten hatten – und für Menschen mit Anspruch auf Familienzusammenführung. Das am nächsten gelegene und reichste Land war Deutschland, das aus historischen Gründen besonders empfänglich für die Deutschstämmigen und aus dem Osten kommenden Flüchtlinge war. Zu den offenen Toren im Westen kam schon früh – noch während der Sowjet-Block existierte und niemand glaubte, daß er bald verschwinden würde – eine Liberalisierung der Paßpolitik Polens hinzu. Dies verstärkte unzweifelhaft die starke Neigung, zu emigrieren, die in der massiven Unzufriedenheit mit dem Leben unter dem »realen Sozialismus«, dem Fortbestehen einer Emigrationstradition und in transnationalen Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen wurzelte. (Einer speziellen Umfrage nach war für zwei Drittel derjenigen, die Mitte der 80er im Ausland blieben, die Hilfe der Verwandten von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, ins Ausland zu gehen, einen Job anzunehmen und länger zu bleiben.) All dies führte zum »Exodus« der 80er.

Die Bedeutung der Wende

Keins der Symbole der neuen Ära – weder die Etablierung der ersten nicht-kommunistischen Regierung noch der Mauerfall – waren Wendepunkte für die jüngere Geschichte der Emigration aus Polen. Das Tor nach draußen war schon einige Zeit vor diesen Ereignissen offen. Die offiziellen Statistiken sind sicher unvollständig, zeigen aber einige interessante Trends. Wir sehen eine substantielle – 40%ige – Abnahme der Emigration (von 33.100 pro Jahr im Zeitraum von 1987-1989 auf 19.700 pro Jahr 1990-1993). Schätzungen in bezug auf die nicht registrierten Bewegungen bestätigen die Umkehr des Trends, der seinen Höhepunkt 1990 mit einer negativen Bilanz von ungefähr 280.000 hatte und auf 110.000 im Jahr 1991 und wahrscheinlich 70.000 1992 abfiel. Besonders die Gebildeteren zeigten eine geringere Neigung zur langfristigen Emigration. Die Trends der 80er konnten ohnehin so nicht weitergehen – wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte Polen 1994 7 Mio. Menschen verloren gehabt! Dann wäre es nicht mehr so schwierig gewesen, in Warschau einen Parkplatz zu finden.



Foto: Ffm.

Der Einfluß der westlichen Migrationspolitik

Die Veränderungen in der Emigration der 90er scheinen in einem großen Maß aus der neuen Migrationspolitik der westlichen Länder zu resultieren. Nach 1989 bauten die westlichen Länder schrittweise die Einreisevisabestimmungen für Polen ab. Da es keine formalen Restriktionen für Ein- und Ausreise mehr gab, stieg die Anzahl von Polen, die ins Ausland gingen (also die Grenze überquerten) von 10 Mio. 1988 auf 19 Mio. 1989 und 30 Mio. 1992. Um den Zustrom von polnischen Arbeitern zu überwachen und zu regulieren, unterzeichneten einige Regierungen entsprechende Abkommen mit Polen. Das Abkommen mit Deutschland bezieht sich auf Saisonarbeit, projektbezogene Beschäftigungsquoten, innerbetriebliche Ausbildungsprogramme, Anstellung von Studierenden in den Sommerferien und grenzüberschreitende Pendler.
Gleichzeitig schlossen sich die wichtigsten Tore für die langfristige Immigration. In der Mitte der 90er änderte Deutschland seine Politik gegenüber Bewerbern um einen Aussiedlerstatus. Die rigorosere Überprüfung von Dokumenten führte zu einem dramatischen Einbruch der Statistiken: von 250.000 im Jahr 1989 auf 18.000 1992. Polen können praktisch kein politisches Asyl mehr bekommen. Da Westeuropa im Grunde genommen keine anderen Erstimmigranten akzeptiert, bleibt die Familienzusammenführung die Hauptmöglichkeit für langfristige, legale Immigration. Aufgrund der verbesserten Möglichkeiten für die kurzfristige Immigration und schlechteren für die langfristige, nahm die polnische Migration neue Formen an. Der Arbeitsminister schätzt, daß jedes Jahr 300.000 bis 350.000 Polen legalen, temporären Beschäftigungen im Ausland nachgehen. Die Zahl der illegal Beschäftigten können wir nur erraten. Ich wette, sie beträgt mehr als einige Hunderttausend.

Immigration und Transitbewegungen

Eine große Neuigkeit war in den 90ern das Aufkommen der Immigration und von Transitbewegungen. Die ersten, die als »Transitsuchende« kamen, waren Ostdeutsche, die unter Umgehung der Mauer auf dem Weg in den Westen waren. Bald sahen wir die ersten Migranten, die sich aus dem Süden in den Norden bewegten: tatsächlich handelte es sich um Afrikaner, die auf dem Weg nach Skandinavien waren. Die Rumänen bewegten sich 1991: Sie machten 80% der Menschen aus, die bei Versuchen, unsere westliche Grenze zu überqueren, aufgegriffen wurden, was sich in einem Anwachsen der relevanten Statistiken von 1700 im Jahre 1990 auf 30.000 im Jahre 1992 zeigt. Das Wissen darüber, daß es Leuten gelang, die polnisch-deutsche Grenze illegal zu überqueren, verbreitete sich bis in weit entfernte Gebiete der Welt. Im Sommer 1992 informierten mißtrauisch gewordene Bauern aus Korczowa in Südost-Polen die Polizei darüber, daß ein großer ukrainischer Militärhubschrauber auf ihren Feldern gelandet war. Die Polizei fand eine Gruppe von Pakistanis und Bangladeschis mit ihren polnischen Schleusern, die gerade angekommen waren, um sie weiter nach Westen zu transportieren. Die unglücklichen Reisenden hatten 1000$ für einen Platz im Helikopter bezahlt. In der Szene bei Korczowa finden wir globale Migrationsströme, die sich plötzlich in einem stillen Dorf materialisieren, wo niemand je zuvor Menschen einer anderen »Rasse« getroffen hat, moderne Transportmittel, ein zerfallenes transkontinentales Imperium mit seinem Militär, das dem Angebot nicht widerstehen kann, schnell den Gegenwert des Gehalts für zwei Jahre zu verdienen, und eine kriminelle Organisation, die bereit ist, von dem globalen Ungleichgewicht zu profitieren, indem sie das staatliche Monopol auf Zugangskontrolle verletzt.

Das Schengener Abkommen

Im Austausch für den visafreien Zugang für Polen und 120 Mio. DM hat unsere Regierung der Rückübernahme von jeglichem illegalen Immigranten aus dem Gebiet der Schengengruppe zugestimmt, der über Polen dorthin gelangt ist. Auf diese Weise hat Deutschland eine Art vorverlegte Grenzkontrolle eingeführt. Polen hat daraufhin prompt die Kontrollen an seinen westlichen und östlichen Grenzen verstärkt und außerdem Restriktionen für die Einreise von Bürgern aus ungefähr 30 Ländern mit »hohem Migrationsrisiko« eingeführt. Dies scheint zu funktionieren. Aufgrund des Rückübernahmeabkommens akzeptierte Polen 1992 6.600 Personen. Die Zahl von Menschen, die an der westlichen Grenze aufgegriffen wurden, fiel von 30.000 im Jahre 1992 auf 10.000 im letzten Jahr. Gleichzeitig stiegen die entsprechenden Zahlen an den östlichen Grenzen um 150% (800 auf 2000). Das polnische Büro für Migrations- und Flüchtlingsangelegenheiten registrierte eine wachsende Zahl von Asylgesuchen von Ausländern, die aus Deutschland abgeschoben worden oder gar nicht erst eingelassen worden waren. Die weniger erfolgreichen Flüchtlinge beginnen, Polen weniger als Transitland denn als Zielland wahrzunehmen. Sollte sich der Strom erzwungener Migration verstärken, kann die Rolle als Puffer zwischen Ost und West schwierig werden.

Polen als Einwanderungsland

Seit dem Ende der Bevölkerungsbewegungen nach dem Krieg war die Immigration nach Polen nicht der Rede wert gewesen (weniger als 2000 pro Jahr). Nach 1989 haben wir ein ziemlich beträchtliches Wachstum der legalen Immigration (300%) gesehen, aber die absoluten Zahlen sind immer noch klein. Das Wachstum der Besucherzahlen war hingegen noch beeindruckender: von 6,2 Mio. 1988 auf 74 Mio. letztes Jahr. Ein Teil dieser Besuche mag sich zu längeren Aufenthalten ausdehnen. Das Verhalten der Besucher aus dem Osten weist auffällige Gemeinsamkeiten mit dem der Polen auf, die in den 80ern in den Westen gingen. Zuerst etablierten Hunderttausende umherziehende »kommerzielle Touristen« ein landesweites Netzwerk von »Russenmärkten«, die den Westberliner »Polenmärkten« ähnelten. Schrittweise entwickelte sich eine Arbeitsteilung zwischen pendelnden Lieferanten und Wiederverkäufern, die in Polen blieben. Mit zunehmendem Wissen über die polnischen Realitäten und wachsender Konkurrenz unter den Händlern, dehnten mehr und mehr Be-

sucher ihren Aufenthalt aus und suchten eine Arbeit. Da das durchschnittliche Gehalt in der Ukraine den Gegenwert von 10$ monatlich nicht übersteigt, kann ein ukrainischer Arbeiter, der in Polen 50-100$ zusammenspart, sich glücklich schätzen. So viel zu bezahlen kann sich auch ein polnischer Bauer leisten. Schätzungen darüber, wieviele dieser Besucher es gibt, reichen von 50.000 bis 100.000. Ähnliche Strategien führten zur dauernden Emigration vieler Polen in den 80ern. Das polnische Büro für Migrations- und Flüchtlingsangelegenheiten beobachtet eine stetig wachsende Zahl von Anträgen auf permanente Aufenthaltsgenehmigungen, Arbeitserlaubnisse und polnische Staatsangehörigkeit. Einige der Bewerber behaupten, polnischer Herkunft zu sein.

Polnische Diaspora in der ehemaligen Sowjetunion

Dies führt uns zur Frage der polnischen Diaspora in der ehemaligen Sowjetunion. Offiziell handelte es sich um 1.260.000 Polen, aber zwei Millionen ist eine realistische Schätzung. Die 60.000 Polen in Kasachstan waren, obwohl sie sehr weit entfernt und weitgehend russifiziert waren der Gegenstand besonderen Interesses, da sie Nachkommen von Stalin Deportierter und einem dynamischen kasachischen Nationalismus ausgesetzt sind. Sie sind potentielle Migranten, die sich stark auf eine Art polnisches Rückkehrrecht beziehen, das derzeit im Parlament diskutiert wird. Trotz der zögerlichen Einstellung der polnischen Regierung, die weit davon entfernt ist, zur Rückkehr zu ermutigen, sind einzelne Familien bereits eingetroffen. Sollte sich die politische Lage destabilisieren und die Gewalt an der Basis zunehmen, wäre die verstärkte Immigration von Menschen polnischer Herkunft und von Flüchtlingen sehr wahrscheinlich.

Zukünftige Entwicklungstendenzen

Das Phänomen »Flüchtlinge« hat Besorgnis ausgelöst, war bisher aber eher ein potentielles als ein tatsächliches Problem. Die Angst, daß Millionen von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion über Zentraleuropa hereinbrechen könnten, hat sich bisher nicht materialisiert. Es gab bisher nur etwa 2000 Anträge auf einen Flüchtlingsstatus in den letzten drei Jahren, und zusätzlich einige Hunderte Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, die einen zeitlich begrenzten Schutzstatus haben. Viele Flüchtlinge lassen sich nicht registrieren und die meisten der Registrierten machen keinen Hehl daraus, daß sie so schnell wie möglich das Land verlassen wollen, um sich zu einem besseren Ort aufzumachen. 1993 mußte das Büro für Migrations- und Flüchtlingsangelegenheiten die Bearbeitung von 50% der Anträge abbrechen, weil die Bewerber schlicht verschwunden waren. Ihre Mißerfolge und Erfolge beim Versuch, das gewünschte Ziel zu erreichen, wird die Einstellung zukünftiger Bewerber bestimmen.

Auch wenn das Ausmaß der Migration nach Polen nicht gerade beeindruckend ist, wenn man es mit der westlichen oder der ungarischen Erfahrung vergleicht, kann man diese Migrationsströme als Komponenten eines aufkommenden Ost-Ost (und Süd-Ost) Subsystems globaler Migrationsströme sehen. Interessanterweise entwickelt sich Arbeitsmigration spontan, ohne daß dabei Faktoren wie anfängliche Rekrutierung von Gastarbeitern oder ausländische Investitionen eine Rolle spielten. Außerdem besteht eine merkwürdige, umgekehrte Beziehung mit der imperialen Vergangenheit. Wir sind möglicherweise Zeugen beginnender komplexerer und umfassenderer Bewegungen. Drei Jahre sind ein relativ kurzer Zeitraum für die Entwicklung von transnationalen, sozialen Massenphänomenen. Als Ergebnis der grundlegenden Veränderungen des ehemaligen kommunistischen Blocks und im Besonderen der Sowjetunion, gibt es zu viele Variablen, die einen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung des Systems haben könnten. Darüberhinaus kann die Migration selbst den Transformationsprozeß des Systems beeinflussen. Daher sollten Sie skeptisch sein, wenn Sie irgendwas über Migration in Polen lesen – das gilt auch für dieses Papier.

Übersetzung:Irmgard Geyer

1) *Hoffnungen und Schatten*

2) *dt.: Oppeln in Südpolen zwischen Wroclaw (Breslau) und Katowice (Kattowitz).*

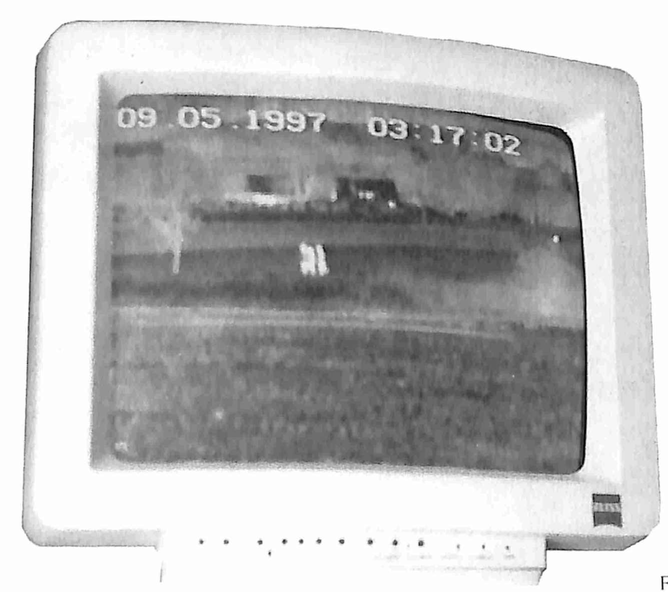


Foto: Ffm.

»Und wenn die Regierung nicht will, werden wir alles tun, bis sie es will.«

Zum Jahrestag der Besetzung von St. Bernard

Zum ZAG-Redaktionsschluß ist es auf den Tag genau ein Jahr her: Fast 2000 Polizisten waren in den frühen Morgenstunden des 23. August 1996 in Paris im Einsatz. Gegen 7.30 Uhr begannen sie, die Kirche St. Bernard, die rund 300 sogenannte ›sans-papiers‹ seit Wochen besetzt hielten, mit Gewalt zu räumen. Hunderte von UnterstützerInnen der ›sans-papiers‹ mußten vom Kirchenvorplatz gedrängt werden, das Kirchenportal wurde mit der Axt eingeschlagen und die Menschen, die sich im Kircheninneren versammelt hatten, wurden im Scheinwerferlicht der FotografInnen und Kameraleute nach draußen gezerrt.

Mit der Besetzung von St. Bernard begann eine bislang beispiellose Auseinandersetzung um die staatliche Kontrolle der Migration, die in den Protesten Hunderttausender gegen neuerliche Gesetzesverschärfungen im Februar ihren Höhepunkt erreichte und nicht nur mittelbar den überraschenden Wahlsieg der Sozialisten bei den vorgezogenen Parlamentswahlen einleitete. Beispiellos, weil die ›sans-papiers‹ mit ungeahnter Offensivität und Selbstverständlichkeit ihr »Recht auf Rechte« und Papiere einklagen. Beispiellos, weil sich im Laufe der Monate eine breite Unterstützungsbewegung formierte, die sich nicht nur aus entschlossenen antirassistischen Kreisen, sondern früh schon aus vielen bislang unpolitischen AktivistInnen zusammensetzte.

Doch auch ein Vierteljahr nach dem Sieg des Linksbündnisses aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen hat sich an den Forderungen der ›sans-papiers‹ nichts geändert: »Reguläre Papiere für alle ohne Papiere, Freilassung aller in Folge der Proteste Inhaftierten, Einstellung der Abschiebungen, Rückkehr der bereits Abgeschobenen.« Dabei offerierte die Regierung Jospin schon kurz nach ihrem Amtsantritt ein erstes Entgegenkommen: illegalisierte MigrantInnen, die mit einer PartnerIn verheiratet sind, die im Besitz der vollen Aufenthaltsrechte ist, dürfen derzeit



Foto: David Boucherie / Transparent

auf eine Legalisierung hoffen. Auch StudentInnen, Familien, deren Kinder in Frankreich geboren sind, Kranke und einige AsylbewerberInnen können ihre Dossiers zu einer neuerlichen Einzelfallprüfung bei der Polizeipräfektur einreichen. Allein in Paris wurden im Juli 20.000 Formulare verteilt und Ende des Monats waren schon mehr als 10.000 Gesuche eingereicht. Wenigstens einen Aufschub der Abschiebungen, die unterdessen wie geplant vonstattengehen, fordern die ›sans-papiers‹ und viele humanitäre Organisationen. Doch Innenminister Chevenement schließt dies kategorisch aus.

Es sieht ganz danach aus, als ginge der Kampf der ›sans-papiers‹ um eine generelle Regularisierung nun in die entscheidende Phase. Und da kann es kein Zufall sein, sondern vielmehr die typisch sozialdemokratische Perfidie, daß die Regierung ausgerechnet am 22. August, dem Vortag des ersten Jahrestages der Räumung von St. Bernard erklärte, die heftig umstrittenen Gesetze der Innenminister Pasqua und Debre mitnichten abschaffen zu wollen, wie sie es noch im Wahlkampf versprochen hatte. Stattdessen sind für das kommende Jahr einige Korrekturen am bestehenden Gesetzestext geplant, die letztlich einem Ziel gehorchen: die Einreise arbeitssuchender MigrantInnen weiter erschweren und gleichzeitig hochqualifizierten Eliten aus dem Trikont einen vorübergehenden Aufenthalt in Frankreich wieder schmackhaft machen.

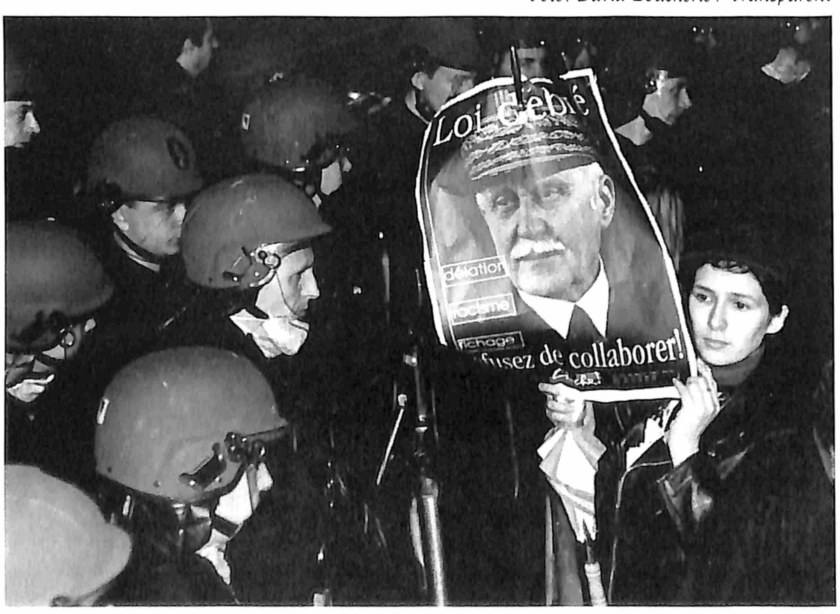
Von einer generellen Amnestie, wie sie beispielsweise die sozialistischen Regierungen Italiens oder Portugals gewährten, ist längst nicht mehr die Rede. Allzu deutlich ist die Absicht der Regierung, die Bewegung der ›sans-papiers‹ auseinanderzudividieren, ist deren Stärke doch die Geschlossenheit, und die besondere Qualität ihres Kampfes der verallgemeinerbare Charakter ihrer Forderungen. Unter den vielen anderen kleineren und grösseren Protestaktionen illegalisierter MigrantInnen in Europa ragen die Kämpfe der ›sans-papiers‹ nicht nur aufgrund ihrer Beharrlichkeit heraus. Schon kurz nach der ersten Kirchenbesetzung im März vergangenen Jahres gelang es ihnen, bekannte Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, wie die Theaterdirektorin Ariane Mnouchkine, die die BesetzerInnengruppe nach ihrer Vertreibung aus der Kirche für einige Tage in einem Proberaum beherbergte, zu mobilisieren. Im Februar rief ein Großteil der jungen französischen FilmemacherInnen im »Appell der 66 Cineasten« zum »zivilen Ungehorsam gegen die unmenschlichen Gesetze« auf. Und egal, ob das Filmfestival in Cannes oder das Musikfest in Uzeste – überall versuchen die ›sans-papiers‹ auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Mogniss H. Abdallah, Filmemacher und Produzent des Videos »La Ballade des ›sans-papiers‹«, meint: »Eines haben die ›sans-papiers‹ jetzt schon erreicht: Sie haben das Klischee des typischen Illegalen, wie es vom herrschenden Kulturbertrieb lanciert wird, von Grund auf neu bestimmt«.

Die Bewegung der ›sans-papiers‹ ist ein »Präzedenzfall, weil sie über die Situation der Immigration hinaus eine andere Realität widerspiegelt, eine wirtschaftliche und soziale Realität«, sagt auch Salah Teiar, einer der Sprecher der Nationalen Koordination der ›sans-papiers‹, der im Frühjahr und im Frühsommer dieses Jahres auf Einladung antirassistischer Gruppen mehrere Städte der BRD bereiste. In Abgrenzung zu SOS-Racisme und anderen Good-Will-Kampagnen der 80er Jahre setzen die ›sans-papiers‹ auf Selbstorganisation und strikte Autonomie. Natürlich ist eine Bewegung wie die der ›sans-papiers‹ nicht losgelöst von ihrem Kontext, der jahrhundertelangen französischen Kolonialgeschichte denkbar und schon gleich gar nicht auf die Verhältnisse in der BRD übertragbar. Aber daß es kein aussichtsloses Unterfangen ist, antirassistische Praxis jenseits der Fixierung auf individuelle Schicksale oder den staatlichen Repressionsapparat neu zu bestimmen, zeigt das französische Beispiel allemal. Und nicht zuletzt verlangt die Vereinheitlichung der Gesetzgebung auf europäischer Ebene förmlich, das EU-Migrationsregime generell und über die Nationalstaatsgrenzen hinaus anzugreifen. Die Ereignisse der vergangenen zwölf Monate in Frankreich – da sind sich die bürgerlichen Medien einig – haben die Gesellschaft, ausgehend von Fragen der Einwanderungspolitik, polarisiert. Daß diese Polarisierung erstmals nicht von Rassisten und der Rechten ausging, kann nur Mut machen. Am 28. Juni, dem ersten Jahrestag der Besetzung von St. Bernard, weigerten sich etliche Dutzend ›sans-papiers‹, die nach Lage der Dinge keine Chance auf eine Regularisierung haben würden, das Bürgermeisteramt des 18. Arrondissements zu verlassen. Nur kurze Zeit später stürmten Polizeieinheiten das Gebäude. Etwa zur selben Zeit erlag in einem Krankenhaus in Paris ein ›sans-papiers‹, der wenige Tage zuvor angesichts einer Polizeikontrolle aus dem Fenster sprang, seinen Verletzungen. »Ich habe noch nie auf einer Demonstration so viele Menschen weinen sehen«, so schließt ein Augenzeuge am nächsten Tag seinen Bericht. Machen sich nach eineinhalb Jahren nervenaufreibenden Kampfes Verzweiflung und Erschöpfung breit? Die ›sans-papiers‹ haben leider nicht die Muße, sich darüber aufzuhalten. Sofort nach Bekanntwerden der Grundzüge der neuen Regierungspolitik hat sich im hauptsächlich von ArbeitsmigrantInnen bewohnten 18. Arrondissement ein neues Kollektiv von ›sans-papiers‹ gegründet. In Paris ist es bereits das vierte und nach nur ein paar Wochen haben sich bereits über 1000 Mitglieder eingeschrieben. Und trotz Urlaubszeit und Hitzewelle postieren sich jeden Freitag um halb fünf Uhr nachmittags zwei- bis dreihundert ›sans-papiers‹ und UnterstützerInnen zu einem »Picketing« vor der Polizeipräfektur in der Stadtmitte. Der heuchelnden Linken an der Macht halten sie ihre einstigen Versprechungen vor und von der Regierung fordern die ›sans-papiers‹ zumindest einen sofortigen Abschiebestop: »Und wenn sie nicht will, werden wir alles tun, bis auch sie es will.«

p.w.



Foto: David Boucherie / Transparent



Kein Mensch ist illegal

Neue Kampagne gegen die Illegalisierung von MigrantInnen in der BRD

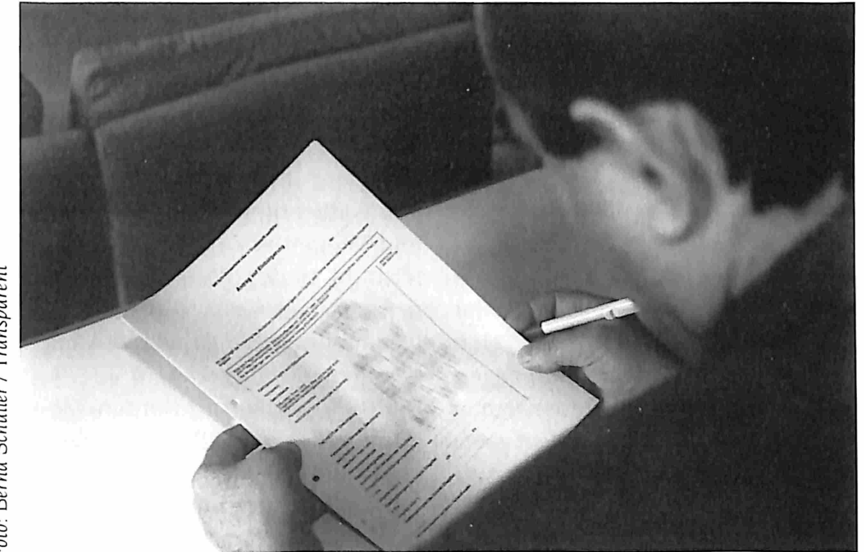


Foto: Bernd Schuller / Transparent

Ende Juni hatte die Kampagne im »Hybrid WorkSpace« der Documenta X ihren ersten öffentlichen Auftritt. Erklärtes Ziel der Initiative, die vom bundesweiten Treffen antirassistischer und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen auf den Weg gebracht worden war, ist es, die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und eine möglichst breites Bündnis gegen die Illegalisierung aufzubauen.

Kernpunkte des Aufrufes sind die Forderungen, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen, ihnen Arbeit und Papiere zu verschaffen, sowie das Anrecht auf medizinische Versorgung, Zugang zu Schule und Ausbildung und die Gewährleistung des materiellen Überlebens durchzusetzen.

Nach dem erfolgreichen Anlauf einer Spenden- und Unterschriftenaktion auf der Documenta sind eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten angedacht und geplant.

In erster Linie soll in naher Zukunft an einer vermehrten Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Aufrufes gearbeitet werden. Dies soll durch Veröffentlichung in möglichst vielen Zeitungen und Stadtmagazinen verwirklicht werden. Ebenfalls angedacht ist die Gewinnung von Prominenten und eine zentrale Pressekonferenz zur Vorstellung in Bonn. Zur weiteren Forcierung werden überall im Bundesgebiet Gruppen gesucht, die mitarbeiten und mitdiskutieren, Unterschriften sammeln, Anzeigen schalten, andere Organisationen und Einzelpersonen anschreiben etc. Aufruf und Faltblatt sind bei untenstehenden Adressen zu erhalten. Auch ein Plakat soll demnächst erhältlich sein.

Mittlerweile ist auch eine web-Page unter http://www.contrast/borders/kein eingerichtet worden. Interessierte Gruppen können Texte und Bilder zum Thema an borders@dds.nl mailen.

Desweiteren ist auch ein Musikprojekt angedacht, in dessem Rahmen die Produktion einer CD und eventuell einer anschließenden Konzerttour geplant ist. Mit einzelnen, auch kommerziell erfolgreichen linken Bands gab es bereits Vorgespräche.

Wie bei allen Projekten steht und fällt das Ganze natürlich mit der Finanzierung. Von daher sind alle interessierten Gruppen natürlich auch im Bereich Spendenakquirierung gefragt.

Nach Angaben der Initiatoren ist die Kampagne bisher auf überraschend gute und breite Resonanz gestoßen. Anscheinend sind vielerortens offene Türen eingerannt worden.

So begrüßenswert und unterstützenswert diese Kampagne ist, so wichtig ist vor allem die Ermöglichung einer Diskussion von konkreten Forderungen, damit dieses Projekt nicht ebenso abschmiert wie die Hamburger Initiative von 1995. Damals entzündete sich eine kurze, heftige Diskussion an der realitätspolitischen Forderung nach einem Stichtag. Solchen und ähnlichen Forderungen gehen die jetzigen Initiatoren bewußt aus dem Weg. Trotzdem ist zumindest das Zulassen einer solchen Diskussion unabdingbar. Abgesehen davon, daß auf jeder Pressekonferenz immer eine der ersten Fragen die nach konkreten Forderungen sein wird, führt das Auslassen solcher Forderungen immer dazu, daß man ein Feld kampflos räumt und anderen überläßt.

Wünschenswert wäre eine breite und kontroverse Diskussion, für die sich die ZAG hiermit gerne als eine Plattform anbietet.

Kontaktadressen von »Kein Mensch ist Illegal«:

FFM, *»Kein Mensch ist illegal«, Gneisenaustr. 2a,* 10965 *Berlin, Konto:* 10024264, *Berliner Sparkasse,* BLZ: 100 500 00

AG3F, *Metgerstr.* 8, 63450 *Hanau*

»über die grenze«, München, FAX 089/ 74 79 12 77, *email grenze@ibu.de* (*jt*)



Kanther, jetzt reicht's

BUKO-Aufruf zu Diskussion und Aktion gegen die bundesdeutsche restriktive Asyl- und Migrationspolitik

Die Regierungsparteien, allen voran CSU und CDU, haben jetzt eine Neuauflage ihrer rassistischen Kampagne gestartet, die sich primär gegen die hier lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit richtet. In Vorbereitung auf die nächste Bundestagswahl geraten alle Nicht-Deutschen in den Blick der Wahlkampfstrategen. Sie beleben ständig vorhandene Ressentiments gegenüber AusländerInnen als Kriminellen und Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt.

Erste »Erfolge« hat die neuerliche Kampagne bereits gezeitigt: Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen über rassistisch und rechtsextremistisch motivierte Überfälle auf MigrantInnen und Flüchtlinge. Der Überfall von Detmold, als neun Bundeswehrsoldaten sechs Menschen ausländischer Herkunft jagten und verletzten, ist fast schon wieder vergessen. Brandanschläge auf Kirchen, die Kirchenasyl gewähren, sind an der Tagesordnung.

Jede/r »AusländerIn« wird grundsätzlich verdächtigt, Deutschen den Arbeitsplatz wegzunehmen, um sich auf deren Kosten ein schönes Leben zu machen oder das Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung unrechtmäßig in Anspruch nehmen zu wollen. Selbst Kinder gelten Kanther und seinen GesinnungsgenossInnen als Bedrohung der deutschen Sicherheit und Ordnung.

Auf die rassistische Regierungskampagne haben antirassistische Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und MigrantInnenorganisationen bislang nur verhalten reagiert. Hier und da ein Protestschreiben, eine kleine Kundgebung. Proteste gegen die Einführung des Kindervisums konnten so vom Tisch gefegt werden. Auch gab es nur wenig Aufschrei, als die Staatsgewalt in Bayern es gewagt hat, in Kirchenasyle einzudringen und die versteckten Flüchtlinge zu verhaften. Es fehlt – noch – die konzertierte Aktion der Gegenwehr. Anders als beim Angriff auf das Asylrecht, verläuft die gegenwärtige Kampagne der Regierenden auf unterschiedlichen thematischen Ebenen. Das führt dazu, daß sich Protestmaßnahmen verzetteln, während sich der Widerstand bei der Asylauseinandersetzung auf den Erhalt des Artikel 16 GG konzentrierte. Die Niederlage im Kampf um jenen Verfassungsartikel hat einen Teil der antirassistischen Bewegung in Resignation versetzt. Einige haben sich anderen politischen Themen zugewandt, andere müssen angesichts der Verschärfung der Situation ihr gesamtes Engagement in die Arbeit mit einzelnen Flüchtlingen, Illegalisierten und MigrantInnen stecken. Dies erleichtert es den Regierenden, ihren rassistischen Diskurs gesellschaftlich mehrheitsfähig und wahlkampfbestimmend zu gestalten.

Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus lädt deshalb dazu ein, gemeinsam zu überlegen, was diesen Regierungsstrategien im Wahlkampfjahr öffentlichkeitswirksam entgegengesetzt werden kann. BUKO organisiert dafür einen Ratschlag der Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen gemeinsam mit Gruppen aus dem sozialpolitischen Bereich.

Dieser findet vom 5.-7. Dezember in Düsseldorf statt.

Weitere Informationen und Anmeldung: BUKO, *Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik*, *Nernstweg* 32-34, 22765 *Hamburg*



Foto: David Boucherie / Transparent

Die Aufklärung der Moderne in der kritischen Kritik

›Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen‹ von Gazi Çaglar

Um den 1993 in Foreign Affairs erschienenen 25-seitigen Artikel Huntingtons »The Clash of Civilizations« wurde schon damals so viel Wirbel veranstaltet, daß Huntington die ganze Sache logischerweise zu einem großen Wälzer aufblies, der mittlerweile unter dem Titel »Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert« mit 580 Seiten die Dübel der Bücherregale einem Belastungstest unterzieht. Bis auf ein paar kleine Veränderungen gegenüber dem Artikel – z.B. ist China nun ein gefährlicher Konkurrent für ›uns‹ und die kulturelle Bedrohung des Westens ergibt sich aus der »Migrantenflut« (Huntington, 326) – enthält das Ding nichts wesentlich Neues. Natürlich fanden sich bei dem Rummel, den »The Clash ...« auslöste, auch die Trittbrettfahrer schnell ein. In Deutschland entblödete sich z.B. der Göttinger Islamwissenschaftler Bassam Tibi nicht, ein Buch unter dem Titel »Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus« auf den Markt zu bringen.



Gazi Çaglar hat sich nun mit den philosophischen Grundlagen und ideengeschichtlichen Hintergründen der Kulturkämpfer befaßt. Er untersucht zuerst den Zivilisationsbegriff Huntingtons und Tibis und vergleicht deren Begriff mit dem Zivilisationsbegriff Norbert Elias.[1] Anschließend beleuchtet er den ideengeschichtlichen Hintergrund Huntingtons und Tibis und weist Parallelen zu den zyklischen Geschichtsphilosophien Oswald Spenglers, Arnold Toynbees und Nikolaj Danilevskijs nach.[2] Da sich insbesondere Tibi auf Descartes als Ausgangspunkt der Moderne bezieht und sich selbst als Verteidiger des kartesianischen Rationalismus sieht, wird das dichotomische (von Gegensätzen bestimmte), bipolare kartesianische Weltbild für die kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der ›Moderne‹ dargestellt.[3] Die Funktion des Begriffs ›Moderne‹ als Kampfbegriff einer arroganten Herrschaftsideologie, die sich der Begriffe ›Fortschritt‹ und ›Zivilisation‹ bedient, werden ebenso erläutert wie die rassistischen Elemente in den Begriffen der Aufklärung.[4]

Hier ist allerdings auch ein Schwachpunkt des Buches erreicht, denn hier beginnt die Sorgfalt der Untersuchung Risse zu bekommen. Daß mit den Mitteln der Aufklärung versucht wurde, eine ›wissenschaftliche‹ Rechtfertigungstheorie des rassistischen gesellschaftlichen Zustands zu entwickeln, selbst von so bekannten Vertretern der Aufklärung wie Kant oder Hegel, hat mit affirmativer Wissenschaft, einer Wissenschaft im Dienst der Macht, zu tun und ist auch heute noch ein zentraler Bestandteil des Wissenschaftsbetriebs. Das kann man u.a. an Huntington und Tibi sehen. Das hat aber nichts mit dem Kern der Aufklärung, der Durchsetzung des Prinzips der Vernunft gegen die ›Wahrheit der Offenbarung‹, zu tun.[5]

Mit Formeln zur Wahrheit?

Auch heute noch wird versucht, mit Hilfe der ›aufgeklärten‹, wissenschaftlichen Methode der Statistik nachzuweisen, daß z.B. Schwarze per se dümmer seien als Weiße (die letzte Variante ist mit ›The Bell Curve‹ vor ein paar Jahren durch die Medien galoppiert). Das eigentlich Interessante an derlei Untersuchungen ist, daß man an dem Echo darauf erkennen kann, in welchem Umfang die Gesellschaft von autoritärem Denken durchsetzt ist. Für die Einschätzung des ›Wahrheitsgehalts‹ derartiger Untersuchungen genügt gemeinhin der Besuch einer Einführungsvorlesung in die Statistik. Einfach ausgedrückt: Keiner kommt auf die Idee, weil bei einer Addition aufgrund falscher Ausgangszahlen ein absurdes Ergebnis entstand, die Mathematik dafür verantwortlich zu machen. Dieser Eindruck entsteht aber bezüglich der Aufklärung in Çaglars Replik. Die postmoderne Kritik an Vernunft und Fortschritt ist nach wie vor sehr ›en vogue‹, hat aber leider den Fehler, aus der Sichtweise der heutigen Deformationen des Rationalismus, dessen ursprüngliche Formation ableiten zu wollen. Natürlich war die Aufklärung selbst affirmativ, d.h. eine bürgerlich- kapitalistische Bewegung, enthielt aber zugleich das »Ferment der Dekomposition« (J. Agnoli, Subversive Theorie, Freiburg '96, 183). Eines der beliebtesten Mißverständnisse ist, daß die Kritik an der instrumentellen Vernunft (M. Horkheimer / Th. W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Ffm '94), die Denunziation der Vernunft als solche wäre und dieser Eindruck entsteht bei der Lektüre des Buches massiv. Dabei wird ignoriert, daß der Kern der Aufklärung nicht die instrumentelle Vernunft, sondern die ›natürliche Vernunft‹ war, auch wenn sich herausstellte, daß diese sich instrumentalisieren ließ (vgl. Agnoli, 182). Aus dieser Perspektive ist auch der Fortschrittsbegriff

der Aufklärung zu sehen, der mit dem Abbau der kirchlichen, christlichen Traditionen Toleranz, Denkfreiheit und ein Ende der Hexenverfolgung beinhaltete (vgl. Agnoli, 183). Daß der Fortschrittsbegriff für die Rechtfertigung der Kolonisation mißbraucht wurde, wie er von Huntington/Tibi für die heutigen globalen Herrschaftsansprüche mißbraucht wird, hat mit den falschen Ausgangszahlen zu tun, nicht mit der Mathematik. Abschließend sollte vielleicht noch erwähnt werden, daß die Forderung der Aufklärung nach der Zerstörung des Alten, die üblicherweise als der agressive und arrogante Grundpfeiler der Aufklärung interpretiert wird, aus dem historischen gesellschaftlichen Kontext erklärt werden muß und nicht isoliert betrachtet werden kann. Die Forderung der Aufklärung nach der Zerstörung des Alten sollte den Aufbau einer neuen, von Historie und tradierten Werten befreiten Gesellschaft ermöglichen und entstand aus der intensiv wahrgenommenen Erfahrung des Wandels, bzw. des Bruchs von der feudalen, einfachen Reproduktion zur kapitalistischen, erweiterten Reproduktion, d.h. zur Akkumulation.

Der Ausgangspunkt Çaglars ist, daß Huntington und Tibi nach dem Ende der »kommunistischen Gefahr« dem Hegemonieanspruch des Westens eine Rechtfertigungstheorie zu konstruieren versuchen. Die Analyse wird leider nicht explizit auf diesen Kern hin weitergeführt. Huntingtons und Tibis Texte werden nicht als reaktionärer Versuche der Begriffs- und Diskursbelegung interpretiert. Çaglars hervorragende Analyse von Huntingtons und Tibis Zivilisationsparadigmen führt in die übliche aktuelle Kritik der Moderne unter der Akzeptanz der konservativ-reaktionären Leseweise der Aufklärung. Schon die Inbesitznahme der Aufklärung als genuin ›westlich‹ leidet unter der Kleinigkeit, daß die Grundlagen dieser ›westlichen‹ Aufklärung von zwei arabischen Philosophen gelegt wurden – Ibn Sina und Ibn Ruschd (Avicenna 980–1037/ Averroes 1126–1198) – die der religiösen Wahrheit nur noch eine symbolische Geltung einräumten. Selbstverständlich wurden sie vom Islam als Ketzer betrachtet, wie die späteren ›abendländischen‹ Pendants vom Christentum auch. Daß dieses falsche Verständnis nicht weiter analysiert und untersucht wird, ist ein großes Manko des in der Analyse des Zivilisationsparadigmas hervorragenden Buches.

Tobias Faßmeyer, ZAG-Redaktion

Gazi Çaglar: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen., Der Westen gegen den Rest der Welt., Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons »Kampf der Kulturen«, Marino Verlag, München 1997, 144 S., 19,80 DM

1) *Elias untersucht die Genese der Gegenüberstellung von Kultur und Zivilisation besonders in Deutschland. Sein Zivilisationsbegriff hat eine soziogenetische Ebene (den Prozeß staatlicher Gewaltmonopolisierung und die Ausdehnung der Interdependenzketten) und eine psychogenetische (die individuelle Selbstregulierung von Verhaltensweisen, die mit dem »Vorrücken der Scham- und Peinlichkeitsschwellen« verbunden ist). Dargestellt bei Çaglar S.46 ff. Das Buch von Norbert Elias hat den Titel: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bd., Ffm '93.*

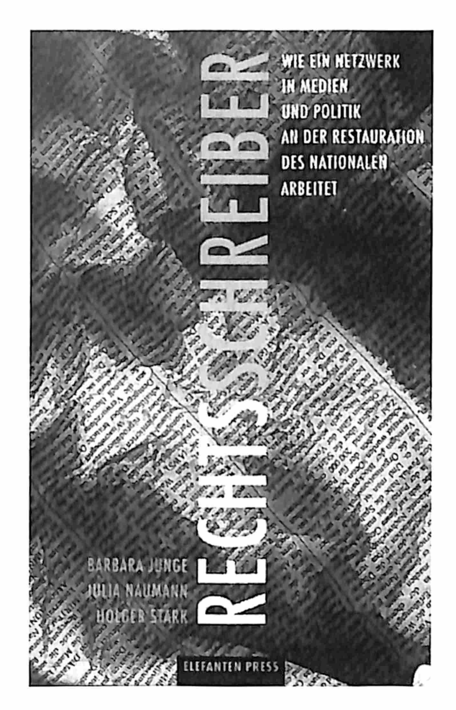
2) *Die Theorien dieser drei Kämpen, die politisch weit rechts bis rechtsaußen einzuordnen sind, werden von Çaglar ausführlich ab S.59 vorgestellt. Oswald Spengler schrieb u.a. ein Werk mit dem Titel »Der Untergang der Abendlandes«(München 1923), Arnold Toynbee wählte den vielsagenden Titel »Kultur am Scheidewege« Zürich/Wien 1949 und Nikolaj Danilevskijs panslawistisches Werk, das die Unvermeidlichkeit des Kampfes zwischen der slawischen Welt und Westeuropa beschreibt, wurde 1920 unter dem Titel »Rußland und Europa« in deutscher Übersetzung herausgegeben, geschrieben wurde es 1865-67.*

3) *Ziel des Kartesianismus ist eine möglichst weitgehende ›Mathematisierung‹ aller Lebens- und Erkenntnisbereiche, um eine möglichst rationale Beherrschung des Wirklichen zu erreichen. René Descartes Lehre wird von Çaglar ab S.89 in der auch von Huntington und Tibi gewählten Leseweise dargestellt.*

4) *Die Nutzung der Begriffe ›Fortschritt‹ und ›Zivilisation‹ ist ambivalent, da sie gleichzeitig die Abwertung ›Rückschritt‹ und ›Barbarei‹ enthalten. Der Fortschrittsbegriff der Aufklärung lieferte dem Rassismus der Kolonialisierung die Grundlage, die Kolonisierten zur Vorstufe der eigenen Entwicklung zu erklären. Gleichzeitig wird die Möglichkeit einer Aufhebung des Unterschieds in der Zukunft eingeräumt »Die Aufhebung des Unterschieds durch Aufholen und möglichen Fortschritt?« (Çaglar 104). Modernisierungsvorstellungen enthalten also immer das dichotomische abwertende Element, den Anderen als ›Zurückgebliebenen‹, ›Minderwertigen‹ zu sehen.*

5) *Die Auseinandersetzung geht auf Tertullian (ca. 160 – 220) zurück, der die Ratio aus dem Prozeß des Erkennens ausschließen und nur noch den bloßen Glauben an die neue Offenbarung Christi als Möglichkeit die Wahrheit zu Erkennen gelten lassen wollte.*

RECHTSSCHREIBER



Natürlich haben wir alle den Rechtsruck in der Bundesrepublik, der mit der »Wiedervereinigung Deutschlands« in der Öffentlichkeit stattfand, bemerkt. Das »Nationale« hatte Selbstbewußtsein dazugewonnen, es ging jetzt wieder voran. Weniger bemerkt haben wahrscheinlich die meisten, daß die Restauration bereits in den 70ern anfing, was man wunderbar bei den politischen Bewegungen und Initiativen, wie etwa dem zunehmenden Rückzug ins Private oder dem Drang zur ›Realpolitik‹, ebenso wie an der parlamentarischen Politik der Bundesrepublik erkennen kann.
Zum offiziellen Regierungsprogramm wurde sie dann mit der »Wende« Helmut Kohls. Manche lachten darüber, aber die hatten vorher auch schon nicht viel gemerkt. Der Zusammenbruch des Realsozialismus war dann nur noch das Sahnehäubchen auf den längst in vollem Schwung befindlichen Prozeß. Das war dann auch der Punkt, an dem viele sich ehemals als links hervortuende sich endgültig auf die rechte Seite schlugen, manche dann auch gleich bis ganz rechts außen durchstarteten (wenn schon, dann richtig). Seither werden Themen und Diskurs in der Öffentlichkeit zunehmend durch die Rechten bestimmt. Das versuchte die sogenannte »Neue Rechte«, sie hatte Gramsci entdeckt, zwar schon seit Anfang der 80er Jahre konsequent. Der Unterschied liegt allerdings darin, daß die Linken langsam zu exotischen Ausnahmen werden und deshalb die Rechten keine Bremse mehr haben. Links ist inzwischen schon, wer der Meinung ist, daß es für Arbeit überhaupt einen Lohn geben soll und linksradikal, wer ein Wort wie »sozial« in irgendeinem Zusammenhang fallen läßt.
Die verschiedenen Organisationen und Zusammenschlüsse, die Denkfabriken und Diskussionszirkel der National-Konservativen werden in »Rechtsschreiber« ebenso dargestellt wie die allgemeine Rechtstendenz der letzten Jahre in der Bundesrepublik. Das Beispiel der rechten Karriere Ansgar Graws, inzwischen persönlicher Referent des SFB-Intendanten Günther von Lojewski (CDU), führte zu ein paar malerischen schwarzen Stellen im Buch, da Graw das Erscheinen des Buches juristisch zu verhindern versuchte. (Er wurde aus einem Staatsschutzprotokoll als Teilnehmer einer rechtsextremen Veranstaltung zitiert, bestreitet jedoch seine Anwesenheit.) Die Versuche der Rechten in den Medien und der Öffentlichkeit, über Debatten eine Verschiebung der gesellschaftlichen Grundeinstellung nach rechts zu erreichen, wird an Beispielen wie z.B. der Diskussion um »political correctness« gezeigt.
»Es sind nicht nur diese rechten ›Tabubrecher‹, die ihre pc-Lästerei zum alltäglichen Reinigungsritual erhoben haben. Wer führt – von links bis rechts – nicht die abwertende Formel pc im Munde? Wer profiliert sich nicht gerne als Kenner und, natürlich, Verachter der pc-Szene und ihrer Formeln? Und wer würde sich nicht beflissen fühlen, eigene, allzu politisch korrekte Auffassungen mit einem kleinen Lächeln als linke Traditionsreste zu entschuldigen? Modernisierung ist alles, und modern ist, wer das Alte für obsolet erklärt. Es ist wieder schick geworden, Frauen, die zu sehr auf ihre Rechte pochen, mit dem schlichten Hinweis auf ihre politische Korrektheit lächerlich zu machen. En vogue sind als beliebte Opfer auch diejenigen, die sich noch für andere einsetzen; Männer also, die es nicht einsehen, den antifeministischen Trend mitzugehen, oder die gerne karikierten Sozialarbeiter, die es nicht lassen können, in Behinderten auch vollwertige Menschen zu sehen: ›Gutmenschen‹, die emanzipatorische Ideale nicht mit der alten Republik über Bord warfen.« (16f.)
Der Versuch der Rechten, eine Diskussions- und Interpretationsdominanz zu etablieren, wird u.a. am Beispiel der konservativen Blätter ›Welt‹, ›WamS‹ und ›Focus‹ dokumentiert. Rechte Medien, wie etwa das Hausblatt der Neuen Konservativen, die ›Junge Freiheit‹, erfüllen dabei eine Funktion als Plattform und Verbindungsglied. Die Naivität vieler sicherlich nicht Rechter im Umgang mit den Rechten ist schockierend. Immer wieder lassen sie sich auf Grund ihres demokratischen Anspruchs von den Rechten propagandistisch benutzen. Denn es grenzt an Blödheit zu glauben, daß man bei einem antipluralistischen Propagandaorgan wie der ›Jungen Freiheit‹ eine ernsthafte Diskussion führen könne, die außer einem Reputationsgewinn für diese Zeitung irgendetwas bewirkt.
Trotz der akribischen Sorgfalt, mit der die rechten Kreise durchleuchtet werden, ist das Buch in leicht lesbarem Stil geschrieben. Es bietet eine hervorragende Bilanz der rechten Propagandastrukturen, von den einschlägigen ›Tabubrechern‹ und ›Querdenkern‹ auf der Suche nach einer ›nationalen Identität‹, bis zu den rechtsextremen Propagandisten. Die Interviews mit Prof. Wolfgang Wippermann und Friedrich Küppersbusch kommentieren den derzeitigen Boom des Nationalismus souverän und aufschlußreich.

Tobias Faßmeyer, ZAG-Redaktion

Barbara Junge, Julia Naumann, Holger Stark: RECHTSSCHREIBER. *Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet.* Berlin, Elefanten Press Verlag, 1997, 224 S., 29,90 DM.

Friß und stirb trotzdem

Ab September 97 erscheint noch mal eine ganz andere Betrachtung zum »Kaindl-Fall«, »Friß und stirb Trotzdem« von Raul Zelik.
Der Neofaschist Kaindl wurde 1992 bei einer Antifa-Aktion in einem Kreuzberger Restaurant getötet. Aufgrund von Aussagen Einzelner wurden mehrere Beteiligte gefaßt und 1994 der Prozeß gemacht, mehrere Gesuchte konnten über längere Zeit abtauchen. Im Vorfeld und während des Prozesses gab es eine überregionale, zum Teil internationale Solidarisierung, durch die die Urteile gemessen an den Forderungen der Staatsanwaltschaft relativ glimpflich ausfielen.
Im Rahmen der Solidaritätsarbeit gab es bisher einen ganzen Stapel Positionspapiere und Nachbetrachtungen der Antifa-Aktion, über den Prozeß und die UnterstützerInnenbewegung, zu Fragen der Ziele und Mittel von Aktionen gegen Faschisten, des Verrats, Einlassungen im Verfahren usw., allesamt schwer politstrategischabstrakt.
Raul Zelik versucht einen ganz anderen Zugang. Er schlüpft in die Rolle eines Beteiligten und erzählt aus einer persönlichen Perspektive die Geschichte der mehr spontan und zufällig entstandenen Gruppe von AntifaschistInnen vom Vorfeld der Aktion bis zur Flucht. Es geht ihm darum, das Zustandekommen der Aktion und den späteren Umgang damit in die alltäglichen Erfahrungen der Beteiligten mit Rassismus und dem Widerstand dagegen einzusortieren. Er beschreibt den Alltag der späteren Angeklagten und Gesuchten, was sie bewegt, wie sie leben, was sie fühlen. Dabei werden politische Vorstellungen, die chaotische Aktion und spätere Pannen und Fehler im Umgang mit der Verfolgung nicht einfach in bekannter Weise psychologisiert. Raul Zelik bezieht Position für militante Aktionen gegen Faschisten, die AntifaschistInnen werden bei ihm aber weder zu coolen Politprofis noch zu bemitleidenswerten orientierungslosen Jugendlichen, sondern bleiben normale Menschen, die sich gegen faschistische Gewalt wehren.
Was fehlt, ist ein klares Wort zur Solidaritätsbewegung. In den wenigen Passagen dazu gerät diese eher zu einer Komödiantentruppe. Unklar bleibt, ob Raul Zelik damit der Solidarisierung jeden Effekt absprechen will, aber sich darum drückt, das dann auch klar zu sagen. Meiner Ansicht nach wird das der Bewegung trotz vieler lächerlicher Streitereien nicht gerecht, hat sie doch einen nicht unerheblichen Druck zur Unterstützung der Angeklagten und Verfolgten aufgebaut.
Trotzdem – ein gutes Buch, spannend geschrieben, volle Empfehlung.

DST

Raul Zelik: Friß und stirb trotzdem. Nautilus, 1997. ISBN 3-89401-279-X

Neu: Städtische Sicherheits- und Ordnungspolitik im Internet

Internetadresse: http://home.pages.de/~safercity

In vielen Städten der Bundesrepublik wird die aggressive Ausgrenzung sogenannter Randgruppen zur politischen Alltagspraxis. Besonders Obdachlose, Bettler und Suchtkranke stören nach Ansicht von Politikern und Geschäftsleuten das Bild einer modernen Stadt. Sie sollen aus den Innenstädten vertrieben werden.
Hier in Kassel gründete sich Anfang dieses Jahres das Aktionsbündnis ***Wem gehört die Stadt?*** Anlaß war das Inkrafttreten der Kasseler Gefahrenabwehrverordnung und die damit verbundene „Gesocks"-Äußerung von (Ex)bürgermeister Dr. Jürgen Gehb (CDU).
Mit dem Erscheinen im Internet möchte ich zum Einen Informationen sammeln und auswerten, zum Anderen eine öffentliche Diskussion herbeiführen. Jeder darf mitarbeiten.

Mein Themenangebot ist zum Beispiel:

- Privatisierung von öffentlichen Raum (Kommerzialisierung der Innenstädte)
- Private Sicherheitsdienste (Übergriffe von privaten Sicherheitsdiensten und deren Zusammenarbeit mit der Polizei)
- Besondere Vollzugs-/Ordnungsdienste (Hilfspolizeien) der Städte
- Wie soll städtischer Lebensraum aussehen? (gesellschaftlich und kulturell)
- Wie hat sich der Lebensraum Stadt im Laufe der Zeit verändert?

Geplant ist ebenfalls, regelmäßig einen bundesweiten Städtereport herauszugeben. Ganz besonders würde ich mich aus diesem Grund über kommunale Pressemeldungen (Zeitungsausschnitte) zu den o. a. Themen freuen.
Meine Idee lebt von ihrer Verbreitung und dem Mitmachen der Leute in den Städten. Bitte helfen Sie mit, sie zu verbreiten.



Kontakt:
Thomas Brunst
Sommerweg 13a
34125 Kassel
Tel.: 0561/57 29 89

Schön anzuschauen

Arranca Nr. 12, Öffentlicher Raum, Umstrukturierung und Stadtentwicklung

Im schlichten Weiß kommt sie daher, mit edel geprägten Lettern auf dem Titel. Wieder einmal haben die LayouterInnen der Arranca! unter Beweis gestellt, daß ihre Zeitschrift mit Abstand die einzige linksradikale Postille ist, die mit ansprechend zeitgemäßer Gestaltung Inhalt und Form verbindet, ohne dabei modernistisch oder bemüht trendy zu sein.

Weniger innovativ ist dagegen die inhaltliche Gestaltung des Schwerpunktes, dessen Thema im linksradikalen Spektrum zur Zeit ja sehr trendy ist. Die theoretischen Artikel zu Umstrukturierung, Privatheit und Öffentlichkeit bieten kaum etwas, was man nicht in den letzten Monaten an zahlreichen anderen Stellen hätte lesen können. Einzig der Beitrag über Frauen und sozialräumliche Polarisierung der Stadt wirft in diesem Zusammenhang einen bisher eher unterbelichteten Aspekt des Themas »Stadt« auf.

Auch der Bericht über Vertreibung und Umstrukturierung in Süd-Korea liest sich interessant an, läßt dann aber doch einiges an Hintergrundinformationen und inhaltlicher Tiefe vermissen.

Abwechslungsreicher und spannender dagegen der (weitgefaßte) Kulturteil, von jeher eine Stärke der Arranca!, der dann auch folgerichtig den größten Teil des Heftes für sich beansprucht.

Neben dem Auszug aus »Friß und stirb trotzdem«, einem Roman über den Kaindl-Fall (Besprechung auf Seite 36) und einem aktuellen und wie immer in diesem Ressort kenntnisreichen Beitrag über aktuelle Tendenzen in deutschsprachigen Rap-Lyrics, sticht besonders Klaus Viehmanns (ehemals Bewegung 2. Juni, wir erinnern uns) Beitrag hervor. Er schreibt gegen die Tendenz ehemaliger GenossInnen aus der damaligen Zeit wie Inge Viett (erst RAF, dann DDR, dann Kronzeugin) und Till Meyer (2. Juni, später taz und Stasi), anläßlich des 20. Jubiläums des »Deutschen Herbstes« den damaligen bewaffneten Kampf als Räuberpistole einiger profilierungssüchtiger Neurotiker endgültig zu entsorgen. Auch wenn Viehmann dabei anfänglich oft sehr stark den linksradikal-moralischen Zeigefinger schwingt und etwas häufig Mythen wie »das Kollektiv« beschwört, ist es der Ansatz einer anderen Geschichtsschreibung dieser Zeit, dem es nicht um Abschwören und Reinwaschen geht und der gleichzeitig trotzdem kritisch und auch persönlich geprägt ist.

Wenig Aufregendes bietet dagegen die Stellungnahme von FelS zur umstrittenen »Sex«-Nummer der Arranca!. Die mangelnde Diskussionsfähigkeit der Linken zu diesem Thema darf allerdings weder FelS noch Arranca! zum Vorwurf gemacht werden. Obwohl ja Bedarf besteht, denn sonst wäre das Heft nicht ausverkauft. Aber nachdem die »17°« schon festgestellt hat, daß Linke auch tanzen gehen, kommt vielleicht ja auch die Zeit, in der diese Sex auch unter dem Aspekt von Lust und Befreiung, und nicht nur als Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument mit vielen Fußnoten diskutieren. Und bis dahin sei die Arranca! Nr. 12 als Zeitvertreib anempfohlen. *(jt)*

Arranca Nr. 12, 80 *schöne Seiten*, 6,–DM, *Bestellungen: Arranca! c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a*, 10961 *Berlin*

Enough is enough!

Neues aus Schleswig-Holstein

So wie der Song von chumba wamba, der der neuen »Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig Holstein« den Namen gab, auch schon etliche Jahre auf dem Buckel hat, wirkt das Konzept der Zeitschrift dann doch etwas altbacken. Das neue Gemeinschaftsprojekt von ATZE Kiel und AZ Lübeck hat sich traditionelle Antifa-Recherche und antirassistische Hintergrundberichte auf die Fahnen geschrieben. So gibt es folgerichtig Artikel zu den aktuellen Brandanschlägen in Lübeck, einen kritischen Bericht über die Härtefallkommission für Flüchtlinge, eine Analyse über die erstarkende rechtsradikale Szene in Schleswig – Holstein und fast 10 Seiten Regional-Berichte zu rechtsradikalen Aktivitäten.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Schleswig-Holstein gibt es sicherlich einen Bedarf für eine solche Zeitung, allerdings sind wohl eher keine neuen Anstöße jenseits altbekannter antirassistischer und antifaschistischer Theorie und Praxis zu erwarten. Aber die gibt es in der ZAG ja auch nicht. Von daher, und auch sowieso, wünschen wir den neuen KollegInnen viel Erfolg und der Zeitung ein langes Leben. *(jt)*

Enough is enough, Nr. 1, 48 *Seiten*, 4,-DM, *Bestellung: Enough is enough c/o alternative*, *Willy-Brandt-Allee* 9, 23554 *Lübeck*

Lafargue satt!

krisis goes karoshi

Eine runde halbe Stunde brauchte der desorientierte Rezensent, bis er denn endlich den Namen und den Herausgeber der neuen Zeitschrift herausgefunden hatte. Lag es an der Sommerhitze, dem fehlenden Anschreiben oder dem etwas verwirrenden, wenngleich nicht unorginellen Layout? Und da Besprechungen ja dazu dienen sollen, den interessierten LeserInnen die Mühen zu erleichtern, lösen wir das Rätsel hiermit auf: karoshi heißt sie, und herausgegeben wird sie vom Förderkreis krisis, und wenn sie groß ist, will sie eine theorielastige Publikumszeitung sein und als solche in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen. Wertkritisch, versteht sich und über das übliche krisis-Umfeld hinaus.

Daß es dazu vielversprechende Ansätze gibt, zeigt sich bereits in der ersten Nummer. Einfach erfrischend, weil heutzutage mittlerweile schon völlig exotisch und abwegig erscheinend, ist die kritische Zerlegung des Arbeitsmythos mit seiner Verwertungsideologie und des sozialdemokratischen Geschreis nach Arbeit für alle. Auch wenn dabei etwas oft der Marx-

sche Schwiegersohn Lafargue zitiert wird. Das gab es übrigens schon einmal, vor langer, vermutlich besserer Zeit. Nachzulesen im »Glücklichen Arbeitslosen«, damals in den Siebzigern, unter Mitwirkung von Peter Paul Zahl. Aber was ist schon neu heutzutage, und wo findet man so schöne Zwischenüberschriften wie »Sozialismus, die Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln«? Und so geht es weiter mit der wertkritischen Zerlegung, sei es bei Evita oder Mutter Theresa. Theoretisch anspruchsvoll, aber immer stilsicher und gut lesbar geschrieben. Hervorzuheben ist der Artikel zum historischen Scheitern der MRTA und der peruanischen Linken. Eine Auseinandersetzung, an der viele traditionelle InternationalistInnen sicherlich schwer zu schlucken haben. Aber sollte es Linken hierzulande generell verboten sein, aufgrund des Massakers an den GeiselnehmerInnen, die Politik der MRTA zu kritisieren? Das wäre wohl eine Sackgasseninterpretation internationaler Solidarität, die es in den letzten 20 Jahren wahrlich oft genug gab. Glückwunsch für den Mut der Redaktion, diesen Artikel trotz erheblicher Bedenken abzudrucken.
Karoshi könnte sich zu einer Zeitschrift entwickeln, die tatsächlich neue Impulse in die linke Diskussion bringt. Und nichts ist wichtiger in Zeiten wie diesen. *(jt)*

karoshi Nr. 1, *50 Seiten*, 7,–DM, *Bestellungen*: *Redaktion karosh c/o* HSB, *Schulterblatt 23c*, 20357 *Hamburg*

Revanchistische Patenschaften kündigen

Neue Broschüre des VVN

Viele Städte und Landkreise in der BRD haben Patenschaften mit sogenannten Heimatkreisgemeinden ehemaliger ostdeutscher Kreise. Diese »Heimatkreise« sind in der Regel Mitglieder der bundesweit organisierten revanchistischen Landsmannschaften der »Schlesier« oder »Sudetendeutschen«
Die »Kreisgemeinschaft Goldap/Ostpreußen« hat seit Jahrzehnten eine Patenschaft mit Stade. Die VVN-Bda Stade beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit den organisatorischen Zusammenhängen und der Politik von Goldap.
Vorläufiges Ergebnis dieser Beschäftigung ist die neue Broschüre. Sie soll Einblick in die Politik der landsmannschaftlichen »Vertriebenenverbände« und ihrer politischen Verflechtungen in die deutsche Außenpolitik geben, sowie speziell über die Tätigkeiten der »Kreisgemeinschaft Goldap« und die öffentliche, antirevanchistische Auseinandersetzung der VVN-BdA Stade informieren.

»Revanchistische Patenschaften kündigen«, 54 *Seiten*, 6,- DM *zuzgl. Porto*, *Bestellungen*: VVN-BdA *Stade*, PF 21 05, 21661 *Stade*

Gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen

In der JVA Köln–Ossendorf besitzen drei von vier in Untersuchungshaft sitzende männliche Jugendliche keinen deutschen Paß. Außerhalb des Knastes trifft das allerdings nur auf 30% der jugendlichen Bevölkerung zu. Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind im Gefängnis somit deutlich überrepräsentiert. Woran das liegt, kann man entweder für 70 Pf. der »Größten Zeitung Berlins« entnehmen, oder aber für 24,80 DM dem Buch »Jugendkriminalität – Gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen«. In der erst genannten Quelle wird man die Meinung des größten Teils der Bevölkerung lesen, während das Buch sachlich aufklärt. Dabei wird sehr stringent vorgegangen. Das erste Kapitel »Kinder und Jugendliche haben Rechte« erläutert die UN-Kinderkonvention und den Jugendschutz. Im nächsten Kapitel wird dann »Die Doppelbestrafung ausländischer Jugendlicher« im Ausländerrecht und der Jugendstrafe nachgewiesen, gefolgt von einem Beitrag zur Situation nichtdeutscher Inhaftierter in den JVAs und einem Text über die Ausweisung ausländischer Inhaftierter Beide direkt aus der Praxis, aber dennoch belegt mit Zahlen aus der Statistik und juristischen Einzelheiten. Abschließend werden noch konkret Abschiebungen von straffällig gewordenen Jugendlichen aus der JVA Siegburg geschildert, die aus den Jahren '83 (!)–'96 stammen. Im größten Kapitel C wird »Der Weg ins Gefängnis« aufgerollt. Wie in den vorangegangenen Kapiteln wird auch hier der Leser kurz mit ein paar wichtigen Begriffen wie Kriminalität (Wer denn überhaupt für wen kriminell ist), dem Täter – Opfer – Schema (nach welchen Kriterien ist wer Opfer und wer Täter) und der Victimologie (Opferforschung) vertraut gemacht, um dann alle »Stationen« auf dem Weg in den Knast zu beschreiben, ohne auf Hinweise zu Alternativen, wie z.B. den Schiedsmann zu verzichten. Der JVA Köln – Ossendorf gilt dann das Hauptaugenmerk. Das letzte Kapitel heißt »Alternativen«. Beispielsweise wird über offene Jugendarbeit als Alternative zu Ausgrenzung und Kriminalisierung berichtet. Ein weiterer Text befaßt sich mit Entkriminalisierung, die ein Streichen einer Norm aus dem Strafgesetzbuch beinhaltet wie z.B des §175 Strafgesetzbuch der homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen unter Strafe stellte. Im gesamten Buch werden zu jedem besprochenem Thema Organisationen, Gruppen, Institutionen vorgestellt (oder stellen sich selbst vor), die aber hauptsächlich, wie auch das meiste Zahlenmaterial, aus dem Kölner Raum stammen.

a.z.

Klaus Jünschke, Ugur Tekin (*Hg.*): *Jugendkriminalität, Gegen die Kriminalisierung von Jugendlichen*, 425 S., 24.80 DM
Bestellung: *Kölner Appell e.V.*, *Körner Straße* 77–79, 50823 *Köln*, *Tel.*: 0221/9521199, *Fax*: 0221/9521197

ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Auf dieser Seite findet Ihr die Bestellpostkarte. Wir schicken Abos – soweit nicht anders vereinbart – nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen. Bitte füllt die Bestellung und den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausg.) kostet im Inland 20.–DM, im Ausland 30.–DM (incl. Porto. Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden.
Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn Ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.
Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen.

ZAG – Themenschwerpunkte

Jg. 1992
Nr.2 (Feb.) Greift ein!– Schaut nicht länger weg!
Nr.3 (Mai) Wer schweigt stimmt zu
Nr.4 (Aug.) Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr.5 (Nov.) Roma / Rostock *vergriffen!*

Jg. 1993
Nr. 6 (Feb.) Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *vergriffen!*
Nr. 7 (Mai) Rassismus und Medien *vergriffen!*
Nr. 8 (Sep.) Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen!*
Nr. 9 (Nov.) Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen!*

Jg. 1994
Nr.10 (Feb.) Rassismus und Bildung
Nr.11 (Mai) Innere Sicherheit
Nr.12 (Sep.) Rassismus und soziale Frage
Nr.13 (Dez.) Polizei und Justiz

Jg. 1995
Nr.14 (März) Deutscher Antirassismus? *Gemeinsame Ausgabe von* ZAG *und* OFF LIMITS
Nr.15 (Juni) Illegalisierung
Nr.16 (Sep.) Europa
Nr.17 (Dez.) Alltag – Kultur – Rassismus

Jg. 1996
Nr.18 (März) VietnamesInnen in Berlin
Nr.19 (Juni) Einwanderungspolitik
Nr.20 (Sept.) Ökologie
Nr.21 (Dez.) Balkan: Krieg und Flucht

Jg. 1997
Nr.22 (Feb.) City 2000
Die Ausgaben 1–4 erschienen noch ohne Themenschwerpunkt.

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 48 68

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h, do 17-19h,
sonst Anrufbeantworter

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/6 40 94
mo-fr 10-13 & di 18-20h

Bonn
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo, mi, do, 18-20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15-19h

Delmenhorst
Infotelefon
04221/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di. 10-12

Essen
Anti-Rassismus Büro
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches / antifaschistisches Notruftelefon
0461/79 14 64
mo-sa 19-20h, so 20-21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87
mo-sa 9-23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
0561/17919

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
0451/702 07 48
täglich außer so & di, 18-21h

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16-18h

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die ZAG ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

- ❐ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
- ❐ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
- ❐ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1995 (Ausgaben 14–17)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

- ❐ Ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift

Name

Straße

Ort

Datum Unterschrift

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin